PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH

KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

Kommunistischer Bund (KB) Salzburg/Hallein

Nr. 2 / Jg. 2 / März 75 S 3.-

Das Krisenrezept der Bourgeoisie: Lohnabbau, Arbeitslosigkeit, Prämien für Kapitalisten

Unter dem Deckmantel, gegen die Arbeitslosigkeit ins Feld zu ziehen, werden die werktätigen Massen von den Politikern der Bourgeoisie mit Maßhalteappellen überschüttet. Man müsse sich bemühen, Beschränkungen in Kauf zu nehmen, fordern sie. "Beschränkungen" heißt Lohnabbau, steigende Arbeitshetze, wachsende Ausbeutung der Lohnabhängigen. Unter der Drohung der Arbeitslosigkeit wollen die bürgerlichen Politiker, daß sich die Arbeiter dem wachsenden Druck im Betrieb unterwerfen. Gleichzeitig soll jedermann damit vertraut gemacht werden, daß die Kapitalisten mehr als bisher aus den Geldern der Staatskassa gemästet werden.

Von Kreisky bis Benya haben alle gesagt, die Arbeitsplätze müssen gesichert werden durch verstärkte Investitionstätigkeit der Kapitalisten. Ein Absinken der Investitionen der österreichischen Wirtschaft müsse verhindert werden, erklärte der Bundesvorstand des ÖGB am 6.2.1975. Auch Finanzminister Androsch gibt bei jeder Gelegenheit wie z.B. beim Besuch des Chemiefaserwerkes Lenzing von sich: nur Investitionen können auf die Dauer Arbeitsplätze sichern.
Die Kapitalisten haben schon lange gefordert: Gebt uns zur Beseitigung unserer Investitionsmüdigkeit noch mehr Steuererleichterungen, Kredite, Exporthilfen, Investitionsprämien und haltet die Lohnabhängigen zurück - denn wenn wir keine Gewinne machen, funktioniert die Wirtschaft nicht mehr. Und so ist das auch im Kapitalismus. Die kapitalistische Wirtschaft funktioniert nur mit Profit,und wenn sie nicht mehr funktioniert schreien die Kapitalisten nach mehr Profit. Doch wegen der Jagd nach Profit kommt es auch zu Krisen, denn mit jedem Profit müssen die Kapitalisten mehr Profit machen, müssen investieren, um wieder Profit zu machen, und in dieser Profitjagerei kommt es dazu, daß mehr produziert wird, als abgesetzt werden kann. Wenn die Kapitalisten ihre Waren nicht mehr absetzen und die Maschinen nicht mehr auslasten können, klappt es nicht mehr mit dem Profit.

Einige schließen die Produktion und setzen die Arbeiter auf die Straße und die anderen konkurrieren weiter und verschärfen die Ausbeutung der Arbeiter, indem sie die Produktion durchrationalisieren. Deshalb dienen die Investitionshilfen auch nicht der Vergrößerung der Belegschaften, sondern der Rationalisierung der Pro-

Forts. nächste Seite



ENGEL/SCHWERTBERG :
600 ARBEITER 1 WOCHE IM STREIK GEGEN WERKSDIREKTOR UND SEIN RATIONALISIERUNGSPROGRAMM

KORRESPONDENZ UND ARTIKEL IN DER ZEITUNG: SEITE 9

Vietnam/Kambodscha: Bis zum endgültigen Sieg über den US-Imperialismus

In der jetzigen Zuspitzung des Befreiungskampfes der indochinesischen Völker wird klar, daß der US-Imperialismus die Rolle des Weltgendarmen ausgespielt hat. Seine Marionetten Thieu und Lon Nol kann er nur mehr mit allerletzter Mühe halten. Ihr Niedergang zeichnet sich ab.

Gemeldet wird, daß Thieu die Vorbereitungen für seinen Rückzug bereits getroffen hat. Sein Sturz wird ein weiteres großes Loch in die amerikanische "Vietnamisierungs"-Strategie reißen und der Durchführung des Pariser Friedensabkommens den Weg ebnen.

In Kambodscha sind die Bedingungen für einen Sieg über die Lon-Nol-Clique und die endgültige Vertreibung des US-Imperialismus günstiger denn je: Die Befreiungsstreitkräfte des Volkes haben einen festen Ring um die Hauptstadt Phnom Penh gezogen und in der Stadt erhebt sich die Bevölkerung im bewaffneten Aufstand. Die Reislager Lon Nols werden geplündert und seinen Zwangsrekrutierungen Widerstand geleistet. Arbeiter von mehr als 20 Fabriken haben den bewaffneten Widerstand beschlossen und verteidigen sich gegen die Lon-Nol-Söldner. Die Produkte werden von den Arbeitern selbst verkauft, bzw. an die notleidende Bevölkerung verteilt. Die Arbeiter gehen voran und fordern:

- Weg mit den Zwangsrekrutierungen!
- Weg mit dem erdrückenden Wirtschafts- und Finanzplan!
- Weg mit der unfähigen Verwaltung!
- Weg mit den korrupten Elementen, die das Volk nur aussaugen und unterdrücken!
- Ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Reis!
- Kämpfen heißt leben, nicht kämpfen heißt sterben!

KAMBODSCHA-ARTIKEL AUF DER SEITE 25

Krisenrezepte...

duktion auf Kosten der Arbeiter.

DIE ARBEITENDE KLASSE MUSS HERR DER PRODUKTION WERDEN

ES ist klar, daß die Arbeiterklasse gegen diese Verhältnisse ist, die wachsende Krisen und Elend erzeugen. Die Arbeiterklasse schafft allen gesellschaftlichen Reichtum, aber sie hat nichts davon, und diese Gesellschaftsordnung setzt sogar immer wieder Arbeitermassen auf die Straße, weil die Kapitalisten mit ihrer Profitproduktion nicht weiterkommen.
Dabei gäbe es genug zu tun, um die notwendigen gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Bei Krankenhäusern, Schulen, Umweltschutz usw. ist dringender Bedarf da, aber Arbeitssuchende haben keine Arbeit, ihre Arbeitskraft liegt brach. Mehr Waren haben die Kapitalisten produzieren lassen, als sie verkaufen können, aber zum Gebrauch der Gesellschaft stehen sie nicht zur Verfügung. Wohnungen stehen leer, daneben leben viele in unwürdigen Verhältnissen. Maschinen stehen still, obwohl sehrwohl Bedarf besteht nach den Gütern, die Arbeiter mit diesen Maschinen produzieren könnten.

Für die Kapitalisten ist die Produktion nur Mittel der Ausbeutung. Können sie nicht mit Profit verkaufen, steht die Produktion still und die Gesellschaft leidet Mangel. Um dies zu ändern, müssen diejenigen die Herrschaft über die Produktion bekommen, die alle Werte schaffen, das sind die Arbeiter.

DIE ARBEITERKLASSE KANN DEN KAMPF GEGEN DIE FOLGEN DER KRISE UMSO BESSER FÜHREN, JE KLARER SIE DEN STURZ DER KAPITALISTEN VORBEREITET

Welchen Weg gibt die Gewerkschaftsführung an, um der Verelendung der Arbeiter zu begegnen? Benya mahnt offen die Arbeiter, die Verschlechterung ihrer Lage hinzunehmen: "Es müssen sich alle bemühen, bei der Einkommenspolitik eine Beschränkung in Kauf zu nehmen" (Jännernummer der "Solidarität"). "Da und dort kleine Einbuchtungen" (AZ, 19.2.) bei den Belegschaften werde es geben, stellt er lakonisch fest. 600 Entlassungen der Junior-Werke ist wahrscheinlich eine dieser "Einbuchtungen". Und wenn sich die Arbeiter gegen die Verschlechterung ihrer Lage zur Wehr setzen, wie zum Beispiel die Engel-Arbeiter in Oberösterreich es gegen den größten Schweißauspresser im Betrieb gemacht haben, dann eilen diese "oberen" Gewerkschaftsfunktionäre schnell herbei, um den Streik zu beenden. Zusammen mit diesen "Arbeiterführern" läßt sich nicht gut gegen die Folgen der Krise kämpfen. Sie wollen die Arbeiter auf Gedeih und Verderb auf das Krisenrezept der Bourgeoisie einschwören. Auf das Gedeih der Kapitalisten und den Verderb der Arbeiter.
Die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten gedeiht solang prächtig, als die Arbeiterklasse uneinheitlich und zersplittert ist. Die notwendige Einheit braucht Grundlagen. Grundlagen, die allein die Interessen der Arbeiterklasse zum Maßstab haben. Forderungen, unter denen die Spaltung der Arbeiterklasse überwunden wird im Kampf gegen die Kapitalistenklasse zum Sturz der Ausbeuterherrschaft.

Auch in der Zeit eines anwachsenden Arbeitslosenheeres muß die Arbeiterklasse zuvorderst gegen die Ausbeutung im Betrieb kämpfen und in diesem Zusammenhang gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit. Die Kapitalisten versuchen aus weniger Arbeitern immer mehr herauszuholen - die Arbeiter müssen sich dagegen wehren, daß die Produktion auf ihre Kosten erhöht wird. Sie müssen sich einen Lohn erkämpfen, der mit der Arbeit in der länge des gesetzlichen Normalarbeitstages zum Leben ausreicht und gleichzeitig für das Verbot der Überstundenarbeit und das Verbot jeglicher Akkordarbeit eintreten.
Die Arbeitslosigkeit bildet die Grundlage für die Verschärfung der Konkurrenz unter den Arbeitern, und die Kapitalisten versuchen auf dieser Grundlage, die Konkurrenz unter den Arbeitern zu schüren. Ihr Ziel ist es, die Arbeitslosen in ein Heer von Lohndrückern und Streikbrechern zu verwandeln, um jeden Widerstand aus den Betrieben gegen die wachsende Ausbeutung abwürgen zu können. Dieser Absicht müssen die Arbeiter entgegentreten mit dem Kampf um ein Arbeitslosengeld, das für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit ausbezahlt wird, mindestens 80 % des Lohnes beträgt und ganz von den Kapitalisten bezahlt wird. Mit der Durchsetzung dieser Forderungen im Falle der Arbeitslosigkeit bis zur Anerkennung durch ein Gesetz, dessen Einhaltung von den Arbeitern kontrolliert wird, ist den Kapitalisten ein bedeutender Hebel zur Spaltung der Arbeiterklasse aus der Hand geschlagen. Die Forderungen zur Sicherung der Arbeiterexistenz im Falle der Arbeitslosigkeit müssen wie alle anderen Forderungen zum Schutze der Arbeiter vor materieller Verelendung im ÖGB als Kampflosungen aufgestellt werden.

Lohnabbau und Gewinnsteigerung - das wollen die Kapitalisten und werden dabei von der Regierung und den ÖGB-Führern unterstützt.
Kämpfen um den Lohn, gegen Mehrarbeit und die Entlassungen, das müssen die Arbeiter und darin Kräfte sammeln für den Sieg des Proletariats über die Lohnsklaverei.

-b.o.-

In Sicherheit leben?

Ich habe einen Kollegen, der wurde aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen gekündigt. Das heißt, er wurde vor die Wahl gestellt, ob er nicht selbst vielleicht "kündigt", was er auch getan hat, weil er meinte, damit für eine andere Stelle bessere Chancen zu haben. Allerdings hatte er auf der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz keinen Erfolg.

Dann ging er zum Arbeitsamt. Bis er registriert wurde, dauerte es einige Zeit. Für das erste Monat bekam er gleich von Haus aus keine Unterstützung, da er "selbst gekündigt" hatte. Dann blieb er drei Monate arbeitslos ohne einen Groschen Unterstützung.
Daran mußte ich denken, als ich einige Zeit später die Broschüre "In Sicherheit leben" zugeschickt bekam, die vom Bundesministerium für Soziale Verwaltung herausgegeben wird. Dort steht unter anderem:
"Sie haben Anspruch auf Arbeitslosengeld, wenn sie arbeitslos sind, arbeitsfähig und arbeitswillig, eine Mindestzahl von Wochen beschäftigt waren und die Bezugsdauer von mindestens 12 Wochen höchstens 30 Wochen nicht erschöpft ist. Sollten Sie in Krisenzeiten selbst nach Ablauf der Bezugsdauer noch immer ohne Arbeit sein, so wird ohne zeitliche Begrenzung durch die Notstandshilfe Ihre Existenz gesichert." (S. 21)
Wollen uns nun die bürgerlichen Verwalter unserer Sozialabgaben verhöhnen oder wollen sie uns selbst klar zeigen, daß wir uns nicht auf sie verlassen können? Beim weiteren Durchschauen stieß ich auf die Behandlung der Frage der Pensionsversicherung.
"Das dritte Leben, wie das Alter heute gerne genannt wird, ist unausbleiblich und unausweichlich. Es kann ein ebenso schöner und erfüllter Lebensabschnitt sein wie die Jugend und wie die 'besten Jahre'. Es kann sein, wenn ... ja! Wenn wir keine materiellen Sorgen haben, wenn wir halbwegs gesund geblieben sind und wenn wir unsere Kontakte zu Kindern, Verwandten und Freunden bewahren konnten." (S. 12)

Von wem sprechen eigentlich die Herren vom Sozialministerium? Wahrscheinlich von sich und den Alten der bürgerlichen Klasse, denn für welchen alten Arbeiter sind die Pensionsjahre die "besten Jahre"? Übersteht er überhaupt die immer stärkere Arbeitshetze, ist er schon so ausgelaugt, daß von einem "schönen Lebensabschnitt" keineswegs mehr die Rede sein kann.

Ein Rentner erzählte mir, daß er mit 1600.- S Rente auskommen muß, weil er in den letzten Arbeitsjahren krank war und dann keine Arbeit mehr bekam. Die Ausgleichszulage wurde ihm von den zuständigen Behörden nicht anerkannt, weil seine geschiedene Frau S 3000.- Pension bekommt und so demnach verpflichtet wäre, ihren geschiedenen (!) Mann mit 500 bis 600.- S monatlich zu unterstützen.

Dazu sagt die Broschüre:
"Die Höhe jeder Pension hängt von der Bemessungsgrundlage und der Dauer der Versicherungszeiten ab. Die Bemessungsgrundlage wird aus Ihrem durchschnittlichen beitragspflichtigen Einkommen, normalerweise während der letzten 5 Jahre Ihrer Arbeitstätigkeit errechnet. War Ihr Arbeitsverdienst während der 5 Jahre vor Ihrem 45. Geburtstag höher, wirkt dies sich in Ihrer Pension dementsprechend aus."
(Was ist mit der Inflation? Wer verdiente schon vor 20 Jahren mehr als heute?)

Für uns kann es hier nur eines geben: Um nicht der Willkür der verschiedenen "Sozialvertreter" und somit dem bürgerlichen Staat ausgeliefert zu sein, müssen wir für die Forderung SOZIALVERSICHERUNG IN DIE HÄNDE DER VERSICHERTEN eintreten.

aus: Klassenkampf/Wien 2/75

Junior-Pleite

850 ARBEITER AUF DER STRASSE - FÜR DEN STELBER KONZERN EIN RIESENGESCHÄFT

850 Arbeitslose, Schließung des Betriebs und ein ungeheurer Sack von Schulden - das ist das Resultat des Zusammenbruchs der Köflacher Junior-Werke. Zugleich das Ergebnis maßloser Profitgier und hemmungsloser Fehlspekulationen, ausgiebig unterstützt durch Subventionen seitens staatlicher Institutionen, der sterischen Landesregierung und Gemeindepolitiker unter dem Mantel der "Sicherung der Arbeitsplätze". Aufstieg und Fall der Junior-Werke begannen mit einer Brandkatastrophe im Sommer 1971. Dem drohenden Ruin entgingen sie damals nur durch die 98%ige Übereignung an den US-Konzern "Stelber Industries Inc.". Eine Rettungsaktion, die freilich nicht aus Selbstlosigkeit, sondern aus purem Interesse am Profit erfolgte. Stelber nützte die Chance, angesichts des Fahrrad-Booms auf dem US-Markt zu günstigen Bedingungen in den österreichischen Exportbetrieb einzusteigen. Den Steigbügel hielten die steirische Landesregierung mit Subventionen in der Höhe von 120 Millionen Schilling für den Neuaufbau der Junior-Werke;
die Köflacher Gemeinde, die dem US-Konzern 25.000 qm für das Werk in Köflach und 60.000 qm Bauland für das Werk in Oberpichling zur Verfügung stellte und die Aufschließungsarbeiten auf Gemeindekosten trug;
die Stadt Gleisdorf, die der US-Firma Bauland samt Aufschließung für die Errichtung des Ersatzteilwerkes "Silver Parts" im Wert von 21 Millionen S schenkte.

Unter diesen Bedingungen kurbelte Stelber die Produktion auf Hochtouren: Über 4.000 Fahrräder wurden täglich produziert, über 4 Millionen Gewinn monatlich abgeschöpft.
90 % der Junior-Produktion wurden nach den USA exportiert. Als auf dem US-Markt die Flaute eintrat, drosselten diese auch die Fahrradeinfuhren.
Die Lage heute: Im Exportland Nr. 1, Holland, liegen 1,3 Millionen Fahrräder auf der Halde, was ungefähr dem Umsatz des Jahres 1974 entspricht. In der BRD wurde die Produktion um 25 bis 30 % gekürzt. Der Umsatz der Puch-Werke sank von 230.000 Stück (1970) auf 85.000 im Vorjahr.

Auch die Melkkuh Junior trocknete allmählich aus. Die roten Zahlen bewogen Stelber, sich klammheimlich, still und leise zu verabschieden. Nicht ohne vorher nochmals kräftig zu melken.

Als im Oktober 1974 das Werk knapp vor dem Bankrott stand, kassierte Stelber durch Verpfändung des geschenkten Gleisdorfer Werks einen Kredit von 80 Millionen. Damit sollte Junior saniert und die Arbeitsplätze - wieder einmal - gesichert werden. Saniert aber hat sich nur Stelber selbst, der gleich 48 Millionen für neue Schwindelgeschäfte in den USA investierte.
Kaum hatten die Herren ihre Schäfchen im Trockenen wandten sie sich wieder an die Landesregierung. Entlassungen vor Weihnachten oder weitere Kredite, diese Alternative stellten sie den subventionsfreudigen Politikern. Die steckten tief genug im Sumpf, um sofort die Ausfallshaftung für einen Kredit von 40 Millionen gegenüber der Kreditanstalt und der Schweizer Credex-Bank zu übernehmen - praktisch ein Blankoscheck für Stelber. Nebensächlich bei diesem Geschäft, weil nur eine leere Beruhigungsphrase für die Öffentlichkeit, war die Garantie, wenigstens mit 350 Arbeitern die Produktion im kommenden Jahr aufrechtzuerhalten. Tatsächlich aber handelte es sich nur mehr um eine Überbrükkungshilfe bis Mitte Jänner. Als sich dann weitere 20 Millionen für eine minimale Produktion nicht mehr auftreiben ließen, krachte der Betrieb mit einem Schuldenberg von 180 Millionen zusammmen.

Erst der Profit, dann das lukrative Kreditgeschäft in der Höhe von insgesamt 120 Millionen, gedeckt durch Pfändung und Fremdhaftung - dagegen ist dem Stelber-Konzern das Schicksal von 850 Arbeitern eine Laus. Erst päppelt man die Kuh mit Steuergeldern der Werktätigen auf; dann melkt man sie und schlägt Riesenprofite aus der Ausbeutung der Arbeiter; schließlich zieht man ihr das Fell über die Ohren und bemächtigt sich

Forts. nächste Seite



Jetzt stehen die Köflacher Juniorwerke still. Bis zuletzt wurden die Bandgeschwindigkeiten immer mehr hinaufgesetzt, sodaß schon überhaupt keine Qualitätskontrolle mehr möglich war

HALLEIN:

Fristenlösung in der Praxis

DER FORTSCHRITT FINDET NICHT STATT

Wie es um die Untauglichkeit der Fristenlösung bestellt ist, kann man sehr gut am Beispiel von Hallein ersehen. Im Halleiner Gemeinderat wurde im vergangenen Monat darüber beraten, ob nun im Halleiner Krankenhaus Abtreibungen im Sinne der Fristenlösung durchgeführt werden sollen oder nicht. Die Debatte wurde geführt, obwohl Primar Lintner am Tag zuvor gesagt hatte, daß er Abtreibungen vornehmen will, und zwar ab sofort.
Daß es überhaupt so weit kommen kann, daß irgendeine Institution - in diesem Falle der Gemeinderat - bestimmen kann, ob eine Halleiner Frau abtreiben kann oder nicht, liegt an der Untauglichkeit des neuen Abtreibungsstrafrechts.

Die neuen Paragraphen 96 und 97, die den berüchtigten § 144 nun ersetzen, machen nicht Schluß mit dem Abtreibungselend. Sie sichern den Frauen nicht das Recht auf Abtreibung. Und eben deswegen können die Halleiner Gemeinderäte sich getrauen, stellvertretend für die Halleiner Bevölkerung den Entscheid zu fällen, ob nun abgetrieben wird oder nicht. Daß es dem großen Teil des Gemeinderates nicht darum geht, die Not, die aus einer ungewollten Schwangerschaft entsteht zu lindern oder zu beseitigen, haben die beiden Gemeinderatssitzungen gezeigt. Bürgermeister Brandauer erklärte z.B. auf der Sitzung vom 4.2.: "Der Primar hat gesagt, daß er heute mit der Fristenlösung beginnen wird. Ich habe gesagt, daß er zumindestens abzuwarten hat, was in der heutigen Sitzung beschlossen wird. Er hat nicht das Recht, mir in organisatorische Dinge hineinzugreifen."

Dafür lassen sich die Herren "Volksvertreter" aber von der Schwester Oberin des Krankenhauses regelrecht erpressen. Sie drohte, die zehn Ordensschwestern abzuziehen, sobald Schwangerschaftsabbrüche im Krankenhaus vorgenommen werden. Die Mehrheit der Ordensschwestern sind aber gar nicht für den Auszug. Eine von ihnen meinte: "Uns paßt es nicht, wenn wir wegmüssen."
Die weltlichen Schwestern sind sogar zum überwiegenden Teil für die Fristenlösung.

Es wird auch versucht, Abtreibende gegen Patienten auszuspielen, indem einige Gemeinderäte das Bild malen: Wird im Halleiner Krankenhaus abgetrieben, dann ist der reibungslose Ablauf der Arbeit und die Zufriedenstellung der Patienten gefährdet.

Soll das der "ungeheuerliche Fortschritt" sein, als den uns das Gesetz angepriesen wird? Immer noch liegt die Entscheidung nicht bei der Frau, ob und wann sie abtreiben kann. Das neue Abtreibungsstrafrecht hält die Bevormundung der Bevölkerung durch staatliche Institutionen aufrecht. Es setzt die Frau in ihrer Not immer noch der Willkür von Ärzten, Pflegepersonal und in Hallein z.B. der Gemeinderäte aus. Ein solches Gesetz bringt uns keine entscheidenden Verbesserungen. Was wir brauchen, ist die ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen!

S.O.

Junior Pleite...

ihrer Haut. Den Kadaver überläßt man dem Staat, der wiederum läßt ihn mit weiteren Steuergeldern beseitigen und 850 brotlose Arbeiter auf der Schlachtstätte sitzen. Und andernorts beginnt das Lumpenpack der Profiteure und bürgerlichen Politiker ihr räuberisches Spiel von neuem - und solange die Arbeiterklasse nicht Schluß macht mit diesen Schmarotzern, muß sie die Zeche zahlen.

K.B.



Die Familie Wutti wurde durch die Kündigungen besonders arg getroffen

"... zum Narren gehalten"

Vor welche Probleme die von den Junior-Kapitalisten entlassenen Arbeiterinnen und Arbeiter gestellt sind, zeigen zwei Interviews: Der Reifenaufzieher Heinrich Wutti, 29 Jahre alt, sagte einem Reporter der Grazer Zeitung "NZ": "Geahnt habe ich so etwas schon immer, dennoch habe ich gehofft, daß doch noch ein Auswg gefunden werden kann. Was haben wir nicht alles für dieses Werk getan. Ich sehe mich jetzt großen Schwierigkeiten gegenüber. Meine Frau erwartet im April das dritte Kind, und ich stehe ohne Arbeit da. In meinem früheren Beruf würde ich fast gar nichts verdienen."

Und seine Frau Maria fügte hinzu:"Ich bin verzweifelt. Ich weiß nicht, was jetzt werden soll. Insgeheim habe auch ich damit gerechnet. Jetzt glaube ich, daß man uns mit den Vertröstungen nur zum Narren gehalten hat."

Damit ist aber die niederdrückende Situation dieser Arbeiterfamilie keineswegs komplett: Die Familie Wutti - wie viele andere Familien - wohnt in der Dr. Karl-Renner-Siedlung in Köflach. Ende Jänner erhielten sie ein Schreiben der (SP-nahen) "Allgemeinen Heimstättengenossenschaft" Graz, in dem S 11.944,-- verlangt werden. Begründung: Bei der Endabrechnung des Bauvorhabens seien Mehrkosten aufgetreten. Zahlbar bis 17. Februar als letzten Termin. Neben dem verlorenen Arbeitsplatz soll der bald fünfköpfigen Familie auf diese Weise auch noch die Wohnung weggenommen werden.

Von den Kündigungen der Junior-Werke sind zwischen 350 und 400 Frauen betroffen. Die Montagearbeiterin Elfriede Kuss schildert ihre Lage: "Mein Mann und ich sollten noch unsere Wohnung fertig einrichten. Gerade jetzt, wo wir das Geld notwendig brauchen, kommt das dazwischen. Unsere zwei Kinder gehen noch in die Schule. Ich bin ratlos."



VERSORGUNGSSITUATION BEI LEBENSMITTELN

Das Spiel der Besitzenden

In den letzten Wochen und Monaten führte uns die österreichische Zuckerindustrie ein praktisches Lehrstück vor. Titel: Wie der Preis auf jeden Fall zu steigen hat.
Die Hauptpersonen und ihre Darsteller: Die Bosse der Zuckerindustrie, assistiert von bürgerlichen Politikern, Bauernvertretern und Presseleuten.

Die Rollen der Statisten und der Zuschauer waren dem großen Rest zugeteilt, insbesondere dem arbeitenden Volk.

1. Akt: Das Zuckerkartell, es vereinigt in vier Kapitalgruppen 83 % der österreichischen Zuckerfabriken, scheffelt praktisch jahrzehntelang Extraprofite, weil es durch eine Reihe von Gesetzen, Verträgen und Abkommen vom bürgerlichen Staat einen Preis garantiert bekommt, der der bis zum dreifachen über dem Weltmarktpreis liegt. 1974 kehrt sich die Situation um. Der Weltmarktpreis steigt steil an, in der Schweiz kostet ein Kilo Zucker S 30.-.
Galt in den 60er Jahren der n i e d r i g e Weltmarktpreis als Grund für die Erhöhung des österreichischen Zuckerpreises, soll es diesmal der h o h e Weltmarktpreis sein, der die Erhöhung unabdingbar erscheinen läßt. Wie in den 60er Jahren sehen die Zuckerbarone, dies bleibt allerdings gleich, in "weiser Voraussicht" Versorgungslücken auftauchen.

2. Akt: Tatsächlich ist ab Mitte Dezember in den Geschäften kein Zucker mehr zu haben. Dabei hatte die Zuckerindustrie in den letzten drei Monaten, von Oktober bis Dezember, 98 Tonnen - fast die Hälfte des durchschnittlichen Jahresbedarfs - ausgeliefert. Wo war all der Zucker hin? Das Zuckerkartellgesetz sieht neben dem Verbot billiger Einfuhren auch eine Kontrolle und Beschränkung des Zuckerexports vor. Aber diese gilt nicht für zuckerhältige Lebensmittel (so sie weniger als 60 % Zucker enthalten). Im Herbst 1974 rollten massenhaft Lastwagen mit höchst eigenartigen Lebensmitteln über die Schweizer Grenze: Gezukkerter Reis, gezuckertes Milchpulver, Zuckerwasser. Der Zuckergehalt dieser verschiedenen schmackhaften Mischungen war immer gleich: 59,5 %.

In den folgenden Szenen wird das Stück beinahe zum Schmierentheater.

- Der niederösterreichische Landtagsabgeordnete Platzer, dessen Teilhabe am großen Exportgewinn bekannt wird, versucht sich damit zu verteidigen, daß auch die Lagerhausgenossenschaften sich beteiligt hätten. Diese Lagerhausgenossenschaften sind just mit der Tullner Zuckerfabrik verbandelt, die scheinheilig ihren leeren Hände vorstreckt und nicht wissen will, wo der Zucker geblieben ist. Im September, als, um die Inlandsversorgung sicherzustellen, aus Ungarn 10.000 t importiert werden, bieten die Lagerhausgenossenschaften ihre Anteile zum Wiederexport in die Schweiz an, um am "süßen Geschäft" mitzunaschen.
- Am 17. Dezember stellt sich der Handelsminister tollkühn den Preisforderungen des Zuckerkartells entgegen: "Die Zuckerpreiserhöhung wird h e u e r

Um einer "Mehlverknappung" ähnlich dem "Zukkerengpaß" vorzubeugen, hat die Amtliche Preiskommission einer erheblichen Verteuerung von Mehl und Mehlprodukten zugestimmt. Mehl kostet seit 3. Februar um 90 Groschen bis S 1.10 mehr. Die Semmel ist um 10 g teurer, Schwarzbrot um 90 g der Laib, um 1 Schilling der Wecken. Weitere Preiserhöhungen für Mehlprodukte sind angekündigt. Das Jahr 1974 war übrigens ein gutes Erntejahr für Getreide. Woran liegt es dann? Dazu Staribacher in



der Kronen-Zeitung (1.2.): "Gewinne sind absolut notwendig! Das habe ich immer, schon als Gewerkschafter, betont." Na also, wenn es so ist...

nicht mehr beschlossen." Es wäre schon zum Lachen, wenns nicht zum Weinen wär.

● Der "unabhängige, objektive und überparteiliche Kurier" versucht seinen Lesern weiszumachen, daß es doch das Beste für alle sei, dieser Erpressung nachzugeben, und daß die Höhe des Zuckerpreises ganz wurscht sei, wenn es nur genug Zucker gäbe.
Der Kurier gehört "objektiverweise" zu einem Drittel der Tullner Zuckerfabrik.

3. und vorläufig letzter Akt: Nachdem sich die Herren die Rollen ganz nach ihren Spielregeln aufgeteilt haben, die einen verkaufen den teureren Zucker, die anderen den neuen höheren Zuckerpreis, wird der Zuckerpreis gründlich angehoben.
Beifall konnte am Ende nicht aufkommen, zu deutlich war dies ein Stück von und für die besitzende Klasse.

Die Gesetze und Verordnungen des Staates waren sehr wirkungsvoll, als es galt, das Zuckerkartell vor ausländischer Konkurrenz zu schützen, sein Monopol zu sichern und den Zuckerpreis in Österreich hochzuhalten. Wo aber diese Gesetze und Verordnungen den Interessen der Kapitalisten widersprechen, sind sie nichts als ein Fetzen Papier. Weder hinderten die Exportbeschränkungen die Großhändler daran, den Zucker über die Grenze zu verschieben, noch hinderte die Kontingentierung Industrie und Handel daran, sich mit Zucker zum alten Preis beliebig einzudekken, noch änderten all diese Verordnungen und Gesetze etwas daran, daß das Volk den Zucker erst wieder kriegt, wenn er teurer geworden ist. Von Sondergenehmigungen über Korruption und Bestechung der Beamten und Manipulationen in der Buchführung bis zu regelrechten Gangstertricks gibt es für die Kapitalisten immer genug Möglichkeiten, diese Gesetze so zurechtzubiegen, wie sie sie brauchen.

Wenn es gilt, sich vor den Machenschaften der Kapitalisten zu schützen, kann das Volk nicht auf die Gesetze und Verordnungen des Staates vertrauen.

K.T.



Zucker ins Ausland verschoben, um höhere Profite zu machen

KURZARBEIT UND ENTLASSUNGEN IN ÖSTERREICH

"Viel Sorgen gab's -
viel Arbeit auch,
doch Dankbarkeit
ist hier nicht Brauch."
(Eine gekündigte Kollegin der Mitterberger Glashütten)

Denn um auch in den mageren Jahren möglichst fette Profite aus der Arbeiterklasse herauszupressen, kennen die Kapitalisten nur einen Brauch: Massenentlassungen und Kurzarbeit, Arbeitshetze und Rationalisierungen.
Kein schönfärberisches Geschwätz bürgerlicher Politiker, Wirtschaftspropheten und ÖGB-Bonzen von "Arbeitsplatzsicherung" und "Vollbeschäftigung" bietet diesem Brauch Einhalt. Dem kann nur die Arbeiterklasse selbst Einhalt gebieten, indem sie mit der Beseitigung der Ausbeuterordnung durch die proletarische Revolution auch die Sitten und Gebräuche dieser Ordnung beseitigt.

Und das ist die jüngste Entwicklung der Krise in Österreich:
● In der Mitterberger Glashütten Ges.m.b.H. werden am 4.4. 78 Arbeiter gekündigt; 107 der insgesamt 134 Kollegen sollen bis Ende 1975 den blauen Brief, das Dankesschreiben der Kapitalisten, erhalten.
● Swarovski in Wattens setzt wiederum 600 Arbeiter auf die Straße; im Laufe des Jahres wird sich ihre Zahl auf 1.100 erhöhen.
● Alle 60 Arbeiter der Bundesforstesäge in Neuberg/Mürz, eines staatlichen Unternehmens also, wurden entlassen. Insgesamt rechnet man in der steirischen Holzindustrie mit rund 300 Kündigungen.
● 124 Arbeiter der Böhler-Werke in Kapfenberg müssen stempeln gehen. Weitere Kündigungen stehen bevor.
● Von den ursprünglich geplanten Kündigungen für 850 Arbeiter und Angestellte der Puch-Werke in Graz-Thondorf werden demnächst 450 auf die Straße gesetzt. 2.500 Arbeiter in der Fahrradproduktion werden kurzarbeiten müssen. Der Betrieb nimmt im Raum südöstlich von Graz eine Schlüsselposition ein, tausende Arbeiterexistenzen sind mit ihm verknüpft. Für die Gekündigten wie auch für alle anderen Arbeitssuchenden der umliegenden Orte gibt es fast keine anderen Arbeitsmöglichkeiten in der Umgebung.
● In den meisten Philips-Betrieben (Klagenfurt, Althofen; Glühlampenfabrik Gmunden; WIRAG Wien), in denen tausende Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt sind, wird in der nächsten Zeit die Produktion drastisch gedrosselt: Personal-Abbau und Kurzarbeit steht bevor.
● Am schärfsten zugespitzt ist die Arbeitsplatzsituation im Köflach-Voitsberger Raum, trotz der "Strukturpläne" der steirischen Landesregierung. Anfang Februar wurden von der Fa. Stölzle Glasindustrie 37 Kollegen entlassen, für 80 gibt es Kurzarbeit. Der andere große Glasbetrieb, die Oberglas-Glashütten AG in Bärnbach hat 600 Beschäftigte auf Kurzarbeit gesetzt. Stillgelegt werden wegen "Unrentabilität" das Braunkohlenbergwerk Franzschacht in Piberstein bei Köflach und das Dampfkraftwerk in Voitsberg.
Der härteste Schlag gegen die weststeirische Arbeiterschaft aber ist die Pleite der Junior-Werke: Der gesamten Belegschaft von 850 Arbeitern wurde gekündigt. Gleichzeitig wurden die beiden Zulieferbetriebe, die "Silver Parts" in Gleisdorf (179 Arbeiter) und die Stahlindustrie Ges.m.b.H. in Oberpichling bei Köflach dichtgemacht.
Nur wenige der Gekündigten haben inzwischen neue Arbeit gefunden. Die meisten von ihnen müssen sich und ihre Familien vom Arbeitslosengeld erhalten. Diese Unterstützung ist nichts anderes als ein elendes Gnadenbrot für die vom Kapital ausgemusterten Arbeiter, Almosen eines Staates, dem das Wohlergehen der Geldsäcke über alles geht.

B.W.

Abonniert die KAZ!

Abonnement-Bestellungen (12 Nummern): S 50.- (inkl. Portoanteil von S 14.-) durch:

o Einzahlung des Betrages mit Angabe des Zahlungszweckes auf eines der Konten des "KB Salzburg/Hallein": - Österr. Postsparkasse 2391.968
- Landes-Hypothekenbank Salzburg 234 2184
o oder schriftlich an den KB Salzburg/Hallein, 5020 Salzburg, Müllner Hauptstraße 14
o oder telefonisch: 06222 / 32 70 72 (17 - 19 Uhr).

Post: Chronische Unterbesetzung der Ämter – die Arbeitshetze wächst

Mit allen Mitteln versucht die Postverwaltung, aus einem möglichst niedrigen Beschäftigtenstand möglichst hohe Arbeitsleistungen gegen miserable Entlohnung herauszuschinden. Darin unterscheidet sie sich in keiner Weise von anderen kapitalistischen Unternehmen.

Allein im Land Salzburg waren Ende 1974 von insgesamt rund 4.600 Systemposten nicht einmal 3.900 besetzt. Aber die Postverwaltung schert sich einen Dreck darin, diese Lücke von 700 Arbeitsplätzen durch Neueinstellungen zu füllen. Im Gegenteil, es kommt immer wieder vor, daß Kollegen nach der dreimonatigen Arbeitszeit einfach gekündigt werden. So werden z.B. in Zeiten mit starken Arbeitsaufwand wie etwa vor Weihnachten Kollegen "Zur Probe" aufgenommen, um sie danach wieder hinauszukomplimentieren. Vielfach werden Bewerber schon abgeschreckt durch die lange Wartezeit für die Beantwortung ihrer Anträge auf Aufnahme. Wer will auch schon einen Monat ohne Arbeit dastehen und warten, bis sein Antrag vielleicht positiv erledigt wird ? Für die rund 4000 Kollegen in Stadt und Land Salzburg bedeutet das Fehlen von 700 Arbeitskräften,daß sie neben ihrer Arbeit zusätzliche Mehrarbeit bewältigen müssen. Ohne zusätzliche Bezahlung, versteht sich, und möglichst während der Normalarbeitszeit. Und wie ein Wachthund ist die Verwaltung dahinger, daß keine "kleinen Pannen" eintreten: So müssen, auf Weisung von oben, die Kollegen bereits für eintägiges Fehlen ein ärztliches Krankenzeugnis erbringen. Eine Schikane, die dazu führt, daß Kollegen oft angeschlagen den Dienst antreten. Erkranken sie dann ernstlich während der Arbeitszeit, so steht ihnen z.B. in einem so großen Betrieb wie das Postamt 5020 (900 Bedienstete) nicht einmal ein Betriebsarzt zur Verfügung.

Vielfach ist die zusätzliche Mehrarbeit während der Normalarbeitszeit nicht zu schaffen. Aber auch das hat die Postverwaltung bereits einkalkuliert: Nach dem Motto "lieber Überstunden als mehr Arbeitskräfte" ist die Überstundenklopferei bereits in den Dienstplänen miteingeplant.

Die wenigsten Kollegen auf der Post haben tatsächlich die 40-Stunden-Woche, die meisten kennen sie nur vom Hörensagen, weil sie wegen des miserablen Lohns schon gezwungen sind, Überstunden anzunehmen. In verschiedenen Turnusdiensten werden die Kollegen automatisch dazu gezwungen, Überstunden zu leisten, da die Diensteinteilung dieselbe geblieben ist wie im Vorjahr, also auf der 42-Stunden-Woche beruht. Häufig müssen die Kollegen neben ihrer Arbeit auch noch die Arbeit machen, die durch krankheits- oder urlaubsbedingte Ausfälle entsteht. So kommt es, daß in den "toten Zeiten" fast gleich viel zu tun ist wie in Stoßzeiten, wie vor Weihnachten oder vor Wahlen.

Oder daß Kollegen kurzfristig der Urlaub gestrichen wird, sodaß es immer wieder zu Urlaubsengpässen kommt. So waren für Jänner 1975 über 90.000 Urlaubstage offen, von 1974 gab es noch einen "Rest" von über 30.000 Tagen.

Daneben gibt es noch Rationalisierungsmaßnahmen, die recht still und fast unbemerkt über die Bühne gehen. So ist die Zahl der unbesetzten Systemposten trotz Aufnahmeeinschränkungen und trotz Arbeitszeitverkürzung, welche für das Land Salzburg mindestens 50 neue Arbeitsplätze erforderlich macht, nach neuesten Meldungen auf demselben Stand wie 1974 geblieben. Dieser Rechentrick der Postdirektion erklärt sich daraus, daß die Systemisierungswerte für die meisten Arbeiten heruntergesetzt wurden. Die Systemisierung ist ein außerordentlich kompliziertes und schwer durchschaubares Verfahren. Es legt die Anzahl der Systemposten fest, also jener Dienstposten, die nach Vorstellungen der Postverwaltung für die Aufrechterhaltung der Postdienste notwendig sind und den einzelnen Postämtern zugeteilt werden. Kürzt man die Zeiten, die für die einzelnen Arbeiten vorgesehen sind und der Berechnung zugrundeliegen, so läßt sich bald mal ein Systemposten wegrationalisieren. Dann muß die gleiche Arbeit in kürzerer Zeit oder von weniger Bediensteten geleistet werden – für die Generaldirektion ist das ein Rechentrick auf dem Papier, für die Kollegen aber nimmt die Arbeitshetze zu. Dieser Trick wurde besonders zur Einführung der 40-Stunden-Woche im Schalterdienst angewendet. Die Herabsetzung der Systemisierung bewirkte, daß die gleiche Arbeit in kürzerer Zeit gemacht werden muß.

Mit all diesen Maßnahmen, die von Personalvertretung und Gewerkschaft meist stillschweigend gebilligt werden, steigt die Arbeitsintensität und verschärft sich die Ausbeutung der Postkollegen. Zugleich bedeutet das für sie, daß sie für einen miserablen Lohn immer mehr arbeiten müssen oder anders gesagt, daß sie für dieselbe Arbeit immer weniger Lohn kriegen. Dieser Druck auf den Lohn wird noch verstärkt durch die ständig steigenden Preise für die Waren, die die Kollegen zum Leben brauchen. Denn im Kapitalismus gibt es nur eine Ware, deren Preis hinter allen anderen zurückbleibt, nämlich der Preis der Ware, die die Arbeiter anzubieten haben, ihre Arbeitskraft. Eine Ware, die die Kapitalisten möglichst billig einzukaufen trachten und aus der sie möglichst viel herauszuquetschen versuchen. Darum gilt auch für die Postkollegen: Solange sie sich gegen den Staat, der ihnen gegenüber als Kapitalist ihre Arbeitskraft kauft, nicht zur Wehr setzen, solange wird der Kapitalist Staat mit allen Mitteln ihre Arbeitskraft auslaugen und immer neue Mittel dazu erfinden.

K.B.

WIR WOLLEN DOCH NUR IHR BESTES

Auf einer Betriebsversammlung begründete der Personalleiter die Maßnahmen der Geschäftsleitung mit den Worten: "Aber, meine Herren, wir wollen doch nur Ihr Bestes!" Da meldet sich ein Kollege zu Wort und sagt: "Gerade das wollen wir Ihnen nicht geben!"

Samstag Zeitungen – versteckte Subventionen

Mit dem Streik vom 4.1. in 9 Postämtern zeigten die Postkollegen, daß sie nicht bereit sind, auf die Arbeitszeitverkürzung (40-h-Woche) zu verzichten. Die Postverwaltung, die Teil des bürokratischen Staatsapparates ist, wurde dadurch gezwungen, eine Lösung der Samstagszeitung-Zustellung ohne Überstunden für die Postler zu finden.

Die neue Regelung schaut so aus: Die Zeitungen werden samstags von der Post bis in die Verteilungspostämter gebracht. Private Transportunternehmer, mit denen die Post einen entsprechenden Vertrag abschließt, werden die Zeitungen weiterbefördern. Positiv bei dieser Regelung ist, daß die schlechtbezahlten Samstag-Überstunden (bei einem Kollegen waren es z.B. S 38.-) für die Postzusteller wegfallen. Hauptsächlich profitieren aber die Zeitungsherausgeber von dieser Regelung.

Ihr Ziel, auf alle Fälle zu verhindern, daß sie die Zustellung ihrer Samstag-Zeitungen zahlen müssen, haben sie mit dieser Regelung erreicht. Das sehr profitable Geschäft mit der Samstags-Ausgabe bleibt gesichert. Bezahlt wird die Samstag-Zustellung nach diesem Vorschlag von der Post: für die Zustellerfirmen bringt dieses Geschäft also einen todsicheren Profit.

Letztendlich werden diese Gelder über die Post von unseren Steuern gezahlt, oder die Postgebühren werden wieder erhöht. Dieser Plan läuft auf eine versteckte Subventionierung der Zeitungen hinaus.

Für die Postkollegen wird dieser Plan eine Verschärfung der Arbeitsbedingungen bringen, weil die Postdirektion sicher versuchen wird, wenigstens einen Teil des Geldes durch Rationalisierungen auf Kosten der Postler hereinzubringen.

Ausgehandelt wurde diese Regelung von Verkehrsminister Lanc, der Postdirektion und dem Zeitungsherausgeberverband. Von den Interessen der Postkollegen und der Öffentlichkeit sind sie dabei am wenigsten ausgegangen.

W.S.

Nachtarbeit bei TRM/Tirol

GRÖSSERE PROFITE FÜR DIE KAPITALISTEN - SCHÄDIGUNG DER GESUNDHEIT FÜR DIE ARBEITER

Anfang Jänner wurde für einen Teil der Belegschaft bei den Tiroler Röhren- und Metallwerken Nacht- bzw. Spätschicht eingeführt.

Viele Kollegen waren anfangs dafür - schließlich verdienen sie dadurch etwas mehr, wenn es auch nicht viel ist. Aber auch diese paar Schilling, die die Kollegen für die Nacht- und Spätschicht mehr bekommen, haben sie bitter nötig, nachdem beim letzten Metall-KV nicht einmal die Teuerung abgegolten wurde.

Mit diesem Argument, daß die Kollegen durch die Einführung von Nacht- und Spätschicht mehr verdienen können, sind auch die TRM Kapitalisten hausieren gegangen. Ihnen geht es allerdings um etwas anderes als um den Verdienst der Arbeiter.

FÜR DIE UNTERNEHMER BEDEUTET DIE NACHTARBEIT MEHR PROFIT

Die Kapitalisten rationalisieren, wo sie nur können. Sie müssen gerade jetzt versuchen, ihre Profite um jeden Preis zu halten, wenn sie sich in der verschärften Konkurrenz auf dem Weltmarkt und bei den immer größer werdenden Absatzschwierigkeiten gegen die anderen Kapitalisten durchsetzen wollen.
Und dazu ist ihnen jedes Mittel recht:
Die Einführung von Nacht- und Schichtarbeit ist eine Maßnahme zur Rationalisierung. Wenn die Maschinen Tag und Nacht in Betrieb sind, werden sie optimal ausgelastet und das bedeutet wiederum eine Erhöhung der Profite für die Unternehmer.

Das Interesse der TRM Kapitalisten an dieser Maßnahme ist klar: Sie schwimmen jetzt noch in Aufträgen, während andere Branchen schon in der Krise sind. Jetzt rationalisieren sie also noch, wo es geht, holen alles aus den Arbeitern heraus, was möglich ist, um ihre Säckel noch zu füllen, bevor die Krise auch sie voll trifft.

FÜR DIE ARBEITER BEDEUTEN NACHT- UND SPÄTSCHICHT EINE UNGEHEURE SCHÄDIGUNG IHRER GESUNDHEIT

Die Lebenserwartung von Schichtarbeitern ist eine der niedrigsten überhaupt. Nach deutschen Untersuchungen leiden 90 % der Nachtschichtarbeiter unter Schlafstörungen und Nervosität. Die Zahl der Magengeschwüre ist bei Nachtarbeitern dreimal so hoch wie bei Tagesarbeitern. Mit den Arbeitsunfällen verhält es sich ähnlich.
"Zwischen der Lebenserwartung eines Ministerialrats im zuständigen Sozialministerium und eines Schichtarbeiters in der Metallindustrie liegen runde 20 Jahre ", schreibt das bürgerliche Blatt "Profil".
Dazu kommt noch, daß durch die Nacht- und Schichtarbeit das soziale Leben des Arbeiters gestört wird, dad die Familie darunter zu leiden hat.

DIE ARBEITER VERKAUFEN IHRE ARBEITSKRAFT AN DIE KAPITALISTEN ZUM LEBEN ZU KÖNNEN, UND NICHT UM SICH KAPUTT ZU MACHEN !

Die Arbeiter haben auch gar nichts davon, daß die Kapitalisten noch größere Profite machen auf Kosten ihrer Gesundheit. Nacht- und Schichtarbeit ist nicht im Interesse der Arbeiter. Was die Arbeiter brauchen, ist ein ausreichender Lohn für die normale Arbeitszeit und nicht eine Aufbesserung des Verdienst um den Preis ihrer Gesundheit. Die Einführung von Nachtarbeit ist keine Lösung für die Arbeiter: Diese Maßnahme bedeutet nicht nur schnelleren Verschleiss der Arbeitskraft, sie spaltet auch noch zusätzlich die Belegschaft, denn nur ein Teil der Arbeiter kann überhaupt Nachtarbeit machen.
Was die TRM-Arbeiter jetzt brauchen, ist eine ausreichende innerbetriebliche Lohnerhöhung und die Rücknahme dieser Maßnahmen.

Folgen der Nachtarbeit

5 MAGENOPERATIONEN

Als ich mich neulich mit einem Kollegen über die gesundheitlichen Folgen der Nachtarbeit unterhielt erzählte er mir folgendes: Er hatte zuerst jahrelang in der Schleiferei in einem Tiroler Großbetrieb gearbeitet. Dann hat er die Arbeit nicht mehr geschafft. Er wurde versetzt und bekam eine leichtere Arbeit. Allerdings mußte er dort Nachtschicht machen. Die Folgen für ihn: Er bekam nicht nur weniger Lohn, sondern auch schon nach kurzer Zeit ein Magengeschwür. Binnen ein paar Jahren hat er jetzt schon die fünfte Magenoperation hinter sich.

N.N.

Bei der Post-Spalterische Zulagen

Unterschiedliche Zulagen sind ein Mittel der Postdirektion, die Kollegen auseinanderzudividieren. Das beginnt bereits bei der allgemeinsten Zulage, der sogenannten Betriebszulage, die dreigeteilt ist: Cirka 9.000 Bedienstete in der Zulagengruppe I erhalten 478.- S monatlich, 25.000 in Gruppe II 373.- S und 17.000 in Gruppe III 248.- S.
Mit dieser Zulage, die im Mai 1974 in trauter Zusammenarbeit zwischen SP-Regierung und SP-Fraktion in der Gewerkschaft eingeführt wurde, wollte man Kampfmaßnahmen der Postler vorbeugen. Mußten sie doch zusehen, wie ihre Löhne immer mehr hinter den Lebenshaltungskosten zurückblieben, wovon die meisten Kollegen gleich betroffen sind (mehr als 50 % sind in den untersten Gehaltsstufen D und E). Dennoch wurde diese völlig unzulängliche "Teuerungszulage" auch noch aufgespalten anstelle einer einheitlichen Regelung, wie sie die Kollegen brauchen.

Diese Spaltung zieht sich quer durch den öffentlichen Dienst. So erhalten die ÖBB-Kollegen 585.-S.

Diese spalterische Zulage ist ein Versuch des Staats, Uneinigkeit und Zwist unter den Kollegen zu schüren. Es wäre falsch, würden die Kollegen auf solche Manöver heireinfallen. Richtig ist es, für einheitliche und ausreichende Lohnerhöhungen für die Normalarbeitszeit zu kämpfen.

Es gibt noch eine Reihe solcher Zulagen, die oft bewirken, daß Kollegen in der gleichen Gehaltsstufe und mit gleich viel Dienstjahren unterschiedliche Löhne erhalten. Die Gewerkschaft rührt keinen Finger, um dagegen den Kampf zu organisieren. Im Gegenteil, sie stellt sich gegen die Interessen der Kollegen auf die Seite der SP-Regierung und des bürgerlichen Staates, wie der folgende Bericht eines Wiener Genossen zeigt:

Als im Dezember 72 ein Rundschreiben des Vertrauensmännerausschusses des Fernmeldebetriebsamtes Wien (FBA) verschickt wurde, war darin schon die Mehrleistungszulage angelegt. Eine Zulage, die für bewertete aber unbesetzte Posten den Kollgen, die die Arbeit neben ihrer eigenen durchführen, bezahlt wird. So wurde damals schon der Unmut der Kollgen von der Teuerung abgelenkt und ein Scheinausweg gewiesen, der die Spaltung der Kollegen in sich birgt. Dem Ruf nach mehr Lohn wurde an mehreren Fronten begegnet: Zuerst die Spaltungsversuche in jung und alt, Außen- und Innendienst, usw.; daß jedes Prozent Erhöhung den Staat Millionen kostet (Randus, Schriftführer der Landesgruppe Wien - Telegraph). Als sich die Kollegen aber nicht beschwichtigen liessen, griff man zu einer Zulage mit dem Argument,

daß bei Lohnerhöhungen die anderen Verwaltungszweige auch was wollen und dann bekämen wir zu wenig. Da ließen sich die Kollegen breit schlagen, sie sagten sich, wenigstens etwas. Die Höhe der Zulage ist aber nicht einheitlich und zu allem Überdruß bekommt sie nicht jeder.
Da die Höhe der Zulage sich nach der zu leistenden Arbeit und nach der Anzahl der Beschäftigten richtet, tritt in vielen Abteilungen der Fall ein, daß auf dem Papier genug Personal vorhanden ist - daher keine Zulage. Nicht zu sprechen von Kollegen, die die gleiche Arbeit wie andere verrichten, aber keine Zulage bekommen, da sie in einer anderen Abteilung geführt werden (z.B. Störungsannahmestelle).

So wurde mit Hilfe der Gewerkschaftsführung und ohne vorherige Beratung der Kollegen untereinander eine Zulage geschaffen, die die Teuerung nicht abgilt, die Kollegen spaltet und jederzeit von der Verwaltung verweigert werden kann. Arbeitet doch die Post- und Telegraphenverwaltung

Forts. nächste Seite

WERTHEIM / WIEN:

Lohnverzicht schützt nicht vor Kündigung

Schon seit längerer Zeit gab es im Betrieb Gerüchte, daß die Firmenleitung Entlassungen plant. Nun hat sie offiziell angekündigt, daß sie "den Personalstand überprüfen werde". Mehr ließ die Firmenleitung nicht verlauten. Durch Geheimhaltung und Gerüchtemacherei versuchte sie, die Kollegen einzuschüchtern, um dann leichtes Spiel zu haben.
In dieser Situation war es wichtig, die Kollegen hinter zwei Forderungen zu sammeln. Die erste ist: sofortige Offenlegung der Pläne der Firmenleitung. Dies ist deshalb wichtig, weil die Unsicherheit der Kollegen der Firmenleitung in die Hände arbeitet und weil es wichtig ist zu wissen, was die Firmenleitung vorhat, um sich auf einen Kampf dagegen vorbereiten zu können. Die zweite wichtige Forderung ist natürlich keine Kündigungen. Die Interessen von Arbeitern und Firmenleitung stehen sich hier schroff und gegensätzlich gegenüber. Für die Kollegen geht es darum ihren Arbeitsplatz zu behalten.

Für die Kapitalisten geht es darum, in der Krise, die schärfere Konkurrenz bringt, ihren Absatz und damit den Profit zu halten oder sogar auszubauen. Und das wollen sie auf unsere Kosten durch Arbeitshetze, Senkung des Reallohnes und auch durch Entlassungen. Noch weiß niemand, was die Firmenleitung wirklich plant, aber eines ist klar: Die kommende Auseinandersetzung ist von entscheidender Bedeutung, denn wenn die Firmenleitung jetzt durchkommt, wird sie sofort den nächsten Angriff vorbereiten, sei es weitere Entlassungen oder Steigerung des Arbeitstempos. In dieser Situation hat auch der Betriebsrat die Forderung aufgestellt: keine Kündigungen. Gleichzeitig fordert er von der Firmenleitung, daß Kollegen, die freiwillig kündigen, eine Abfertigung von 3 Monatsgehältern bekommen.

Doch nicht nur um die drohenden Kündigungen geht es für die Kollegen jetzt. Solange es genug Arbeit gab, kamen viele Kollegen nur dadurch auf ihr Geld, daß sie bis zu 15 Überstunden in der Woche machten. Der Ausfall dieser Überstunden bedeutet natürlich eine empfindliche Lohneinbuße, bei vielen bis an die 30 %. Gerade dieses Beispiel zeigt, wie wichtig es ist, ein Verbot der Überstunden und ausreichenden Lohn für die Normalarbeitszeit zu fordern. Weitere Schwierigkeiten gibt es für die Kollegen in den Akkordabteilungen. Durch Arbeitsmangel kommen sie nicht auf die Minutenanzahl, die sie brauchen, um auf ihr gewohntes Geld zu kommen. So bedeutet der Akkord nicht nur ständige Arbeitshetze, sondern auch sofort Lohnverlust, wenn die Firma in Schwierigkeiten kommt.

Deshalb fordern wir Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlicher Systeme.
Diese Lohneinbußen für viele Kollegen bei gleichzeitigen ständigen Preiserhöhungen bedeuten natürlich eine empfindliche Senkung des Lebensniveaus. Am Beginn der Schwierigkeiten der Firma war uns eingeredet worden, daß Lohnverzicht die Arbeitsplätze sichert. Doch trotz all ihrer Beteuerungen denkt die Firmenleitung natürlich gar nicht daran, unsere Arbeitsplätze zu erhalten, wenn sie keine Profite mehr bringen. Bei den Arbeitsplätzen genauso wie bei den Löhnen geht es der Firmenleitung immer nur um eines: um die Niedrighaltung der Personalkosten zur Erhöhung der Profite. Dem müssen die Kollegen ihre Interessen entgegensetzen ohne auf die der Firma Rücksicht zu nehmen: Erhaltung aller Arbeitsplätze und Verteidigung des Lebensniveaus.
Heute muß es darum gehen, jede Verschlechterung unserer Lage abzuwehren.
Auch über die Notwendigkeit, gerade jetzt eine Lohnerhöhung durchzusetzen, muß Klarheit geschaffen werden, denn wir haben deutlich gesehen: Lohnverzicht ist kein Mittel zur Arbeitsplatzsicherung.

So brennend die Frage der Kündigungen zur Zeit auch ist, so wichtig ist es, jetzt keinen Lohnverlust hinzunehmen. Wir müssen den Kampf gegen die Kündigungen mit dem Kampf gegen die Verschlechterung unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen verbinden. Dafür wird es notwendig sein, daß alle Kollegen in ihren Abteilungen ihre Situation diskutieren und gemeinsame Forderungen aufstellen und dann den Betriebsrat beauftragen, diese Forderungen gegenüber der Firmenleitung zu vertreten. Denn der Betriebsrat allein kann sich gegenüber der Firmenleitung nicht durchsetzen, selbst wenn er noch so gute Absichten hat. Nur wenn wir alle hinter ihm stehen und ihm einen klaren Auftrag geben, dann kann auch der Betriebsrat konsequent unsere Interessen vertreten.

P.St. / Wertheim-Betriebskollektiv des KB Wien

Post - Zulagen ...

ständig mit zu wenig Personal. So kann die Verwaltung, wenn die Kollegen keinen Kampf dagegen führen, die Richtsätze für die Postenbewertung erhöhen und dadurch die Zulage streitig machen.
Eine Zulage, die darauf aufgebaut ist, daß zu wenig Personal vorhanden ist. Daher ist die Forderung aufzustellen:

ERHÖHUNG DER LÖHNE FÜR ALLE GLEICH!

Wie sich die Herren von der Gewerkschaft eine Steigerung unseres Einkommens vorstellen, konnten wir auch neulich beim Besuch von Vertrauensleuteobmann Billeth vom FBA-Wien bei uns feststellen. Er erklärte uns, daß ein Bediensteter, der unter der Woche täglich zwei oder drei Überstunden macht, auch am Sonntag Überstunden gewährt bekommen kann. Auf diese Weise kommt er dann im Schnitt auf einen guten Stundenlohn.

Die Verwaltung trifft damit zwei Fliegen auf einen Schlag: Sie braucht keine zusätzlichen Leute einzustellen und hält gleichzeitig die Leute davon ab, ein höheres Gehalt zu fordern. Wir aber können uns die 40-Stundenwoche in den Schornstein schreiben: Bravo Billeth!

K.B., Salzburg/
K.W., Wien

Kündigungen bei Austria-Email/Knittelfeld

Ende Jänner wurden 68 Arbeiter des Austria-Emaillierwerkes in Knittelfeld, dem zweitgrößten Betrieb der Stadt, gekündigt. Begründung: "Absatzschwierigkeiten". Diese Schwierigkeiten der Austria Kapitalisten wurden jetzt auf die Arbeiter abgewälzt. Die Hälfte der Gekündigten sind Frauen. Einer der betroffenen Kollegen hat seit 15 Jahren im Betrieb gearbeitet.

Da ist es schon eine ungeheure Frechheit und Verhöhnung der Arbeiter, wenn jetzt behauptet wird, die Entlassenen seien "Drückeberger", und "Härtefälle" gebe es keine. "Keine Härtefälle", das heißt: Frauen, die "bloß dazuverdienen". Wie die Arbeiterfamilien mit den Schmutzlöhnen der Männer allein auskommen sollen, wird nicht dazugesagt. "Keine Härtefälle", das heißt: Junggesellen, denn die müssen sich eh nur selbst erhalten. Das alles so ganz nach der Logik: Wenn im Kapitalismus Arbeiter entlassen werden, dann sind sie selbst dran schuld.
Daß die Betroffenen nicht selbst schuld sind, wissen die Austrianer natürlich. Mit diesem demagogischen Trick wollen Firmenleitung und Gemeindepolitiker auch nur verhindern, daß eine Einheit der Kollegen gegen die Kündigungen entsteht und die übrige Bevölkerung in Knittelfeld sich solidarisiert. Eine Auswirkung der Einschüchterungsversuche ist bereits bekannt geworden: Die Krankschreibungen sind zurückgegangen. Meinte ein Kollege: "Da geh ich lieber mit Fieber an die Arbeit als daß ich riskier, auf der nächsten Kündigungsliste zu stehen."

Den Entlassenen wurde vom Arbeitsamt erklärt, es könnten alle wieder vermittelt werden. Davon hält aber niemand in Knittelfeld viel, angesichts einer Aufnahmesperre bei Bauknecht, Entlassungsgerüchten bei kleineren und mittleren Betrieben. Auch in der Austria wird schon wieder von weiteren Kündigungen gesprochen.
Bis jetzt haben die Kollegen in der Austria noch keine entschlossenen Schritte gegen die Rationalisierung und Entlassungen gesetzt. Dazu hat beigetragen, daß dem SP-dominierten Betriebsrat die Argumente der Austria-Kapitalisten wichtiger waren als die Sorgen und Interessen der Kollegen. Die Stimmung im Betrieb war nach den Kündigungen ziemlich niedergedrückt. Jeder fürchtet, das nächste Mal dran zu sein. Wenn es nicht gelingt, diese Haltung zu überwinden und wenn die Belegschaft nicht einheitlich und entschlossen gegen die Abwälzung der Krise auf ihren Rücken vorgeht, wird sie einer neuen Kündigungswelle noch geschwächter gegenüberstehen.

M.G.

3 Monate warten auf Arbeitslosengeld

Seit 5.11.1974 bin ich trotz Schwangerschaft arbeitslos. Weil die Kündigung gesetzeswidrig war, mußte meine Firma mir eine Entschädigung bezahlen. Wegen dieser Abfindung nun hatte ich ziemliche Rennereien. Am Arbeitsamt fragte man bei der Gebietskrankenkasse an, wie lange ich sozialversichert gewesen sei und rechnete mir die Entschädigung als Novembergehalt. Nach mehrmaligem Urgieren bei der Gebietskrankenkasse konnte dieser Irrtum in Ordnung gebracht werden. Die langen Wartezeiten im Arbeitsamt waren in meinem Zustand ziemlich unangenehm. In Gesprächen mit anderen Wartenden habe ich viel Erschütterndes erfahren. So erzählte mir eine Mutter von 4 schulpflichtigen Kindern, daß ihr Mann auf und davon sei, sie von der Fürsorge leben müsse und seit Monaten versuche sie eine Stelle zu finden. Leider wurde sie noch jedesmal abgewiesen, weil sie keinen Beruf gelernt hat und die Stellen für Hilfsarbeiter alle an Familienväter und Gastarbeiter vergeben werden.
Ich erfuhr noch von einigen anderen Frauen, wie schwer es sei als arbeitslose Frau eine Stelle zu bekommen.
Am 7.2. wurde mir endlich das Glück "zuteil" mein Arbeitslosengeld zu bekommen. Durch den langen Verdienstausfall kamen mein Mann und ich mit unseren Ratenzahlungen in Verzug. Nur durch arge Einschränkungen gelang es uns diese drei Monate zu überbrücken. Ich frage nicht nur, was macht eine unverheiratete Frau, die arbeitslos, schwanger und drei Monate ohne Verdienst ist in dieser Situation ? Wo bleibt da unser viel gepriesener,krisensicherer Staat, oder gilt für die kleinen Arbeiter und Angestellten das Sprichwort "hilf dir selbst, dann hilft dir Gott"?

Name und Adresse der Red.bek.



ENFANT TERRIBLE und großer Lehrmeister seiner Branche: Alfons Müller-Wipperfürth

KEIN LOHN - KEINE ABFINDUNG

Tagelang zahlte der BRD-Textilkapitalist Müller-Wipperfürth den 250 Werktätigen seines Ebenseer Betriebes den Lohn nicht aus. Der Großteil der Beschäftigten sind Frauen.
Aber nicht nur beim Vorenthalten des Lohnes ist Müller-Wipperfürth der "große Lehrmeister seiner Branche": nachdem er kürzlich 40 Arbeiterinnen und Arbeitern in Ebensee gekündigt hatte, verweigert er ihnen jetzt auch die Abfertigung!

ENGEL / SCHWERTBERG

600 Arbeiter eine Woche im Streik – gegen Werksdirektor und sein Rationalisierungsprogramm

Geschlossen setzten sich die 600 Arbeiter der Firma Engel (Spritzgußmaschinen zur Kunststoffverarbietung) gegen den Werksdirektor und sein Rationalisierungsprogramm zur Wehr. Wenn die Streikenden mit ihrer Forderung nach Rausschmiss des Werkdirektors auch nicht durchgekommen sind, wenn sie auch nur einen Kompromiss erringen konnten, so haben sie dennoch mit ihrem Streik den Kampf gegen die Rationalisierungen aufgenommen und damit den richtigen und einzig erfolgversprechenden Weg beschritten.
Dieser Streik, der von der bürgerlichen Presse beinahme totgeschwiegen wurde, hat Bedeutung für die ganze österreichische Arbeiterklasse: in ganz Österreich versuchen gegenwärtig die Kapitalisten mit Rationalisierungen, verschärfter Arbeitshetze, Entlassungen, Kurzarbeit und Zwangsurlaub die Krise, in die die kapitalistische Profitmacherei gerät, auf den Rücken der Arbeiter abzuwälzen.
Die Aktion hat auch die Aufmerksamkeit der Arbeiter anderer Betriebe gefunden. Schon am ersten Tag hatte sich die Nachricht mit Windeseile in der VÖEST, dem Steyr-Werk und anderen Betrieben verbreitet.
Das ist kein Wunder: Die Engel-Arbeiter haben den Weg beschritten, auf dem allein die Arbeiter, alle Arbeiter, der Verschlechterung ihrer materiellen Lage und der Arbeitsbedingungen entgegentreten können, den Weg des Klassenkampfes. Für die Arbeiter überall in Österreich bietet der Streik in Schwertberg wertvolles Lehr- und Anschauungsmaterial. Sie müssen die positiven und negativen Lehren und Erfahrungen nutzen, um mehr Klarheit über die Bedingungen des Klassenkampfes zu gewinnen und sich für die unvermeidliche Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen zu rüsten.

WESENTLICHE VERSCHÄRFUNGEN DURCH 10-PUNKTE-RATIONALISIERUNGSPROGRAMM

Hahnl war die leibhaftige Verkörperung kapitalistischer Antreiberei und Arbeitshetze. Seit Wochen durchwühlten er und sein Stab den Betrieb nach überflüssigen Handgriffen. Stehzeiten, Verschnaufpausen. usw. Für die Engel-Arbeiter war das Maß endgültig voll, als Hahnl ein Rationalisierungsprogramm mit 10 Punkten ungeachtet der Ablehnung durch den Betriebsrat per Anfang Februar durchsetzen wollte. Dieses Programm sollte massive Verschärfungen der Arbeitsbedingungen bringen:

- so die Herabsetzung der Akkordvorgabezeit um ca. 3%. Es soll damit jenen Kollegen, für die der Lohn ohne Akkordschinderei gar nicht mehr zum Leben ausreicht, noch mehr Leistung abgepresst werden;
- so die Einführung einer Nachtschicht. Für den Arbeiter bedeutet die Nachtschicht rascheren Verschleiß der Gesundheit und der Leistungskraft, was sich in verkürzter Lebenserwartung niederschlägt. Die paar Schillinge an Zulagen ändern nichts daran, daß die Ausbeutung der Belegschaft gewaltig verschärft wird;
- genauso im Profitinteresse ist der geplante Gemeinschaftsurlaub. Der Betrieb hat übers Jahr die volle Kapazität gesichert und sperrt zwei Wochen den Laden zu. Die Arbeiter können ihren Urlaub nicht mehr nehmen, wann sie ihn brauchen. Das trifft gerade diejenigen besonders, die als kleine Bauern unterm Jahr wegen Aussaat, Ernte oder Holzarbeit zu verschiedenen Zeiten daheim bleiben müssen.

GESCHLOSSENE STREIKFRONT DIE GANZE WOCHE

Am Donnerstag sind zuerst 10 - 20 Arbeiter vor dem

Forts. nächste Seite

Tor stehengeblieben, dann die ganze Vormittagsschicht und schließlich haben sie alle anderen Arbeiter mitgerissen. Keiner hat den Betrieb betreten. Die ganze Woche lang hielten die Arbeiter das Werktor besetzt. Sie wollten erst wieder arbeiten, wenn ihre Forderung erfüllt ist: "Hahnl, der Werkdirektor muß weg !"
Die ausländischen Kollegen sind keineswegs als Streikbrecher aufgetreten, wie es in einigen Zeitungen dargestellt wurde. Die österreichischen Arbeiter haben ihre ausländischen Kollegen, die alleine gar nicht zur Aufrechterhaltung der Produktion in der Lage gewesen wären, ebenso wie die Lehrlinge in den Betrieb geschickt, in der Absicht, eine Gefährdung dieser Kollegen, die sich in einer besonderen entrechteten Lage befinden, zu vermeiden. Die Angestellten wollten sich dem Streik anschließen, sobald er gewerkschaftlich anerkannt gewesen wäre. Sie zögerten aus Angst um den Arbeitsplatz, weil die Firma mit Hahnls Programm 30 Angestellte wegrationalisieren will. Ein gutes Mittel, um sich Klarheit über verschiedene Meinungen und Manöver zu verschaffen, war die ständige Versammlung der Streikenden vor dem Werktor.

DIE UNTERNEHMER DROHEN!

Die Kapitalisten haben alles getan, um die geschlossene Streikfront zu zerbrechen und die Arbeiter einzuschüchtern. Am Samstag bekamen alle Engel-Arbeiter einen Brief nach Hause geschickt, in dem der Unternehmer mitteilte, er hätte wegen Vertragsbruch die Bezüge und die Sozialversicherung gekündigt! Die Unternehmer griffen außerdem zur Drohung, sie würden alle Arbeiter aus dem Betrieb rausschmeißen. Andererseits lockten sie mit dem Angebot, sämtliche Streiktage voll zu zahlen, wenn der Streik abgebrochen würde. Nur Hahnl sollte von vornherein mit allen Mitteln gehalten werden. Die Firmenleitung erklärte dazu: "Morgen paßt denen ein anderer nicht, dann können wir schnell unser ganzes Führungsteam verlieren". ("Presse", 30.1.). Es ging dabei um viel mehr als um die Person Hahnls. Der Streik war zu einer Kraftprobe geworden, in der es den Unternehmern darum ging, den Willen der Arbeiter zu brechen und ihnen zu zeigen, daß der Arbeiter im Kapitalismus nichts ist als Arbeitsvieh, das zu parieren und sich widerstandslos auspressen zu lassen hat. Gegen dieses Grundprinzip unserer Gesellschaftsordnung haben haben die Arbeiter rebelliert.

DIE GEWERKSCHAFTSFUNKTIONÄRE WAREN VERLÄSSLICHE HELFER DER UNTERNEHMER

Die Gewerkschaft wollte den Streik nicht anerkennen. Zuerst unter dem Vorwand, ein Streik gegen eine Einzelperson sei mit den gewerkschaftlichen Grundsätzen nicht vereinbar. In Wirklichkeit paßt die selbständige Initiative der Engel-Arbeiter nicht in das Sozialpartnerschaftskonzept der Gewerschaftsbonzen, die damit ihre Politik der Klassenzusammenarbeit mit den Unternehmern gefährdet sehen. Arbeiterkammerpräsident Schmiedl kam am Dienstag persönlich ins Werk, um den Arbeitern einen faulen Kompromiß aufzuschwatzen. Sein Verhalten begründete er so: "Wenn ein Haus brennt, muß man verhindern, daß auch andere zu brennen beginnen". In der Tat verfolgten die Arbeiter in der Umgebung und in Linz den Streik mit wachsender Aufmerksamkeit. Schmiedl versuchte, die Streikmauer vor dem Betrieb aufzulösen, daß er einen Teil der Kollegen in den Sozialraum im Betrieb einlud: Die erfahreneren Kollegen durchschauten dieses Manöver, bildeten einen Zug und demonstrierten durch das ganze Werk mit dem schnell geschriebenen Transparent "Einheit macht stark", riefen die Losung "Hahnl muß weg" und rissen damit unschlüssige Kollegen mit sich. Am Mittwoch, nachdem Schmiedl tags zuvor abgeblitzt war, hatte die Metallarbeitergewerkschaft Landes- und Bezirkssekretär zu den Streikenden geschickt. Diese erklärten vor allem, warum der ÖGB den Streik nicht anerkennen wolle: Weil das Gewerkschaftsstatut keine Möglichkeit für einen Streik gegen eine Einzelperson biete. Weil er ohne Einverständnis der Gewerkschaft begonnen wurde. Am hinterhältigsten war die Begründung, wenn der ÖGB den Streik anerkenne, müßte er den Ausfall der Firma (2 Millionen täglich) übernehmen, und das könne er nicht. Damit wollten diese Herrn Funktionäre den Arbeitern Angst machen, daß die Arbeiter diese Millionen zu zahlen hätten, und forderten sie damit indirekt zum Streikabbruch auf. Damit hatte sich die Gewerkschaftsführen erstmals ein Argument zu eigen gemacht, das bisher sogar ein Unternehmer kaum vorzubringen gewagt hatte, das bisher den theoretischen Spekulationen einiger besonders reaktionärer und arbeiterfeindlicher "Rechtswissenschaftler" vorbehalten war und von der Gewerkschaftsbewegung stets zurückgewiesen worden ist.

Ganz offiziell hieß es: Der Streik wird anerkannt von der Gewerkschaft, wenn er abgebrochen wird! Das wirft ein bezeichnendes Licht auf die klassenversöhnlerischen Führer im ÖGB: Nicht die Forderungen der Streikenden lagen ihnen am Herzen, sondern der sofortige Abbruch des "wilden" Streiks.

MITTWOCH 29.1., UM 14 UHR WURDE DER STREIK ABGEBROCHEN

Mittwoch vormittags verbretiete die Firma noch einmal ihren Kompromißvorschlag. Direktor Schwarz hielt eine Ansprache, in der er lamentierte, in der derzeitigen Krise seien eben Rationalisierungen notwendig. Am Schluß seiner Rede wurde er noch vom SP-Betriebsrat unterstützt, der den Arbeitern "geht's arbeiten!" zurief.

Die Geschlossenheit des Streiks hatte abzubröckeln begonnen. 10 Arbeiter und die Gewerkschaftsfunktionäre arbeiteten daraufhin einen anderen Kompromiß aus, der dann auch angenommen wurde:
Hahnl wird als Werksdirektor abgesetzt und wird "Berater", er hat kein Weisungsrecht an die Belegschaft mehr. Neu eingerichtet wird ein "Ombudsmann", der sich um alle Beschwerden kümmern soll; der Belegschaft wird voller Schutz vor Sanktionen gewährleistet; die Gewerkschaft erkennt den Streik an. Obwohl die Arbeiter einen Teilerfolg erzielen konnten, entspricht dieser Kompromiß insgesamt den Vorstellungen der Unternehmer. Über die Rationalisierung ist nicht verhandelt worden, Hahnl wird auch als Berater "gute Dienste" leisten, und der Ombudsmann ist kein Arbeiter, sondern ein Miteigentümer der Firma.

EIN MONAT SPÄTER: 60 KÜNDIGUNGEN ZUR DISZIPLINIERUNG UND RATIONALISIERUNG

Der Teilerfolg der Arbeiter ließ den Kapitalisten keine Ruhe, nachträglich mußte der Widerstandswille endgültig gebrochen werden. Gleichzeitig sollte eine andere Form der Rationalisierung durchgeführt werden, nachdem der alte Plan nicht durchgegangen war. 50 Arbeiter und 10 Angestellte wurden gekündigt, für den größten Teil der übrigen Belegschaft ist Kurzarbeit (32 Stunden statt 40 Stunden in der Woche) vorgesehen.
Die Unternehmer hätten auch andere Maßnahmnn treffen können. Denn insgesamt geht es der Firma nicht so schlecht. Die Produktion wird nur in einer Abteilung, der Montage gekürzt, während im Stahlbau im üblichen Ausmaß weiterproduziert wird. In der Mechanik, wo gebohrt, geschliffen und gefräst wird, soll gleichzeitig eine dritte Schicht eingeführt werden. Und schon jetzt ist der Automationsstandard in der Firma laut Firmenchef der höchste der Welt für diese Produktionszweig.

Die Unternehmer wollten aber zeigen, wer der "Herr im Haus" ist. Die Arbeiter sollten glauben, der Streik habe sich nicht ausgezahlt. Aber die Engel-Arbeiter befinden sich jetzt nicht deswegen in einer schwierigen Lage, weil sie mit dem Streik einen Schritt nach vorne gemacht haben. Die Schwäche des Kampfes war, daß er sich nicht in aller Bewußtheit gegen die Rationalisierung gerichtet hat, gegen die Absicht, die Profite auf Kosten der Arbeitsbedingungen zu erhöhen. Diese Schwäche ist der Grund, daß der Rationalisierung, wie sie jetzt in besonders brutaler Form durchgepeitscht werden soll, noch kein geschlossener Widerstand entgegengesetzt wird.

W.S.

KOMMUNISTISCHER BUND - KONTAKTE, LESERBRIEFE

Bürostunden: Montag bis Freitag 17 bis 19 Uhr im Lokal in der Müllner Hauptstraße 14 (Nähe Landeskrankenhaus)

Zuschriften (Leserbriefe, Anfragen u.a.) sind sehr erwünscht. Bitte richten Sie ihr Schreiben an:

Redaktion KAZ
Müllner Hauptstr. 14
5020 Salzburg

Nicht "Juwel auf Rädern" sondern Keksdose

Der Audi 50 wurde vor kurzem in den bürgerlichen Zeitungen in hohen Tönen gelobt. Das soll den Verkauf anregen. Kollegen von VW Wolfsburg, die den Wagen bauen, berichten, warum sie den Audi 50 nicht für ein "Juwel auf Rädern" halten :

Sieht man auf der Autobahn einen Unfall, oder besser das auf die Seite geschaffte Häuflein Schrott, wird einem meist sehr mulmig, wenn man seine eigenen Überlebenschancen überdenkt. Und oft kann man den Fahrer eines zusammengestoßenen Wagens nicht mehr danach befragen, ob er mit der Robustheit seines Autos zufrieden ist - wie es der Autotest zuvor angepriesen hat.

Der Ausgangspunkt der Ramschproduktion im Kapitalismus liegt vor der Endmontage des Autos: er liegt in der kapitalistischen Planung und Konstruktion. Das kann man gut an einem neuen Wagentyp sehen, der bei VW Wolfsburg hergestellt wird, dem Audi 50. Dieser Wagen ist in vieler Hinsicht baugleich mit dem Golf von VW. Er ist 65 Kilo leichter bei einem Längenunterschied von 11 cm. Preislich wird er alle eruopäischen Kleinwagen übertreffen und nahe an den Preis vom Golf herankommen. Daß der Wagen um beachtliche 65 Kilo leichter ist, kommt nicht aus den 11 cm Unterschied in der Länge sondern dadurch, daß man viele Verstrebungen und Verstärkungen herausgelassen hat, die beim Golf eingebaut werden mußten, da er auf dem US-Markt verkauft werden soll.

Der Audi 50 wird nur für den westeuropäischen Markt produziert, auf dem die Sicherheitsbedingungen, die das Kapital viel Geld kosten, recht lasch sind.

So sind die Stoßstangen für Europa aus solch dünnem Material, daß man sie mit der Hand zusammendrücken kann. Werden die Stoßstangen bei der US-Ausführung an Stoßdämpfern befestigt und an einer Verst?ng angeschraubt, die extra in den Vorderwagen eingeschweißt wurde und eine Art Knautschzone bildet, so ist von all dem nichts in den europäischen Ausführungen. Findet man in den US-Ausführungen bei VW-Wagen 2- bis 3-Millimeter-Bleche als Verstärkungen in den Türen, so hat man beim Audi 50 0,75-Millimeter-Blech um sich herum.

Von außen sieht ein Auto oft sehr hübsch und schnittig aus. So ist es auch beim Audi 50, dessen leicht luxuriöse Ausstattung (wie sie oft im Autotest bezeichnet wird) anscheinend den Zweck verfolgen soll, dem Käufer das Bild eines guten Kaufs vorzutäuschen. Aber Glanz verschleiert oft den Schrott und der Käufer merkt's dann erst beim Unfall.

Die Autotester haben diesen Wagen als "Juwel auf Rädern" bezeichnet. Das mag sein, die Frage ist nur: für wen? Tatsache ist, daß selbst aus der Leitung des Schnittbaus skeptische Töne über dieses Juwel nach außen gelangen. Denn der Wagen wurde in 2 Jahren (Rekordzeit nach Autotest) konstruiert und angefertigt. Normal sind 4 Jahre notwendig, um den Wagen "ausgereift" auf den Markt zu bringen.

Da kann man dem Käufer eigentlich nur raten, im voraus schon einige Termine beim Autohändler festzumachen. Die sogenannten Kinderkrankheiten werden hier in einer Art Epidemie auftreten.

Um bei dem "Juwel" zu bleiben: Wenn die Resonanz so wird, wie die Autotester das Blaue vom Himmel herunterjubeln, dann wird der Audi 50 wohl eins werden für die Herren Kapitalisten. Der Käufer aber hat den Ramsch einer sogenannten Leichtbauweise, der nicht den Namen "Juwel" verdient, sondern den, wie er unter den Kollege der Endmontage bezeichnet wird, nämlich "Keksdose"!

W./VW Wolfsburg
Ortsgruppe Wolfsburg
des KBW

Kompaktes Stahlkleid?

Zu ganz anderen Schlußfolgerungen über die neuesten VW-Leichtgewichte AUDI 50 und POLO kommt das Zentralorgan "Volksstimme" der revisionistischen KPÖ:

Der VW-Polo hat die gleichen Ab[illegible] und das gleiche kompakte Stahlkleid wie der erfolgreiche Audi 50. Er ist in seiner [illegible]

So und ähnlich werden - Samstag für Samstag - die neuesten (Miß)-geburten der kapitalistischen Autoindustrie besprochen. Wenn die Damen und Herren Motorjournalisten der "Volksstimme" gerade keine Testwagen zur Verfügung gestellt kriegen (z.B. wurde der Mercedes 280, Volvo etc. lobend vorgestellt), so schreiben sie diensteifrig die offiziellen Presseaussendungen der Auto-Konzerne ab.

Wie sagte einmal ein führender KPÖ-Funktionär auf die Frage, warum in ihrem Zentralorgan so viel Schleichwerbung abgedruckt werde? Er meinte sinngemäß: "Die Leute wollen was über diese Themen lesen. Aber leider haben wir nicht die richtigen Journalisten dafür." Worin unterscheidet sich die "Volksstimme" von den Lobhudeleien der "SN" oder anderer bürgerlicher Zeitungen?

H.M.



Arbeitslose Frauen demonstrieren vor dem Arbeitsamt in Rom/Italien

Die Emanzipation der Frau ist eine Klassenfrage

Das Jahr 1975 wurde von den Vereinten Nationen zum "Internationalen Jahr der Frau" proklamiert. "Dieses Jahr soll der intensiven Tätigkeit gewidmet sein, um die Gleichheit zwischen Mann und Frau zu fördern, sowohl in der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung, auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene". (Proklamation der UNO vom 11.1.1973) An alle UNO-Mitgliedstaaten erging die Aufforderung, zur Verwirklichung dieser Ziele in ihrem Land entsprechende Maßnahmen zu setzen.

Mit vielen schönen Reden versuchen die bürgerlichen Politiker jetzt über die tatsächliche Verschlechterung der Lage der Frauen aus der Arbeiterklasse und dem werktätigen Volk hinwegzutäuschen. 1.) Die ständige Teuerung gerade beim Lebensnotwendigen, 2.) der Lohnabbau, 3.) die Mietsteigerung, der Staatswucher bei den Gebühren und Tarifen, der miserable Zustand des Volksbildungs- und des Gesundheitswesens, die fehlenden Kindergärten, die gerade auch die Frauen unerbittlich zu spüren bekommen.

Beim Festakt zur Eröffnung des UNO-Jahres in der Wiener Hofburg appelierte Bundeskanzler Kreisky an das "Bewußtsein" der Bevölkerung, denn nur dort könne sich die Emanzipation der Frau wirklich vollziehen. Und von der Gewerkschaft bekommt man zu hören: "Anfangen können wir, wie immer, nur bei uns selbst. Kontrollieren wir Männer, wo wir Frauen unbewußt diskriminieren. Kontrollieren wir Frauen, wo wir unbewußt resignieren." (Aus einer Anzeige zum "Jahr der Frau" in GLÜCK AUF ! Zeitschrift der Metall- und Bergarbeitergewerkschaft Nr. 2/75) - Solch ein Gerede verfolgt doch nur den einen Zweck: uns weiszumachen, daß persönliche Mängel und Vorurteile eines jeden von uns schuld daran sind, daß Frauen im gesellschaftlichen und beruflichen Leben vielfach benachteiligt werden. Dieses Gerede ist ärgerlich. Dieselben Politiker und Gewerkschaftsfunktionäre, die dafür verantwortlich sind, daß an allen Ecken und Enden die materiellen Bedingungen dafür fehlen, um den Frauen die Teilnahme an der produktiven Arbeit und am politischen Leben wenigstens unter erträglichen Bedingungen zu gestatten - nämlich genügend Kinderhorte, Kindergärten, Ganztagsschulen, ausreichende Wohnungen zu erschwinglichen Preisen, ausreichender Lohn usw. - schieben den Frauen selbst die Schuld für ihre niedergedrückte Lage zu und klagen auch gleich ihre Männer mit an.

Forts. nächste Seite

Emanzipation...

Mit solch einem Gerede soll erreicht werden, daß die werktätige Frau ihre Empörung über alle täglich erfahrenen Benachteiligungen und Überbelastungen gegen ihren Mann richtet, statt mit ihm gemeinsam gegen die U r s a c h e ihrer Unterdrückung zu kämpfen.

DIE BESONDERE UNTERDRÜKKUNG DER FRAU HAT IHRE WURZEL IN DEN KAPITALISTISCHEN AUSBEUTUNGSVERHÄLTNISSEN.

In Österreich stellen die Frauen ungefähr 40 % der Erwerbstätigen, von 2.655 000 Beschäftigten waren 1974 1.637 000 Männer und 1.018 000 Frauen. 90 % der Frauen sind ungelernte oder angelernte Arbeitskräfte. "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" ist zwar gesetzlich vorgeschrieben, kann aber durch die Einstufung in Leichtlohngruppen von den Kapitalisten leicht umgangen werden. "Nehmen sie zur Kenntnis meine Damen, der "gleiche Lohn für gleichwertige Arbeit" ist zwar im österreichischen Gesetz verankert, aber in der Praxis gibt es ihn nicht" - antwortete der kaufmännische Leiter von Siemens/Villach auf die Kritik an den niedrigen Frauenlöhnen, die eine Besucherdelegation vom ÖGB - Frauenausschuß äußerte.

Wächst die Arbeitslosigkeit, werden Frauen als erste entlassen; vom September 1973 bis September 1974 ging die Zahl der Beschäftigten in Österreich insgesamt um 0,8 % zurück, bei den Frauen betrug der Rückgang 2,6 %. Ihre besondere Rolle innerhalb der Familie, von der sie durch so gut wie keine gesellschaftliche Hilfseinrichtungen entlastet wird, zwingt die Frau, sich doppelt abzurackern: im Beruf und daheim bei der Haushaltsführung und Erziehung der Kinder.

Es ist gerade ihre gedrückte und untergeordnete Stellung, die sie für den Kapitalisten als Arbeitskraft interessant macht. Die Frauen der Arbeiterklasse bilden ein Reservoir an billigen Arbeitskräften. In Zeiten der Hochkonjunktur werden sie verstärkt herangezogen, verschärfen die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und tragen zum Lohndruck bei. In Zeiten der Krise werden sie auf ihre traditionellen Aufgaben als Hausfrau und Mutter zurückgeworfen. Gerade heute erheben sich wieder die Stimmen, die Frauen sollten den Männern nicht die Arbeitsplätze wegnehmen. Die Ideologie vom Hausmütterchen wird wieder aufgewärmt, um die Frauen vom Kampf gegen ihre Arbeitslosigkeit abzuhalten. Benya erklärte bereits im vorigen Jahr: eine Frau, die ihre Arbeit verliert, sei nicht als arbeitslos zu bezeichnen, weil sie ihre Hauptaufgabe ja daheim finden.
Sobald die Frauen diese Einstellung akzeptieren, werden sie zur willenlosen Manövriermasse der Kapitalistenklasse !

EMANZIPATION DER FRAU ALS KLASSENFRAGE BEGREIFEN - NICHTS ALS GESCHLECHTERFRAGE !

Nur wenn die arbeitenden Frauen ebenso wie die Männer den gewerkschaftlichen und politischen Kampf für die praktische Durchsetzung der Rechte aufnehmen, die sie brauchen - nur dann setzen sie Schritte auf dem Weg ihrer Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung. Auf dem Weg der Emanzipation kommt die Frau nur dann voran, wenn sie trotz aller quälenden Umstände an der gesellschaftlichen Produktion teilnimmt und sich aktiv dem politischen Kampf gegen die Ausbeuterordnung anschließt. Alle Arbeiterinnen, alle Frauen aus dem Volk sollten das "Jahr der Frau" dazu nutzen, den bürgerlichen Politikern mit dieser Zielsetzung entgegenzutreten.

U.G.



1.500 Gewerkschafter demonstrierten am 25. Feb. vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe

BRD: Die bürgerliche Reaktion zementiert den Abtreibungsparagraphen

Unter dem Schutz mehrerer Hundertschaften Polizei hat das Bundesverfassungsgericht am 25.Februar sein Urteil zum § 218 (entspricht unserem ehemaligen § 144) verkündet. Im Namen des Volkes wurde festgestellt, daß das werdende Leben vor dem Volk nur durch Androhung schwerer Strafen geschützt werden könne. "Aus Einsicht in die Unwirksamkeit anderer Mittel" bestünde die "Verpflichtung des Staates", den Schwangerschaftsabbruch mit Strafe zu belegen und die "Pflicht zur Austragung der Schwangerschaft" zu erzwingen. "Schon die Existenz einer Strafdrohung hat Wirkung auf das Verhalten der Bevölkerung". Ohne solche Strafandrohung würde die "Auffassung von Recht und Unrecht verwirrt". Das sind Kernsätze aus der Urteilsbegründung.

Das oberste Gericht der BRD stellt damit fest, daß das Volk der Bundesrepublik vor der Vernichtung seiner Kinder nur abgehalten und zur Pflicht der Austragung der Schwangerschaft nur gebracht werden kann, wenn direkter staatlicher Zwang dahinter steht. Das Gericht hätte kein vernichtenderes Urteil über die gesellschaftlichen Verhältnisse aussprechen können, in denen die Frauen des arbeitenden Volkes ihre Kinder zur Welt bringen müssen! Mit diesem Urteil hat das Bundesverfassungsgericht die vom deutschen Bundestag mit absoluter Mehrheit beschlossene Fristenlösung als "grundgesetzwidrig und damit nichtig" zurückgewiesen. Von einer Bestrafung bei einem Schwangerschaftsabbruch kann nach diesem Spruch nur abgesehen werden, wenn ernste Gefahren für das Leben der Frau bestehen, wenn schwere Mißbildungen an der Frucht zu erwarten sind, wenn die Schwangerschaft durch eine Vergewaltigung zustande kam.
Und schließlich kann die Abtreibung in den ersten 12 Wochen der Schwangerschaft straffrei bleiben, "wenn bei der Patientin eine nicht abzuwendende Notlage vorliege".

URTEILSSPRUCH "IM NAMEN DES VOLKES" ?

Millionen Männer und Frauen haben sich in den letzten Jahren g e g e n den § 218 als eine unerträgliche staatliche Schikane ausgesprochen. Viele von ihnen haben in Demonstrationen, in Kundgebungen, durch Unterschriften und in den Beschlüssen gewerkschaftlicher Körperschaften aktiv

Kindergartensituation in Salzburg

Der Durchschnittslohn eines Arbeiters beträgt durchschnittlich zwischen 4000.- und 6000.- S. bei einer offiziell zugegebenen Inflationsrate von rund 10 % für 1974, wobei die Lebenshaltungskosten wesentlich stärker gestiegen sind (z.B. für Wohnungen und Betriebskosten, aber ebenso für Lebensmittel und Kleidung), sodaß die Steigerung mindestens 15 % erreicht. Deswegen sind ein Großteil der Arbeiter- und Angestelltenfrauen zur Lohnarbeit gezwungen. Aber damit sie ihre Kinder unterbringen können, sind Kinderkrippen, Kindergärten und Kinderhorte notwendig.

Aber wie sieht es damit aus? Im Land Salzburg gibt es rund 140 Kindergärten, davon über 50 private (vor allem in kirchlicher Hand).

Diese Kindergärten können nur 9.000 Kinder aufnehmen, die Zahl der Kinder zwischen drei und fünf Jahren aber liegt im Land Salzburg bei 25.000! Also steht nur für etwas mehr als ein Drittel aller Kinder in diesem Alter ein Kindergartenplatz zur Verfügung. Anteilsmäßig haben die Salzburger Kinder mehr Plätze als die von Hallein, obwohl dort durch die Industrie viel mehr Frauen arbeiten. Im Pinzgau und im Lungau sieht es noch schlechter aus. Nur jedes dritte Kind findet einen Platz in Hallein, nicht einmal jedes zweite Kind findet einen Platz in der Stadt Salzburg. Wobei für die Stadt Salzburg noch dazu kommt, daß in den meisten Kindergärten (Ausnahmen: 2 Stadtteile) erst Kinder ab dem 4. Lebensjahr aufgenommen werden. Die Wartelisten sind endlos lang: auch der in Itzling neu gebaute Kindergarten mit 140 Plätzen ist bereits viel zu klein - von 131 Vormerkungen konnten nur 30 berücksichtigt werden. In manchen Gebieten muß man sein Kind schon gleich nach der Geburt im Kindergarten anmelden, damit man sicher sein kann, einen Platz zu finden.

Aber wichtiger als Kindergärten, die mit ihren Öffnungszeiten von 1/2 8 Uhr bis 16.3o h (z.T. mit Mittagspause) für berufstätige Frauen also keine Erleichterung bringen, sind Kinderhorte. In Salzburg gibt es nur 1/4 der Zahl an Kinderhorten wie es Kindergärten gibt (z.B. gibt es in Taxham nur einen gegenüber 3 Kindergärten und 1 Sonderkindergarten, wobei der Kinderhort nicht auf Kinder aus Taxham beschränkt ist). Ein Platz in einem Kindergarten kostet heute mindestens S 500.- (bei privaten sogar ohne Essen), ein Kinderhortplatz kostet halbtags S 500.-. Man kann sich vorstellen, was das bei einem Lohn eines Arbeiters bedeutet.

Aber es fehlen nicht nur Kindergärten und Kinderhorte, sondern die vorhandenen sind restlos überfüllt (wie z.B. in Itzling) oder werden gar wie der Kindergarten Nonntal gesperrt (80 Kinder). In manchen Kindergärten überschreitet die Gruppe die im Gesetz mit höchstens 35 festgelegte Zahl, im Sonderkindergarten Liefering müssen 18 Kinder in einem nicht einmal 18 qm großen Raum spielen, essen und schlafen. Außerdem steht in der Regel nur eine Person zur Betreuung einer Kindergruppe von 30 bis 40 Kindern zur Verfügung, ihre Tätigkeit muß sich notgedrungen auf reine "Beaufsichtigungsfunktionen" (wie es eine Kindergärtnerin ausgedrückt hat) beschränken. Helferinnen sind äußerst selten (im ganzen Land Salzburg gibt es ca. 250 Kindergärtnerinnen und ein gutes Dutzend (!) Helferinnen). Daneben gibt es zu wenig Spielzeug, in vielen Kindergärten gibt es keinen Garten zum Auslaufen.

Außerdem gibt es zu wenig Kindergärtnerinnen (der Kindergarten Nonntal wurde wegen Personalmangels geschlossen). Es gibt viele Interessenten, aber zu wenig Ausbildungsstätten: im ganzen Land Salzburg gibt es eine klerikale Bildungsanstalt in Salzburg und eine "Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen" in Bischofshofen - gesamtösterreichisch sieht die Bilanz nicht viel besser aus. Die meisten Kindergärtnerinnenschulen sind in Wien, Wer aus Salzburg Kindergärtnerin werden will, muß also für 4 Jahre nach Wien ins Internat - oder er entschließt sich, in von den Kirchen eingerichteten Schulen "karitativ" ausgebildet zu werden. Es gibt noch die Möglichkeit als Externistin die erforderlichen Prüfungen zu machen: 8 Monate kostenlose halbtägige Praxis in einem Kindergarten (vgl. dazu die Korrespondenz). Eine Kindergärtnerin verdient am Anfang ca. 4.000.- und weniger, nach rund 2 - 3 Jahren S 5000.- netto. Als Hort- oder Kindergartenleiterin ca. 6000.- netto. Und das bei den ständig und horrend steigenden Wohnungs- und anderen Lebenshaltungskosten.

Warum aber gibt es diese offensichtlichen Mißstände? Warum investiert der Staat nicht mehr in die Kindergärten und Kinderhorte? Weil dieser Bereich dem Staat und den Kapitalisten keinen Profit bringt. So haben wir also auch hier wieder ein Beispiel dafür, für wessen Interesse der Staat im Kapitalismus sorgt. Die Last wird auf das Volk abgewälzt.

Die Kindergärtnerinnen, die ebenso unter der miserablen Situation der Kindergärten leiden, müssen sich mit den Eltern zusammensetzen, um die Lage der Kindergärten zu verbessern. Solche Mittel sind die Einberufung von Elternversammlungen, um dort über Probleme zu diskutieren, die im Kindergarten bestehen, z.B. wie etwa unzureichendes Spielmaterial, zu wenig Platz, zu wenig Personal - alle diese Mängel aufgedeckt werden und um alles daranzusetzen, daß diese Mängel beseitigt werden.Gleichzeitig muß in den Gewerkschaften die Forderung nach Betriebskindergärten aufgestellt werden, unter Kontrolle der Organe der Belegschaft.

Fordern wir deshalb:

- O KINDERGARTENPLATZ FÜR JEDES KIND !
- O UNENTGELTLICHE KINDERGÄRTEN UND KINDERHORTE !
- O ÜBERWACHUNG DER KINDERGÄRTEN UND BETRIEBSKINDERGÄRTEN DURCH DAS VOLK!

H.M., Stadtteilkollektiv Taxham

Abtreibungsparagraph...

gegen diesen Paragraphen gekämpft. Heute stehen sie vor der Frage, ob sie ihren Willen vor dem Urteilsspruch einer Handvoll ausgekochter Reaktionäre beugen wollen.
Am Tag der Urteilsverkündung hat der Landesbezirk Baden-Württemberg des DGB zu einer Kundgebung in Karlsruhe aufgerufen. Obwohl die Kundgebung während der Arbeitszeit stattfand und fast nichts getan worden war zur Mobilisierung der Gewerkschafter, demonstrierten schließlich 1.500 Gewerkschafter in Karlsruhe. Nur wenige von ihnen waren damit zufrieden, daß der Landesvorsitzende des DGB, Erlewein, gleich als erstes erklärte: "Es ist dies keine Protestdemonstration gegen das oberste Gericht. Es ist dies keine Veranstaltung, mit der das Gericht unter Druck gesetzt werden soll." Denn es liegt auf der Hand, daß Druck durch die arbeitenden Menschen die einzige Sprache ist, die vom Gegner verstanden wird. Daß man keine Hoffnung setzen darf auf den bürgerlichen Staat, sondern gegen ihn den Volkswillen durchsetzen muß.

Wie breit die Bewegung gegen den § 218 ist, haben auch die Demonstrationen in Hamburg (4.000) und München (6.000 bis 7.000) gezeigt. Diese Protestdemonstrationen am Tag der Urteilsverkündung und in den Tagen darauf sind nur ein Neuanfang. Die Arbeiterklasse und das Volk werden sich dem Karlsruher Ewigkeitsspruch nicht unterwerfen, die Erniedrigung, die der § 218 insbesondere für die Frauen bedeutet, nicht hinnehmen.
Die Arbeiterbewegung muß für die ersatzlose Streichung des § 218 eintreten, für das Recht auf Abtreibung.

W.M./KB Westdt.ld. gekürzt

SONDERKINDERGARTEN LIEFERING :

Weniger als 1qm pro Kind

Beim letzten KAZ-Verkauf habe ich mit vielen Menschen über die Erhöhung der Kindergartentarife um ca. 30 % diskutiert. Die meisten wandten sich gegen diese verschärfte Ausplünderungspolitik durch die bürgerlichen Gemeindepolitiker. Viele erzählten mir von den Zuständen in den Kindergärten. Dass es fast nirgendwo genügend Kindergärtnerinnen gibt, das Spielzeug of schlecht und in zu geringer Anzahl da ist, die Gruppen der Kinder zu groß sind... - das sind die Zustände, die von den Eltern geschildert wurden.

Das drastischste Beispiel erzählte mir eine Mutter: in ganz Salzburg gibt es nur zwei städtische Sonderkindergärten für behinderte Kinder. Der eine ist in Taxham, der andere in den Räumen der früheren Mütterberatungsstelle in Liefering. Und diese Räumlichkeiten haben es an sich: es sind zwei Zimmer. Im einen ist das Büro untergebracht, außerdem wird

Forts. nächste Seite

Liefering...

hier das Geschirr abgewaschen usw. Der andere Raum ist für die behinderten Kinder vorgesehen: hier spielen sie, essen sie, schlafen sie. Die Größe des Raumes entspricht einem kleineren Wohnzimmer. Oder anders ausgedrückt: für jedes der 18 Kinder steht weniger als 1 m² Raum zur Verfügung!

Es sieht dann so aus, daß für das Mittagessen die Tische erst aufgestellt werden müssen - nach dem Essen werden sie dann zum Teil wieder übereinandergestapelt. Die Betten für die Kinder können ebenfalls nicht fix aufgestellt werden, sondern sind mobil, d.h. sie werden aus Schränken herausgeklappt. Aber nicht einmal für jedes Kind ist ein Bett da, ein paar Kinder müssen ihren Mittagsschlaf auf einem Tisch (!) verbringen. Für Spielen und verschiedene andere Beschäftigungen ist kaum Raum vorhanden. Bis vor kurzem war das Klo nicht heizbar, jetzt gibt es wenigstens einen Heizkörper drinnen.

Die Leiterin und einzige Betreuerin der 18 Kinder ist total überlastet. Die Arbeit ist schwer und erfordert viel Geduld und Liebe. Man muß sich dazu vorstellen, daß behinderte Kinder eine viel intensivere Betreuung brauchen. Die Folgen dieser aufopfernden Tätigkeit (die Kindergartenleiterin ist bei den Kindern wie bei den Eltern sehr beliebt) ist ein sehr schmerzhaftes Nervenleiden. Als sie vor ein paar Wochen krank wurde, konnte - trotz mehrmaliger Anrufe beim Sozialamt - keine Ersatzkraft besorgt werden. Der Sonderkindergarten wurde gesperrt.

Diese unwürdigen und für alle stark belastenden Zustände dauern nun schon Jahre an. Vor zwei Jahren war Landeshauptmann Lechner mit Anhang im Kindergarten. Er lobte den Idealismus und versprach Abhilfe zu schaffen. Geschehen ist seither nichts. Die Eltern wurden einmal mehr mit Versprechungen abgespeist. Aber sie lassen sich nicht mehr länger hinhalten mit schönen Worten. Sie haben angefangen Unterschriften zu sammeln und mehr Menschen über die "soziale Hilfe" der Gemeinde an ihrem Beispiel in Liefering aufzuklären.

Die bürgerlichen Politiker reden schön. Sind die Besuche abgestattet, die Kinder getätschelt und die Bediensteten gelobt, ist alles "vergessen und vorbei". Die Mutter meinte, daß diese "Taten" immer weniger hingenommen werden. Und sie meinte weiter: Wir müssen die Sache selber in die Hand nehmen und die VP/SP-Politiker zur Rechenschaft ziehen. Die Blumen, die Lechner, Salfenauer und Co. bei ihren Besuchen verteilen oder die verständnisvollen Reden, die sie salbungsvoll bei solchen Anlässen halten - diese großen Gesten werden immer lächerlicher: die Betroffenen wollen Taten sehen und nicht ewig wie Volksschüler behandelt werden, denen man "Die Welt ist in Ordnung" vorspielen kann. Noch dazu bei so katastrophalen Zuständen wie im Sonderkindergarten Liefering. Ein Hund hat in Westdeutschland gesetzlichen Anspruch auf 6 qm Lebensraum - und in Österreich ist es kaum anders. Nur Kinder sind keine Hunde - für sie genügen, wenns nach den bürgerlichen Politikern ginge, weniger als 1 qm.

H.M.



LH Lechner bei einer seiner Visiten - hier im Kindergarten der Landeskrankenanstalten: er verteilt Mozartkugeln...

KOMMUNISTISCHE VOLKSZEITUNG ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES GRAZ (KB GRAZ)	KLASSENKAMPF ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WIEN (KB WIEN)
KLASSENKAMPF ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES TIROL (KB TIROL)	VOLKSMACHT ZEITUNG DER VEREINIGUNG REVOLUTIONÄRER ARBEITER (VRA/ML)

Die Zeitungen dieser Organisationen können über den KB Salzburg/Hallein bezogen werden - 5020 Sbg. Müllner Hauptstr. 14

KINDERGÄRTNERINNENAUSBILDUNG

10 Monate unentgeltlich arbeiten

Trotz des Mangels an Kindergärtnerinnen (eine Kindergärtnerin hat in den Salzburger Kindergärten zw. 30 und 35 Kinder zu betreuen) wird die externe Ausbildung für Kindergärtnerinnen erschwert, wo es nur geht. Die Ausbildung für Externistinnen, d.h. für Schülerinnen, die die 4jährige Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen nicht besuchen, besteht in einer 10-monatigen Praxis in einem der dafür vorgesehenen Besuchskindergärten und der Ablegung derselben Prüfungen, die auch die Absolventinnen der Schule zu bestehen haben. Auffallend bei den Prüfungen ist, wie wenig Wert auf pädagogische Kenntnisse gelegt wird. Kruse oder wenigstens genaue Angaben der Literatur über den Prüfungsstoff gibt es nicht. Für den erfolgreichen Abschluß der Prüfung in "Werkerziehung" zum Beispiel müssen mindestens 60 Werksstücke gebastelt werden. Zum Großteil Dinge, die man später mit den Kindern (noch dazu mit 30) wegen ihrer Gefährlichkeit oder Kompliziertheit nicht machen kann wie z.B. Emmaillieren. Außerdem ist das Rohmaterial, das man sich selbst kaufen muß, äußerst kostspielig. Für "Mädchenhandarbeit" wäre es ratsam vorher eine Schneiderlehre absolviert zu haben - wie soll man sonst Babywäsche oder Arbeitskleidung nach Schnitt nähen können. Kürzlich fiel bei einer Vorprüfung in "Zeichnen" 5 von 6 Kandidatinnen durch. Die Prüfungsgebühr von S 50,- muß selbstverständlich auch von den Erfolglosen bezahlt werden. Besonderer Wert wird auf den Gegenstand "Religion" gelegt, vor allem in Salzburg wo die Kindergartenausbildung in privaten Händen (Kirche) liegt. Hier besteht zwar Abmeldemöglichkeit, jedoch wer traut sich das, angesichts der Schwierigkeiten mit denen man dann zu rechnen hat.

Während der 10-monatigen Praxiszeit arbeitet man täglich 4 Stunden in einem Kindergarten - unentgeltlich in Privatkindergärten oder für S 600,-- monatlich in Gemeindekindergärten - dafür darf man neben der Betreuung und einer täglichen Übung mit den Kindern, Botengänge für die Kindergartenleitung machen.

- a -

Bericht über die Beratung kommunistischer Gruppen in Salzburg

Am 1./2.2.1975 trafen sich in Salzburg Vertreter folgender Organisationen:
Kommunistischer Bund Graz, KB Linz, KB Salzburg/Hallein, KB Tirol, KB Wien, Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML) zu einem Meinungsaustausch über die gegenwärtige Lage der marxistisch-leninistischen Bewegung und ihren weiteren Weg.

1. Die Berichte der einzelnen Gruppen über ihre Entstehung, Entwicklung und politische Tätigkeit zeigten, daß ihr Kampf bereits gewisse Anfangserfolge zu verzeichnen hat. Andererseits zeigte es sich auch, daß die Zersplitterung der marxistisch-leninistischen Bewegung der Erfüllung ihrer Aufgaben hinderlich ist.
Es gab Übereinstimmung, daß wir uns orientieren müssen auf den Zusammenschluß aller kommunistischen Kräfte innerhalb einer landesweit tätigen, demokratisch-zentralistischen Kampforganisation. Diese kann noch nicht die proletarische Partei sein, aber durch die Vereinheitlichung wird es uns weit besser möglich sein, einen entscheidenden Beitrag zum Aufbau der neuen kommunistischen Partei zu leisten.
Es gab Übereinstimmung, daß die Schaffung einer neuen kommunistischen Arbeiterpartei angestrebt werden muß und dies heute die Hauptaufgabe der Marxisten-Leninisten darstellt, denn die Arbeiterklasse kann nur dann den Sozialismus erkämpfen, wenn sie sich eine organisierte Vorhut in Gestalt einer solchen Partei schafft. Die Österreichische Arbeiterklasse hat keine Klassenpartei mehr seit dem Übergang der KPÖ zum Revisionismus und damit ins Lager der Bourgeoisie.

2. Die Herstellung der Einheit der Marxisten-Leninisten in einer demokratisch-zentralistischen Kampforganisation ist nur möglich auf dem Boden einer gemeinsamen ideologischen Grundlage und einer gemeinsamen politischen Linie, einer gemeinsamen Strategie und Taktik.
Diesbezüglich wurde festgestellt, daß alle genannten Organisationen sich zu den Prinzipien des Marxismus, des Lininismus, der Maotsetungideen bekennen und diese auf die konkreten Verhältnisse in unserem Land anwenden wollen.

3. Als nächster Tagesordnungspunkt wurden einige wesentlichen Meinungsverschiedenheiten über die politische Linie und über taktische Fragen angeschnitten: z.B. über die Frage, welchen Platz der Kampf um die Wahrung der nationalen Unabhängigkeit Österreichs im Klassenkampf des österreichischen Proletariats einnimmt; über die Gewerkschaftfrage; über die Frage des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den kleinen Bauern; über die Frage der slowenischen Minderheit in Kärnten.
Es wurde von den Vertretern aller Gruppen die Dringlichkeit der Aufgabe anerkannt, diese und alle anderen Meinungsverschiedenheiten in ideologischen und politischen Fragen vor den Augen aller Interessierten öffentlich aufzurollen und auf der Grundlage des ML zubehandeln.

4. Es wurde Einigkeit darüber erzielt, daß keine politischen und organisatorischen Schritte gesetzt werden sollen, die einen Teil der marxistisch-leninistischen Bewegung aus den weiteren gemeinsamen Bemühungen um Einheit und Zusammenschluß ausschließen würden, solange nicht alle Möglichkeiten zur Herstellung dieser Einheit ausgeschöpft sind.

5. Als letzter Tagesordnungspunkt wurde vereinbart, ein gemeinsames Auftreten in wichtigen Fragen der aktuellen Politik anzustreben und auch die damit verbundenen politischen Auseinandersetzungen und praktischen Erfahrungen im Hinblick auf die Herstellung der Einheit zu behandeln.

Konkret wurde vereinbart, die Zusammenarbeit anzustreben zum 1. Mai und zum 30. Jahrestag des Endes von Krieg und Hitlerfaschismus, zu den Nationalratswahlen und im Kampf gegen das Abtreibungsverbot.

Salzburg, 2.2.1975

KB Graz, KB Linz, KB Salzburg/Hallein, KB Tirol, KB Wien, VRAÖ

SALZBURGER BERATUNG:

Der landesweite Zusammenschluss steht auf der Tagesordnung

Wie aus dem Bericht über die Beratung kommunistischer Gruppen hervorgeht, wurden bei dem Treffen von Vertretern der sechs Zirkel mehrere Fragen angeschnitten, die für die Revolution in unserem Lande von großer Bedeutung sind und wo sich mehr oder weniger deutliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Organisationen und innerhalb der Bewegung abzeichnen. Dabei gehen wir nach dem Leitsatz "Klarheit vor Einheit" vor, denn jeder Zusammenschluß ist unmöglich und würde von Anfang an den Keim der Spaltung in sich tragen, solange über einzelne Punkte des Programms oder über wegweisende taktische Ausrichtungen unterschiedliche Meinungen bestehen.

Nationale Unabhängigkeit oder proletarische Revolution?

Das soll an folgendem Beispiel verdeutlicht werden: Die VRA schreibt in der jüngsten Nummer ihrer Zeitung "Für die Volksmacht" (Februar 75, S.1o) zum Platz Österreichs unter den imperialistischen Nationen und zur Frage der Unabhängigkeit: "Neutralität und nationale Unabhängigkeit sind das erste und wichtigste Anliegen des ganzen österreichischen Volkes". Diese Einschätzung läuft auf nichts anderes hinaus, als daß der Kampf zum Sturz der Kapitalistenklasse und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats hintangestellt und die Arbeiterklasse in erster Linie auf das Eintreten für ein solches behauptetes Anliegen des Volkes eingeschworen wird. Woher leiten die Genossen der VRA die Behauptung von der Vorrangigkeit des Eintretens für Neutralität und nationale Unabhängigkeit ab? Nach Meinung des anonymen Verfassers des Artikels in der "Volksmacht" steht für die österreichischen arbeitenden Menschen folgende seltsame Alternative: "Entweder wiederum ...die Revolution verpassen ... oder mit aller Entschlossenheit bis zur Bewaffnung des ganzen Volkes und der Führung eines konsequenten Volkskrieges, die Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität unseres Landes zu verteidigen" (ebenda). Zur ersten Möglichkeit: Ist es eine Alternative für die arbeitenden Menschen, weiterhin unter den Bedingungen der Lohnsklaverei und unter dem wachsenden Druck des bürgerlichen Staates ihre Existenz zu fristen? Die Aufgabe der Kommunisten ist es ja gerade, die Arbeiter- und Volksmassen aus dem kapitalistischen Elend heraus- und zum Sozialismus und schließlich zur klassenlosen Gesellschaft zu führen. Solange es aber den Kapitalismus gibt, ist es die wichtigste Aufgabe der Arbeiterklasse, die soziale Revolution einzuleiten und die politische Macht zu ergreifen. Solange ihr dies nicht gelingt, "verpaßt" sie zweifelsohne die Revolution, aber diese Feststellung hat nur dann einen Sinn, wenn man die näheren Umstände der historischen Rückschläge im Kampf der Arbeiterklasse untersucht. Man stößt dann auch darauf, daß das Fehlen einer revolutionären Vorhutorganisation, die über Masseneinfluß verfügt und den Klassenkampf an den

Forts. nächste Seite

verschiedenen Abschnitten anleitet, noch jedesmal ausschlaggebend war, wenn eine revolutionäre Situation ungenützt verstrich. Das sollten wir betonen, aber nicht dem Volk Moralpredigten halten, sondern alle Anstrengungen darauf konzentrieren, um eine starke kommunistische Arbeiterpartei aufzubauen.
Zur zweiten Möglichkeit: Die angebliche Vorrangigkeit der Aufgabe, "die Freiheit (welche Freiheit übrigens? -J.R.), Unabhängigkeit und Neutralität unseres Landes zu verteidigen", wird von der spekulativen Annahme hergeleitet, daß Österreich einer gewaltsamen Aggression durch ein anderes imperialistisches Land ausgesetzt ist und im Inneren ein radikaler gesellschaftlicher Wandel zugunsten der Arbeiterklasse und des Volkes noch nicht stattgefunden hat.
Es ist aber unverantwortlich, wenn man sich von vornherein darauf orientiert, daß erst ein imperialistischer Krieg die Revolution hervorbringt, und wenn man nicht alles unternimmt, damit die Revolution dem Krieg zuvorkommt.

Der Stellenwert der Beratung

Ebenso läßt man dem Opportunismus Tür und Tor offen, wenn man für den Fall einer militärischen Bedrohung der Souveränität Österreichs nur die Mobilisierung des Volkes zur Abwehr der Freßgelüste eines fremden imperialistischen Räubers im Auge hat und wenn nicht von Anfang an mit allen Kräften der Sturz der Ausbeuterklasse im eigenen Land angestrebt wird. Denn das ist eine absolute Notwendigkeit und Voraussetzung dafür, daß der Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft eingeschlagen werden kann.
Auf den Schlachtfeldern zu verbluten, nur damit neue Herren das Zepter in die Hand bekommten, daran hat das Volk kein Interesse. Es muß unter Führung der Arbeiterklasse gegen die österreichische Bourgeoisie und deren Staat anstürmen, und die Erfüllung dieser Aufgabe steht unbedingt im Mittelpunkt, wenn wir als Kommunisten einen Ausweg aus den heutigen Verhältnissen angeben.

Es war nicht Aufgabe der Salzburger Beratung, in der oben ausgeführten oder in anderen grundsätzlichen Fragen endgültige Klarheit zu schaffen, da nicht einmal die Möglichkeit bestand, die aufgerollten Probleme umfassend zu beleuchten und die Tiefe der Meinungsverschiedenheiten genau festzustellen. Der Stellenwert dieser Beratung als neuer Anlauf in den Bemühungen zum Zusammenschluß der politisch und organisatorisch zersplitterten Bewegung in einer einheitlichen Organisation ergibt sich daraus, daß an einem Tisch die Vertreter von sechs Gruppen saßen, in denen und in deren Massenorganisation über 90 % der organisiert arbeitenden Kommunisten vereinigt sind. Und daß man sich gemeinsam und ernsthaft Gedanken darüber machte, wie wir den Aufgaben und Anforderungen, die der Klassenkampf an uns stellt, unvergleichlich besser gerecht werden können durch die Schaffung einer nationalen Organisation auf der Grundlage von Programm, Taktik und Statut. Daß schließlich der Weg dorthin vorgezeichnet und die Dringlichkeit erkannt wurde, den Parteiaufbau als Kampfaufgabe zu betrachten, von der politisch-ideologischen Auseinandersetzung angefangen bis hin zu den praktischen Konsequenzen.

Die Auseinandersetzung mit anderen Organisationen

Es ist des öfteren die Frage aufgetaucht, warum nicht sämtliche Gruppen, die sich als marxistisch-leninistisch begreifen, an der Beratung teilgenommen haben. Dazu ist zu sagen, daß die MLPÖ (Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs) im Zusammenhang mit ihrem Partei- und Alleinvertretungsanspruch bisher keine Bereitschaft gezeigt hat, sich mit den Positionen der verschiedenen Gruppen der kommunistischen Bewegung auseinanderzusetzen, die sich zu mehr als neun Zehntel außerhalb dieser sogenannten Vorhutpartei befinden. Die einzige Aufforderung, in die MLPÖ, einen Wiener Zirkel mit Parteianspruch einzutreten, ist kein ernstzunehmender Vorschlag für die Vereinheitlichung.Er zeigt vielmehr, daß die MLPÖ nicht nur vor der Realität des Klassenkampfes die Augen verschließt, sondern auch vor der Realität des Aufblühens der kommunistischen Bewegung außerhalb ihrer Reihen.
Der Marxistisch-Leninistische Bund (MLB) Tirol ist als Spaltprodukt im letzten Jahr im Anschluß an einen schafen Linienkampf aus dem KB Tirol hervorgegangen. Der MLBT hat seither kaum praktische Arbeit unter den Massen geleistet und im wesentlichen zwei Nummern einer theoretischen Zeitschrift herausgebracht. Seine Bedeutung als Organisation wird solange gering sein, als er nicht versucht, durch Aufnahme der Massenarbeit eine politische Linie zu entwickeln. Hierin liegt auch ein entscheidender Unterschied zur Kommunistischen Gruppe Klagenfurt (siehe Gründungserklärung), die anknüpfend an der Praxis ihrer Vorläuferorganisationen vom Tage der Gründung an das ernsthafte Bemühen erkennen läßt, sich im praktischen Kampf zu stählen und unter den Arbeitern und anderen Teilen des Volkes Fuß zu fassen. Deshalb und aufgrund ihrer bisher bezogenen Positionen wird diese Gruppe in Zukunft auch gebührende Berücksichtigung bei den Anstrengungen zur Vereinheitlichung der kommunistischen Bewegung finden müssen. In jedem Fall ist es aber so, daß keine Gruppe, kein einzelner Genosse und kein interessierter Arbeiter, kein Sympathisant unserer Bewegung vom Meinungskampf und von der Diskussion ums Programm als künftiges Fundament der nationalen Organisation ausgeschlossen sein soll, im Gegenteil: Jeder, der in irgendeiner Form an der Zukunft der Bewegung interessiert ist und für die sozialistische Revolution eintritt, sollte hineingerissen werden in die anlaufende Diskussion und sollte Position in möglichst vielen Fragen beziehen.
Der KB Salzburg/Hallein hat am 1. März eine Informationsplenum zum Stand der Bemühungen zur Vereinheitlichung der komm. Bewegung gemacht und es zeigte sich, daß auch unter nicht-organisierten Kollegen und Genossen ein ausgeprägtes Bedürfnis besteht, die Fortschritte im Parteiaufbau mitzuverfolgen. Nichtsdestoweniger werden die praktischen Bemühungen zur Vereinheitlichung in entscheidender Weise von bestehenden Organisationen, die eine gewisse politische Übereinstimmung erlangt haben, vorzutragen sein.

Den Meinungskampf um die politische Linie für den Parteiaufbau entfalten

Die Salzburger Beratung am 1./2.2. machte neuerlich klar, daß der Parteiaufbau nur auf einer richtigen politischen Linie erfolgreich vorangetrieben werden kann, was nicht nur wir allein bisher sträflich unterschätzt haben infolge der falschen Fixiertheit auf den eigenen Zirkel. Für die nächste Zukunft heißt das: Konzentration auf die Herstellung von Einmütigkeit der Auffassungen bzw. Herausarbeitung klar abgegrenzter Positionen in zentralen strategischen und taktischen Festlegungen für den Kampf um den Sozialismus. Dabei wird es sehr gut sein, wenn der KB Wien nach monatelangen Absichtserklärungen endlich ernst macht mit der Herausgabe eines theoretischen Organs, das der gesamten Bewegung zur Verfügung steht und jedem Interessierten Aufschluß geben kann über den Standpunkt einzelner Genossen und Organisationen. Der intensiver werdende Meinungskampf ist sobald wie möglich auf die Ebene einer konzentrierten Auseinandersetzung um einen Programmentwurf zu heben.

Der Drang nach Einheit ist groß und mehrere Bedingungen für den Zusammenschluß sind günstig. Aus diesem Blickwinkel ist es schade um jede Woche, die ungenützt verstreicht.
Im Mittelpunkt muß der Kampf ums Programm stehen, aber auch auf anderen Ebenen können und müssen die Bedingungen für den Zusammenschluß verbessert werden. So haben die Versuche zur Zusammenarbeit der kommunistischen Gruppen in bestimmten Fragen (siehe Punkt 5 des Berichts über die Beratung) gezeigt, daß solche Koordinierung gut ist, auch wenn sie meist schlecht funktioniert. Letzteres ist natürlich ebenso Hinweis darauf, wie dringend eine planmäßige Vorgangsweise nach zentraler Ausrichtung in allen Fragen auf der Tagesordnung steht.

Weiteres ist es ein massiver Anstoß für die Herausentwicklung einer politischen Linie der österreichischen Kommunisten, wenn die Gruppen mit längerer Praxis in der Massenarbeit Rechenschaft ablegen über die gewonnen Erfahrungen, und wenn dabei bestimmte Einschätzungen über die politische Lage verbindlich festgehalten und die Aufgaben für die weitere Arbeit bestimmt werden.
Mitte Februar hat der KB Wien eine Delegiertenkonferenz über einen von seiner Leitung vorgelegten Rechenschaftsbericht durchgeführt, der nach einer breiten zweitägigen Diskussion mit mehreren Veränderungen schließlich einstimmig angenommen wurde. Ohne Zweifel gehen von diesem Rechenschaftsbericht (er wird in Bälde gedruckt vorliegen und erhältlich sein) des größten und fortgeschrittensten Zirkels in Österreich wichtige Impulse für die gesamte kommunistische Bewegung aus.
Im Laufe des März wird sich nun der KB Salzburg/Hallein nach Innen hin konzentrieren müssen auf die Diskussion des von der Leitung mittlerweile vorgelegten Entwurfes für einen Rechenschaftsbericht, der auf einer Mitgliederversammlung am 5. April beraten und beschlossen werden soll.
Wir werden die Diskussion um die Aussagen des Rechen-

Gründungserklärung der KG Klagenfurt

Die Mitglieder des RSB (Roter Schülerbund), der LLS (Liste linker Studenten) (KSO - Komm. Studentenorgansiation) und der KGK (Komm. Gruppe Klagenfurt) haben sich nach eingehender Diskussion über die Hauptaufgaben der Kommunisten in Österreich und der Situation der Kommunisten in Klagenfurt in der KGK zusammengeschlossen.
Den Zusammenschluß ging eine dreijährige politische Praxis des RSB, v.a. in Schulbereich, eine einjährige Praxis der LLS (KSO) v.a. im Hochschulbereich aber auch in der internationalistischen Unterstützungsarbeit und eine halbjährige politische Praxis der KG vor Betrieben und in der Stadt voraus, sowie eine kontinuierliche Schulungstätigkeit über Fragen des wissenschaftlichen Sozialismus.
Diese drei Organisationen arbeiteten auf Grundlage der Einsicht, daß die österreichische Arbeiterklasse trotz einer mehr als 100-jährigen Geschichte der Arbeiterbewegung heute ohne kommunistische Partei, ohne Vorhutorganisation ist und daß es notwendig ist, eine Partei des Proletariats aufzubauen....

Der Zusammenschluß der drei Klagenfurter Organisationen fällt nun in eine Zeit, in der die Kommunistischen Organisationen und alle Kommunisten Österreichs ihre Politik auf die Hauptaufgaben - den Aufbau einer neuen Klassenpartei des Proletatiats - ausrichten. Die Erstellung eines Programms der Kommunisten, auf dessen Grundlage die Partei aufgebaut wird, das die Grundanschauungen der Kommunisten wissenschaftlich zusammenfaßt, die nächsten politischen Aufgaben angibt und die nächsten Schritte aufzeigt, um an die proletarische Revolution heranzukommen - ist jetzt unmittelbare Aufgabe aller Kommunisten.
Das Überwinden der lokalen Beschränkung der Kommunistischen Organisationen und der Zusammenschluß auf Grundlage des Programmes und eines Statuts in einer nationalen Kampforganisation des Poletariats ein weiterer Schritt, um den Parteiaufbau durchzuführen.

Der Zusammenschluß der Kommunisten Klagenfurts, deren Kräfte in 3 Organisationen zersplittert waren, ermöglicht es besser, die Aufgaben der Kommunisten anzupacken.
So sieht die KGK ihre Aufgaben darin, an den Voraussetzungen zur Gründung einer nationalen kommunistischen Kampforganisation zu arbeiten indem sie

- an der Erstellung des Programmes der österr. Kommunisten mitarbeitet
- klassenbewußte Arbeiter und Revolutionäre aus anderen Teilen des Volkes organisiert und damit im lokalen Bereich an den Voraussetzungen für die Neugründung der Partei des Proletariats mitarbeitet und
- die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes im lokalen Bereich organisiert, über ihren Inhalt informiert und sie gegen die Bourgeoisie und ihren Staat richtet.

(Am 18. Jänner dieses Jahres fand die Gründungsversammlung der Kommunistischen Gruppe Klagenfurt statt. Von der neugewählten Leitung der KGK wurde uns die abgedruckte Erklärung zugeschickt).

Sbg.Beratung...

schaftsberichtes nützen, um mittels Entfaltung einer intensiven Kritik und Selbstkritik alle Tendenzen des Rückzugs aus der Arena des Klassenkampfes entschieden zu bekämpfen.
Denn nur aufbauend auf hartnäckigen Anstrengungen zur Vertiefung unseres Einflusses auf die werktätigen Massen im Gebiet von Salzburg und Hallein werden wir einen bedeutsamen Beitrag zur politischen und organisatorischen Substanz der künftigen nationalen Kampforganisation leisten.

J.R. 2.3.75

KB-SPENDENAKTION

Spendenstand 3.3.: S 22.313,50.

(H.H. 200.-; H. R.(Graz) 50.--; H.F.(Sbg.) 100.-; Kratzrunde Kendlerstr. 70.-; Taxham-Koll. 61.- Spendensammlung Lokal 957.-; H.F. (Dornbirn) 200.-; He.F.(Sbg) 3000.- U.G. 500.-; H.M.G. 100.-; W.D.(Sbg) 50.-; Essen R.H./ 1.3.: 950.--)



Mehr als 41 Wochenstunden: im Dreck für die Bourgeoisie

41-Stundenwoche beim BH

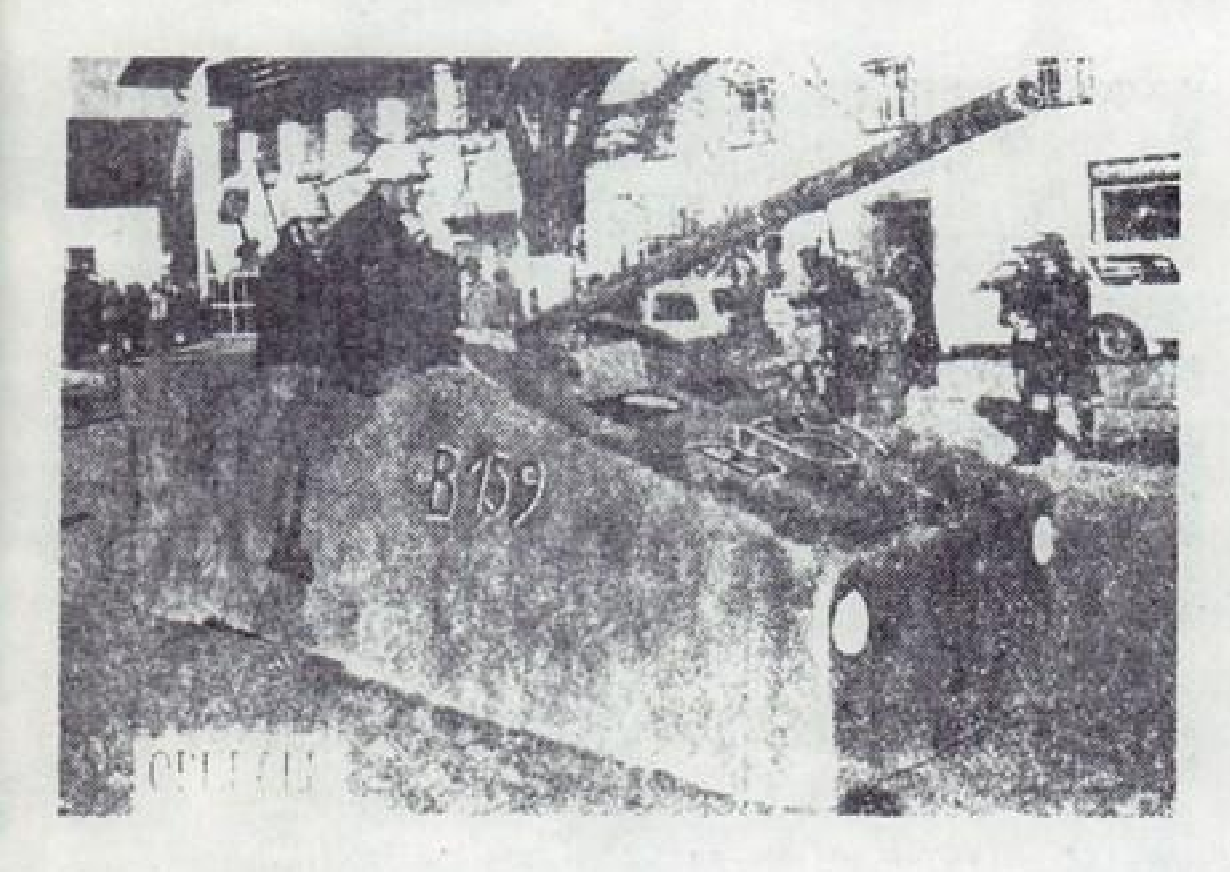
Ab 1975 gibt es im Bundesheer die 41 Stundenwoche. Man würde natürlich annehmen, daß dies für alle Soldaten seine Gültigkeit hat. Mit dieser Annahme ist man schon auf dem Holzweg. Gültigkeit hat die 41 Stundenwoche nur für zeitverpflichtete Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere, nicht aber für die Mannschaften.
Im Gegenteil bringt uns das sogar eine Dienstverlängerung. Damit die Herren Offiziere freitags schon um 15 Uhr nach Hause können, verlegen sie den Dienstbeginn einfach um eine halbe Stunde in die Mittagspause. Die Mannschaft muß natürlich trotzdem bis 17 Uhr anwesend sein.
Laut ADV (allgemeiner Dienstvorschrift) sollten eigentlich nur 45 Stunden Dienst in der Woche sein. Daß diese Bestimmung eine Farce ist zeigt sich daran, daß wir jede Woche zusätzlich 2-3 Dienste schieben müssen. Das ergibt eine regelmäßige Wochenstundenanzahl (ohne Nachtmärsche und Nachtübungen) von ca.60 bis 70. Die Zeit in der wir zweimal täglich (morgens und mittags) während den Pausen die Unterkunft reinigen (von Gangaufwaschen bis Häuselputzen ist hier nicht eingerechnet.
Nun höre ich die Offiziere schon sagen, aber das ist doch klar, Dienste müssen gemacht werden, auch die Unteroffiziere und Offiziere müssen Dienste schieben (wenn auch nur sporadisch). Nur mit dem "kleinen" Unterschied, daß sie eine schöne Stange Geld dafür kriegen. Für 24 Stunden Wochenenddienst bekommt ein Standortoffizier so ca. 2.000,- S.Grundwehrdiener bekommen dafür ganze 20,- S. Offiziere reden gerne von Kameradschaft und Gemeinsamkeit aller Soldaten, doch die einfachen Soldaten erkennen schnell, daß diese ausgekochte Lügen sind, um sie besser bei der Stange zu halten.

Einheitlich zur Wehr gesetzt

Fünf Monate lang haben sich in unserer Kompanie nur einzelne gegen besonders krasse Beispiele von Unterdrückung und Schikanierung zur Wehr gesetzt.
Und gerade in dieser Situation - ein Monat vor dem Abrüsten - wo man schon ganz abgestumpft dem ganzen Betrieb gegenübersteht und sich längst an die täglichen Schweinereien der Vorgesetzten gewöhnt hat, da haben wir dem Oberleutnant als Repräsentanten der Bundesheer-Obrigkeit gezeigt, daß wir so richtig scheißen auf diesen Verein.

Das war so:
Weil wir, ohne vor der Kompanie anzutreten selbständig zum Abendessen gehen wollten, und weil das dem Offizierstellvertreter und einem Oberleutnant nicht paßte, ließ der Oberleutnant die ganze Kompanie (auch diejenigen, die nicht essen gehen wollten) antreten. Er ließ uns eine Zeitlang Habt-Acht-stehen, ein paar Runden marschieren und dann zum Speisesaal führen. Obwohl die meisten das Eßzeug mithatten, kommt einem in dieser Stimmung des aufgestauten Hasses die Idee, daß wir einheitlich nicht essen gehen sollen, um vor den Augen des Oberleutnats, der wohl dachte, daß wir nun froh sind, endlich unser Essen zu bekommen, unseren Haß gegen diese Exerziererei nach Dienst zu bekunden.
Tatsächlich zweigten die meisten von uns vor dem Speisesaal ab und gingen mit leerem Magen, aber - was viel wichtiger ist - mit der Gewißheit, dem Oberleutnant eine Abfuhr erteilt zu haben, in die Unterkünfte zurück.

Ein Wehrmann der Schwarzenberg-Kaserne Salzburg/Siezenheim



Den Faschingsumzug Anfang Februar benutzten die Bewohner Oberalms, um die einmütige Ablehnung der über ihre Köpfe hinweg projektierten Straße durch den Ort zum Ausdruck zu bringen. An einer entsprechenden Unterschriftenaktion beteiligte sich die Bevölkerung Oberalms fast geschlossen, auch die Gemeindepolitiker waren unter diesem Druck gezwungen, gegen das Projekt Stellung zu nehmen.
Das obige Foto zeigt einen nachgemachten Panzerwagen als Ausdruck des festen Willens, sich den Entscheidungen der angeblichen Volksvertreter auch nach dem Fasching nicht zu beugen und den Bau der Straße zu verhindern.
Und am geschlossenen Widerstand des Volkes werden sich die staatlichen Instanzen noch allemal die Zähne ausbeißen!

Den reaktionären KHD-Ideen entgegentreten

Am 22. Februar verteilte der Kärntner Heimatdienst (KHD) Flugblätter in Klagenfurt. Der KHD rief auf, die Minderheitenfeststellung doch endlich durchzuführen. Auf einem anderen Blatt wurde eine slowenische Landkarte verrissen, die alle Orte zweisprachig wiedergibt, und die Führer des Heimatdienstes stellen fest: "Jugo-Landkarte: Ganz Kärnten slowenisches Territorium!"

Ich fragte den Verteiler, wie lange er schon beim KHD sei. Er sagte mir, ein halbes Jahr, er sei von einem Freund dorthin gebracht worden. Ich fragte ihn, wie er die Minderheitenermittlung rechtfertigt, worauf er keine rechte Antwort gab.
Der Verteiler ist ein junger Arbeiter. Ich erkläre ihm, daß Leute wie der Feldner (KHD-Obmann) oder Apovnik (Spitzenkandidat der slowenischen "Kärntner Einheitsliste") davon ablenken wollen, daß die Kapitalisten sich die Profite sichern wollen auf Kosten der Arbeiter, durch Entlassungen, gesteigerte Arbeitshetze usw. Er gab mir recht. Ich sagte ihm weiter, daß es in der Krise notwendiger denn je ist, daß die Arbeiter (slowenische wie deutschsprachige, Ausländer wie Inländer, Männer wie Frauen) gemeinsam gegen die Verschlechterung ihrer sozialen Lage kämpfen müssen.

Weil gerade auf dem Flugblatt des KHD die Jugoslawen angesprochen waren, habe ich darüber auch noch mit dem Kollegen gesprochen. Er war, genauso wie ich, der Meinung, daß es einfach unverschämt ist, daß die jugoslawische Regierung sich in die inneren Angelegenheiten von Österreich einmischt. Aber ich machte ihm klar, daß das keineswegs das wichtigste ist. Wichtig ist, daß die Arbeiterklasse und das Volk der Verschlechterung der Lage entgegentritt. Im Kampf müssen die Arbeiterklasse und das Volk die Unterschiede zwischen slowenischsprechendem und deutschsprechendem Volksteil überwinden und auch die Einmischung Jugoslawiens bekämpfen. Ich forderte ihn auf, den KHD zu verlassen, und er sagte mir, daß er das sicher tun werde. Ich wünschte ihm noch viel Glück.

Ich erkannte, wie morsch Organisationen der Bourgeoisie sind. Die Bourgeoisie, eine Klasse von verschwindend geringer Zahl, ist gezwungen, Arbeiter und Angestellte zu ködern. Mein Beispiel zeigt auch wie wichtig die Auseinandersetzung mit den reaktionären Ideen ist, um diese unschädlich zu machen.

R.H./KG Klagenfurt

Bundesheer: Gesetz und Religion

GRUNDPFEILER VON UNTERDRÜCKUNG UND RECHTLOSIGKEIT

Unter den Bestimmungen für den Dienst als "Korporal vom Tag" (KvT) - ein langweiliger 24-Stunden-Dienst - befindet sich interessanterweise auch diese:
Lesen verboten, ausgenommen ADV und Bibel.

Sobald das erste Schmunzeln über diesen sonderbaren Text vorbei ist, findet man nach kurzem Nachdenken bald heraus, was dahintersteckt, welche Aufgaben die beiden - ADV und Bibel, oder anders gesagt Gesetz und Religion - wohl erfüllen, was die beiden also verbindet:

Ist in den Allgemeinen Dienstvorschriften für das Bundesheer (ADV) die weitgehende Rechtlosigkeit der Soldaten festgelegt, so dienen alle religiösen Anschauungen unter anderem auch dazu, die Soldaten vom Kampf gegen die im Bundesheer besonders große Unterdrückung und Rechtlosigkeit abzuhalten.

Weil man nicht abstreiten kann, daß die Religion, und, was schlimmer ist, die volksfeindlichen Ansichten, die die Kirchenfürsten und Pfarrer verkünden ("Aktion Leben"), heutzutage noch einen gewissen Einfluß in der Bevölkerung haben, soll dieser schädliche Einfluß im Bundesheer aufrecht erhalten bleiben. Zu diesem Zweck wird monatlich ein sogenannter "Lebenskundeunterricht" abgehalten. Hier verspritzt ein Pfaffe im Rang eines Stabsoffiziers (er war übrigens im 2. Weltkrieg Kompaniekommandant) sein reaktionäres Gift.
Er ruft dazu auf, sich mit seinen Vorgesetzten (das heißt mit der Unterdrückung und Schikanierung durch diese) abzufinden. Seine Begründung hierfür war etwa diese: "was sind schon die 6 oder 8 Monate, die ihr machen müßt, gegenüber den vielen Jahren, die wir im Ernstfall erlebten. Ihr habt wirklich keinen Grund, unzufrieden zu sein."

Trotz seiner anfänglichen Beteuerungen, Politik aus seinem Unterricht heraushalten zu wollen, sahen wir bald, daß ihm das unmöglich war. So wie es überhaupt unmöglich ist, die Religion aus der Politik herauszuhalten, Genauso wie ein völlig falsches Bild von der Religion entsteht, wenn man nur den Inhalt der Bibel "an sich" untersuchen würde und nicht die Funktion betrachtet, die die Religionen als Stützen aller Ausbeuterordnungen schon seit Jahrhunderten innehaben.

Apropos unpolitischer Lebenskundeunterricht: So meinte der gute Herr Pfarrer etwa, daß die Sozialpartnerschaft ein hervorragendes Beispiel für die Überwindung von standesmäßigen Schranken sei (Verwirklichung der Nächstenliebe), daß aber andererseits ein "solch haßerfüllter Geist", der es 1934 in Österreich zu einem Bürgerkrieg kommen ließ, eine echte Bedrohung für den inneren Frieden darstelle...

Diese kurze Schilderung soll vor allem eins klar machen: bei der Entlarvung aller gesetzlichen Bestimmungen für das Bundesheer als Instrumente der herrschenden Klasse, ihrer Offiziere und Unteroffiziere zur Niederhaltung der Soldaten, dürfen wir nicht vergessen, alle Anschauungen (besonders religiöser Art), die solche Zustände aufrechterhalten sollen, zu bekämpfen!

H., Wehrmann

PROZESS GEGEN REINHARD KANNONIER

Mit schneller Aburteilung nicht durchgekommen

Am 10.Februar stand in Salzburg Reinhard Kannonier - Zentralausschußmandatar der österreichischen Hochschülerschaft - vor Gericht. Die Anklage lautete auf Vergehen gegen das Wahlschutzgesetz und bewaffneten (!) Widerstand gegen die Staatsgewalt. Beide Anklagepunkte beziehen sich auf die Vorfälle rund um eine Veranstaltung des Kärntner-Heimatdienstes (KHD) im Hot-el Pitter/Sbg. im Mai vergangenen Jahres. Als damals die Mehrheit der Versammlungsteilnehmer Kritik an der chauvinistischen Slowenenhetze vorbrachte und sich für die Rechte der slowenischsprachigen Volksgruppe einsetzte, wußten sich die Veranstalter nur durch die Entfesselung einer Saalschlacht zu helfen.
Die angerückte Polizei nahm willkürlich fünf fortschrittliche Menschen fest, darunter auch R. Kannonier. Er wurde bei der Festnahme durch Polizisten auf offener Straße krankenhausreif geprügelt und mußte wegen Verdachts auf innere Verletzungen zu einem stationären Aufenthalt ins Salzburger Landeskrankenhaus eingeliefert werden.

Nach dem ersten Verhandlungstag wurde nun der Prozeß auf unbestimmte Zeit vertagt. Damit hat das Gericht ein erklärtes Ziel nicht erreicht: die Verurteilung möglichst noch am 1. Tag reibungslos über die Bühne zu bringen. Vereitelt wurde auch die Absicht, den Prozeß in den Semesterferien abzuwickeln und eine breite öffentliche Diskussion über den Fall zu verhindern.

Kaum ein Prozeß ist in Salzburg auf so breite Ablehnung in der Öffentlichkeit gestoßen. Das ist gut so, denn es zeigt, daß Teile der Bevölkerung Partei ergreifen für jemand, der gegen chauvinistische Hetze Stellung genommen hat und die Entscheidung darüber, was Recht und was Unrecht ist, nicht länger dem bürgerlichen Staat und seinen Gerichten überlassen wollen!

DER BÜRGERLICHE STAAT SETZT STRAFRECHTLICHE MITTEL GEGEN POLITISCHE GEGNER EIN !

Die bisher ungekannte Schärfe der Anklage.-bewaffneter Widerstand gegen die Staatsgewalt ermöglicht dem Gericht die Verhängung einer mehrjährigen Gefängnisstrafe - und die Vorbereitung des Prozesses zeigt, daß dieser Staat und seine Organe nichts unversucht lassen, um Menschen, die sich gegen rassistische und chauvinistische Aufspaltung der Arbeiterklasse und des Volkes und gegen Unterdrükkung in jeder Form wenden, zu denunzieren und als Verbrecher abzustempeln. Angeklagt ist Reinhard Kannonier - getroffen werden sollen alle fortschrittlichen Menschen.

Das Gericht versucht dabei mit allen Mitteln, die politische Frage nach der Berechtigung des Auftretens gegen chauvinistische Propaganda auf die Ebene der Kriminalistik herunterzuzerren, auf die Frage, wer den ersten Stein geworfen hat. Daher auch die unermüdlichen Dementis der Justizbehörden und des Justizministers auf die berechtigten Vorwürfe, hier finde ein politischer Prozeß statt. Nach der Logik, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, meint

Broda: "Es handelt sich um keinen politischen Prozeß" und "...es ist den Anklagebehörden versagt, politische Wertentscheidungen zu treffen." (zit.n. Salzburger Nachrichten v. 2.2.1975). Das Pech für die "Anklagebehörden" besteht nun darin daß sie also einerseits ihre politischen Ziele nicht preisgeben dürfen, andererseits ihre juridischen Mittel um diese Ziele zu verfolgen, auf äußerst schwachen Füßen stehen.
Tatsächlich waren es nämlich die Veranstalter vom KHD, die den ersten Stein geworfen und die Schlägerei begonnen haben.
Der Vorwurf des bewaffneten Widerstandes gegen die Staatsgewalt stützt sich auf die Aussagen der beiden amtshandelnden Polizisten selbst, die behaupten, Kannonier hätte sie mit Gartensesseln bedroht. Der Gipfel aber ist die Behauptung, bei Kannoniers Festnahme sei ein Messer gefunden worden. Was davon zu halten ist, zeigen die Berichte von 2 Polizeibeamten, die in der Anklageschrift enthalten sind: In dem einen ist das Messer 8 cm lang, in dem anderen 18 cm! Mit solchen Anschuldigungen nach Art der letzten Dorfgendarmerie ist es natürlich schwer, eine Verurteilung durchzusetzen, und das ist auch am ersten Verhandlungstag zutage getreten.
Übereinstimmend erklärten die vernommenen Zeugen, daß nicht der Angeklagte, die Polizei, sondern diese Kannonier tätlich angegriffen habe und in mehreren Aussagen wurde das Recht, gegen Chauvinismus und Rassismus Stellung zu nehmen, verteidigt.

Der Prozeß wurde zur Ladung von Zeugen auf unbestimmte Zeit vertagt.

DIE ENTSCHEIDUNG IM PROZEß FÄLLT IM KAMPF UM DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG !

Zweifellos stellt die Vertagung einen Teilerfolg dar. Aber selbst dieser Teilerfolg konnte nur erreicht werden, weil die Sache des Angeklagten gerecht ist und von Teilen der Bevölkerung unterstützt wurde. Entscheidend in diesem Zusammenhang ist, daß die Vorfälle rund um die Veranstaltung des KHD breit propagiert wurden und eine öffentliche Debatte darüber in Gang kam.

Bereits am Tag nach der Veranstaltung wurden in Salzburg mehrere Tausend Flugblätter verteilt,um damit den Entstellungen in der bürgerlichen Presse den Wind aus den Segeln zu nehmen. Auch vor dem jetzigen Verhandlungstermin wurde mit Flugblättern agitiert und wertvolle Diskussionen in der Stadt kamen zustande. Warum auch sollten die Arbeiter und Volksmassen gegen uns sein in einer Sache, in der wir gegen die Spaltung der Massen in verschiedene sprachliche und kulturelle Gruppen aufgetreten sind? Sich zu fürchten und das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen, ist Sache derer, die die Chauvinisten in Schutz nehmen, ist Sache des bürgerlichen Staates und seiner Gerichte.

In der Berichterstattung der bürgerlichen Presse vor und nach dem ersten Prozeßtag fand die Stimmung unter der Bevölkerung ihren Niederschlag. Sie konnten nicht mehr so, wie sie wollten.

Um die Atmosphäre trotzdem etwas anzuheizen, brachte die "Kronenzeitung"(Sbg-Ausgabe) am Tag vor dem Prozeß eine längere Notiz auf der Titelseite unter der Schlagzeile: "Politischer Prozeß in Salzburg - Unruhen drohen" (9.2.75). Im Blattinneren konnte aber auch sie nicht umhin, die "Gestapositte der Polizei" anzuprangern. Auch andere Zeitungen mußten wohl oder übel die Frage stellen, warum denn niemand vom Kärntner Heimatdienst angeklagt sei. Einzige Ausnahme bildete hierbei das "Salzburger Volksblatt", das wieder einmal einen Triumph über die eigene Geistesgröße feierte. Am 8.2. kündigte das Blatt an, "Marxisten drohen Prozeß zu sprengen", nur um dann nach der Verhandlung lautstark zu verkünden:"Extremistenstörversuche im Keim erstickt" (SVB v. 11.2.75)

Nicht zufällig wurden mit der jüngsten Strafrechtsreform die Strafsätze für Prozeßbeeinflussung (darunter fällt die öffentliche Parteinahme für oder gegen einen Angeklagten vor dem Prozeß) drastisch erhöht.

Wie empfindlich die Justizbehörden auf das gesteigerte Interesse der Öffentlichkeit an dem Prozeß reagierten, zeigte sich,als vor dem Prozeß ein Gipfelgespräch zwischen Polizei und Justiz eingesetzt wurde um über Sicherheitsmaßnahmen zur reibungslosen Prozeßabwicklung zu beraten.

Denn ein Urteil zu verhängen gegen jemand, der im Interesse der übergroßen Mehrheit des Volkes aufgetreten ist, ist nur möglich, wenn das Gericht selbst "unabhängig" ist - -unabhängig eben von den Interessen und der Beeinflussung durch das Volk! Der Prozeß gegen Kannonier hat das vielen Menschen klargemacht.

Obwohl nun mit der Vertagung ein Teilerfolg errungen werden konnte, wird das Gericht dennoch weiter versuchen, ein exemplarisches Urteil zu fällen. Es gilt daher den bereits eingeschlagenen Weg noch entschiedener zu beschreiten und unter der Losung "Sofortige Einstellung des Verfahrens gegen R. Kannonier" jene Öffentlichkeit herzustellen, die dieser Staat und sein Gericht so sehr fürchten. Die Losung bringt zum Ausdruck, daß wir kein Vertrauen in ein gerechtes Urteil oder einen Freispruch setzen, sondern das Verfahren selbst als gegen alle fortschrittlichen Menschen gerichtet ablehnen.

SOFORTIGE EINSTELLUNG DES VERFAHRENS GEGEN R. KANNONIER !

-gez-

1. PLENUM DES VIERTEN NATIONALEN VOLKSKONGRESSES DER VOLKSREPUBLIK CHINA

Ein wichtiges Ereignis für China und die Welt

Vom 13. bis 17. Januar fand in Peking die erste Tagung des 4. Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China statt. Der Nationale Volkskongress ist das oberste staatliche Machtorgan Chinas. Seit dem letzten Volkskongress waren 10 Jahre vergangen. Der neue Volkskongress hatte daher die Aufgabe, die Erfahrungen und Erfolge von 10 Jahren Kampf bei der Weiterführung der sozialistischen Revolution und beim sozialistischen Aufbau zusammenzufassen. Die Delegierten legten außerdem fest, welche grundlegenden politischen Richtlinien und wirtschaftlichen Zielsetzungen das chinesische Volk in den kommenden Jahrzehnten leiten müssen.
Genosse Dschang Tschun-tjiao erstattete im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas den "Bericht über die Änderung der Verfassung". Ministerpräsident Tschou-En-lai erstattete im Auftrag des Staatsrates den "Bericht über die Tätigkeit der Regierung". Der Kongreß verabschiedete eine Verfassung, in der sämtliche vom Proletariat in der Kulturrevolution errungenen politischen Siege als gültiges Gesetz festgehalten werden.

DIE DELEGIERTEN

In den 4. Nationalen Volkskongreß wurden von den chinesischen Volksmassen nach ausführlicher Erörterung 2864 Delegierte entsandt, die ausnahmslos auf dem 1. Plenum erschienen. 72% dieser Delegierten sind Arbeiter, Bauern und Soldaten, ein Viertel von ihnen sind Frauen. Unterden Delegierten befinden sich Vertreter aller 54 nationalen Minderheiten des Landes und 12 Vertreter aus der chinesischen Provinz Taiwan, die immer noch von den USA und der Tschiang-Kai-schek-Marionettenclique besetzt gehalten wird.
Die Delegierten zum nationalen Volkskongreß vertreten die Werktätigen Chinas, sind ihnen verantwortlich, stammen aus ihrer Mitte und arbeiten auch weiterhin unter ihnen. Das unterscheidet das oberste Organ des sozialistischen China so grundlegend von den Parlamenten des bürgerlichen Staats: Daß nicht eine Reihe von Berufspolitikern jahrein, jahraus schwätzen und ihr freies Gewissen dem Meistbietenden verkaufen, sondern daß die Delegierten selbst Werktätige sind, über die Leitlinien für die Politik ihres Landes befinden und dann an ihrem Arbeitsplatz gemeinsam mit denen, die sie gewählt haben für die Durchführung dieser Politik sorgen.

ZEHN JAHRE GROSSER KÄMPFE UND GROSSER SIEGE

In den letzten 10 Jahren, seit dem letzten Zusammentreten des nationalen Volkskongreßes hat es in China große und einschneidende Ereignisse gegeben. In der Großen Proletarischen Kulturrevolution haben sich die Volksmassen, geleitet von der proletarischen Linie des Vorsitzenden Mao Tse-tung, gegen bürgerliche Gruppen in der Partei durchgesetzt. Dadurch wurde die Macht des Proletatiats gestärkt und gleichzeitig ging der wirtschaftliche Aufbau schwunghaft voran.
"In unserem Land, mit einer Bevölkerung von annähernd 800 Millionen, ist der Grundbedarf der Volksmassen an Nahrung und Kleidung gesichert. Der Gesamtwert der industriellen Produktion war 1974, laut Schätzung, um 190 Prozent höher als 1964", berichtete Genosse Tschou En-lai.
Der 4. Fünfjahresplan wurde in diesem Jahr erfolgreich abgeschlossen. In der Landwirtschaft gab es in den letzten dreizehn aufeinanderfolgenden Jahren reiche Ernten. Es wurde geschätzt, daß im Jahre 1974 der Gesamtwert der landwirtschaftlichen Produktion um 51 % höher lag als 1964 - eine klare Bestätigung der Überlegenheit des Volkskommunesystems. Die Bevölkerung Chinas wuchs seit 1949, dem Jahr der Befreiung, um 60 %, die Getreideproduktion stieg jedoch um 140 % und die Baumwollproduktion sogar um 470 %. Genaue Angaben gibt es über die Produktionssteigerung in wichtigen Industriebereichen im gleichen Zeitraum: Rohkohle um 91 %, Stahl 120 %, Erdöl 650 %, Elektrizität 200 %, Kunstdünger 33o %, Traktoren 52o %, Baumwollgarn 85% und Kunstfasern 330 %. Große Projekte wurden fertiggestellt, Wasserstoffbomben wurden getestet und künstliche Erdsatelliten gestartet. Im Gegensatz zu den kapitalistischen Länder, in denen es Inflation und wirtschaftliche Erschütterungen gibt, steht die Wirtschaft in der Volksrepublik China auf festen Füßen, sind die Einnahmen und Ausgaben des Staates ausgeglichen, gibt es weder Inflations- noch Auslandsschulden, sind die Preise stabil und verbessert sich der Lebensstandard der Massen kontinuierlich.

Tschou En-lai: "Die Reaktionäre im In- und Ausland behapteten damals, die Grope Proletarische Kulturrevolution werde unsere Volkswirtschaft ruinieren; die Tatsachen haben ihnen nun schlagkräftig geantwortet."



Die Textilarbeiterin Wu Gui-hsiän zeigt jungen Arbeiterinnen, wie Garnenden verknüpft werden. Sie ist Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei und wurde auf der 1.Sitzung des 4. Nationalen Volkskongresses zum Stellvertretenden Ministerpräsidanten ernannt.

DIE VÖLKER MÜSSEN SICH AUF EINEN WELTKRIEG VORBEREITEN

Der Kongreß stellte fest, daß sich die gegenwärtige internationale Lage zugunsten der Völker entwickelt. Insbesondere wegen der Widersprüche zwischen den zwei Supermächten, den USA und der Sowjetunion, wird die Unordnung in der Welt immer größer. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion rivalisieren überall in der Welt, wobei ihr Hauptkampf sich auf Europa konzentriert.
Tschou En-lai sagt es klar: "Ihre heftige Rivalität muß eines Tages zum Weltkrieg führen. Die Völker aller Länder müssen sich darauf vorbereiten. Auf der Welt wird überall von Entspannung und Frieden geredet, Gerade das beweist, daß es in dieser Welt keine Entspannung gibt, geschweige denn einen dauerhaften Frieden. Gegenwärtig wachsen die Faktoren sowohl für die Revolution als auch für den Krieg an". Aber die Perspektiven für die Völker sind glänzend, denn entweder wird es so sein, daß "der Krieg die Revolution hervorruft, oder die Revolution den Krieg verhindert".
Die Dritte Welt ist die Hauptkraft im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemoniestreben. China ist ein Entwicklungsland und gehört zur Dritten Welt. Der Kongreß betonte die Notwendigkeit des noch festeren Zusammenschlusses Chinas mit den Staaten und Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. China wir weiterhin "die Dritte Welt in ihren Kämpfen für die Erringung und Wahrung der nationalen Unabhängigkeit, für den Schutz der staatlichen Souveränität und für die Entwicklung ihrer nationalen Wirtschaft entschlossen unterstützen." (Pressekommunique der Tagung)

Bezüglich der Politik Chinas gegenüber der Zweiten Welt (d.h. die entwickelten Länder, die sich zwischen der Dritten Welt und den Supermächten befinden) wird im Regierungsbericht eindeutig Stellung genommen. Die chinesische Außenpolitik nutzt die Widersprüche aus, die zwischen den Supermächten und der Zweiten Welt bestehen. Hierbei ist sich die chinesische Regierung des Unterschieds zwischen Staaten und ihren politischen Vertretern auf der einen Seite und Völkern auf der anderen Seite sehr bewußt. Tschou En-lai sagte:

"Wir unterstützen die Staaten und Völker der Zweiten Welt in ihrem Kampf gegen Kontrolle, Bedrohung und Schikane durch die Supermächte. Wir unterstützen es, daß sich die westeuropäischen Staaten in diesem Kampf vereinigen. Wir sind bereit,gemeinsam mit der Regierung von Japan für die Förderung der freundschaftlichen und gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu arbeiten ...."
In der Tat wurden die Supermächte zum großen Teil durch die Außenpolitik Chinas in den letzten Jahren mehr und mehr isoliert. China spielt bei den Einigungsbestrebungen der Länder der Dritten Welt politisch die führende Rolle. Gleichzeitig unterstützt die chinesische Außenpolitik den vereinten Kampf der Zweiten Welt gegen die Bedrohung vonseiten der Supermächte, trägt so zur Abwehr der Aggressionsbestrebungen der Supermächte bei und zur Verbesserung der Lage für den proletarischen Klassenkampf in den kapitalistischen und imperialistischen Ländern.

DIE NEUE VERFASSUNG FESTIGT DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS

Die am 17. Jänner verabschiedete Verfassung war im Entwurf vom chinesischen Volk intensiv diskutiert worden.
Die bisherige Verfassung war seit zwanzig Jahren in Kraft. Die Lage in China und in der Welt hat sich jedoch so verändert, daß Teile dieser alten Verfassung überholt sind. Die neuen Erfahrungen mußten zusammengefaßt werden.
Der Leitgedanke der Verfassung ist, daß die sozialistische Gesellschaft eine lange Geschichtsperiode umfaßt. Diese ganze Geschichtsperiode hindurch existieren Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe, existiert der Kampf zwischen den beiden Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, existiert die Bedrohung durch Umsturz und Aggression seitens des Imperialismus und des Sozialimperialismus. Solche Widersprüche können nur durch die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats gelöst werden.

Genosse Dschang Tschun-tjiao arbeitete dann in seinem Bericht die fünf wesentlichen Abänderungen der Verfassung heraus:
1. In der neuen Verfassung ist festgelegt, daß die Kommunistische Partei Chinas die den Kern bildende führende Kraft des ganzen Volkes ist und daß der Marxismus-Leninismus und die Mao Tse-tung Ideen die Grundlage der Idelogie des chinesischen Volkes sind. Die Betonung der einheitlichen Führung durch die Kommunistische Partei entspricht voll und ganz den Notwendigkeiten der Weiterführung der sozialistischen Revolution unter der Diktatur des Proletariats. Das Amt eines Staatsoberhauptes, das seit dem Sturz Liu Schao-tschis während der Kulturrevolution nicht mehr besetzt worden war, ist in der neuen Verfassung nicht mehrvorgesehen. Ausdrücklich wird in der neuen Verfassung festgelegt, daß die bewaffneten Einheiten des ganzen Landes von der Kommunistischen Partei kommandiert werden.
2. Die neue Verfassung betont nachdrücklich den Klassencharakter der staatlichen Macht in China. Die VR-China ist ein sozialistisches Land unter der Diktatur des Proletariats. Die führende Kraft der proletarischen Diktatur, die sich gegen die Ausbeuterklassen und ihre Handlanger richtet, ist die Arbeiterklasse, die sich auf das feste Bündnis mit den Bauern stützt.
3. Damit das Proletatiat seine Diktatur ausüben kann, muß der Staat demokratisch-zentralistisch aufgebaut sein. Beides, Demokratie und Zentralismus müssen voll entwickelt werden. Genosse Dschang Tschun-tjiao hob hervor, daß es ohne die Entfaltung der proletarischen Demokratie keinen Zentralismus, ohne Zentralismus aber keinen Aufbau des Sozialismus geben kann. Die Verfassung sichert daher alle demokratischen Rechte und die Rechte der nationalen Minderheiten.

Artikel 13 besagt:
"Freie Äußerung von Ansichten, offene Aussprachen, große Debatten und Dazibaos sind eine neue Form, geschaffen von den Volksmassen für die Durchführung der sozialistischen Revolution. Der Staat garantiert den Volksmassen das Recht, diese Form anzuwenden zur Schaffung einer politischen Situation, in der sowohl Zentralismus als auch Demokratie, sowohl Disziplin als auch Freiheit, sowohl der einheitliche Wille als auch das persönliche Wohlbehagen und die lebendige Aktivität des Einzelnen vereint sind."

Artikel 28:

"Die Bürger haben das Recht auf die Freiheit der Rede, der Korrespondenz, der Presse, der Versammlung, der Koalition, von Straßenumzügen, von Protestdemonstrationen und des Streiks, sie haben Religionsfreiheit sowie die Freiheit, sich zu keinem religiösen Glauben zu bekennen und den Atheismus zu propagieren..."
Das Streikrecht wurde ausdrücklich auf Vorschlag des Vorsitzenden Mao Tse-tung in die Verfassung aufgenommen.
Besonders diese Bestimmungen haben die Prawda, das Zentralorgan der revisionistischen KPdSU, zum Aufheulen gebracht: "Um den Methoden der Kulturrevolution eine legale Grundlage zu geben, sehe die (chinesische)Verfassung das Recht zu Diskussionen und Streiks, zum Aufruhr und zum "Feuer gegen die Stäbe"vor, mit dem die "Rotgardisten" seinerzeit die Kommunistische Partei Chinas und die Organe der Volksdemokratie zerschlagen hätten. "Das sind keine Rechte für Werktätige, sondern gegen sie", so zitiert die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" die Prawda (6.2.75)



Genosse Tschen Yung-gui und andere Mitglieder der Produktionsbrigade Dadschai diskutieren in einer Arbeitspause über ihre Erkenntnisse beim Studium des Marxismus-Leninismus und der Mao Tse-tung Ideen. Tschen Yung-gui, ein hervorragender Vertreter der chinesischen Bauern, ist seit der 1.Tagung des 4. Nationalen Volkskongresses Stellvertretender Ministerpräsident der VR-China

Mit solchen Geschichten mag die Prawda eine Weile durchkommen gegenüber den sowjetischen Werktätigen, die keine Möglichkeit haben, die neue Verfassung der VR China zu studieren. Sie wird damit nicht durchkommen gegenüber den Arbeitern und Werktätigen in anderen Ländern der Welt.

4. Die neue Verfassung trägt den großen Siegen bei der sozialistischen Umgestaltung der Ökonomie, die in den zwanzig Jahren seit dem Inkrafttreten der alten Verfassung vor sich gegangen sind, Rechnung und legt zwei Formen des Eigentums an Produktionsmitteln fest: Das sozialistische Volkseigentum und das sozialistische Kollektiveigentum der Werktätigen. In der Verfassung von 1954 waren noch zwei andere Formen des Eigentums an Produktionsmitteln zugelassen worden: Das städtische und ländliche Kleineigentum und das kapitalistische Eigentum.
5. In der neuen Verfassung ist festgelegt: "China will nie eine Supermacht werden". Genosse Dschang Tschun-tjiao sagte, daß sich das chinesische Volk mit den Völkern der ganzen Welt zusammenschließen muß, um im gemeinsamen Kampf mit ihnen der Ausbeutung des Manschen durch den Menschen auf der ganzen Welt ein Ende zu bereiten. Dieses Ziel, für das sich das chinesische Volk mit aller Kraft einsetzt, schließt es aus, daß der chinesische Staat sich - wie die beiden Supermächte - in die inneren Angelegenheiten anderer Völker einmischt, Aggressionen gegen sie begeht und sie zu unterdrücken, auszubeuten und zu berauben versucht. Die Leitlinie der Außenpolitik eines sozialistischen Staates kann nur der proletarische Internationalismus, niemals aber die Hegemoniepolitik sein.
Abschließend wies Genossen Dschang Tschun-tjiao darauf hin, daß diese Verfassung in ganz China gewissenhaft befolgt und durchgeführt werden muß, um zu garantieren, daß das ganze Volk auf dem vom Marxismus-Leninismus und den Mao Tse-tung Ideen erhellten Weg vorwärtsschreiten kann.
Am 17. Jänner 1975 wurde die erste Plenartagung des 4. Nationalen Volkskongresses in Peking feierlich beendet. Das chinesische Volk hat wirklich Grund, die erste Plenarragung zu feiern und sich über die neuen Erfolge zu freuen. In einer Situation, in der sich das ganze Volk, einig und geschlossen wie nie zuvor, um die Kommunistische Partei Chinas und ihren großen Vorsitzenden Mao Tse-tung zusammenschließt, hat der 4. Nationale Volkskongreß, das oberste Organ der proletarischen Staatsmacht, die Schlußfolgerungen aus zehn Jahren Kampf und Sieg gezo-

Forts. nächste Seite

Strauß in China

Der China-Besuch des CSU-Vorsitzenden Strauß im Jänner zeigte Auswirkungen, die wir Kommunisten nur begrüßen können. Strauß, der als Kommunistenfresser und offener Reaktionär klar gekennzeichnet ist, gibt sich froh und glücklich, daß er von der sozialistischen Volksrepublik China wahrgenommen wird. Und er muß nach seiner Rückkehr sogar zugeben, daß der Aufbau des Sozialismus in China beispielhaft für die Völker sei, daß die Politik der VR China gegen jede Aggression gerichtet ist und niemals andere Völker bedroht. Wenn noch vor wenigen Jahren seitens der CDU/CSU im deutschen Bundestag gegen die "gelbe Gefahr" gehetzt wurde, so kommt man heute mit solchen verlogenen Äußerungen beim deutschen Volk nicht mehr an. Das spiegelt eine Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Welt wider: die Realität wird nicht mehr von der imperialistischen Bourgeoisie bestimmt, sie muß vielmehr auf Realitäten r e a g i e r e n, die durch die Erfolge des Sozialismus und der Völker der Dritten Welt bestimmt sind.

Nun gibt es Menschen, die sagen, wenn ein Bourgeois-Politiker so positive Sachen über die VR China bringt, dann muß etwas faul sein an der Politik dieses sozialistischen Staates. Vor allem gibt es viele, die Strauß für viel reaktionärer halten als Schmidt und Brandt und deshalb meinen, es schade dem Kommunismus und der VR China, wenn Strauß dorthin eingeladen wird. Ihrer Meinung nach sollte die chinesische Regierung dem reaktionären Christdemokraten Strauß die kalte Schulter zeigen und den reaktionären Sozialdemokraten Schmidt später so richtig an die Brust nehmen. Hier wird der VR China vorgeworfen, den Unterschied zwischen verschiedenen Spielarten der Bourgeoisie nicht zu würdigen. Wer so denkt, erwartet von der chinesischen Regierung etwas merkwürdiges: einen Hinweis, mit welcher Parteiströmung der Ausbeuter und Unterdrücker sich das westdeutsche Volk eher abfinden soll! Folglich behaupten diese Leute nun auch, die VR China setze auf die Herrschaft des Imperialismus christdemokratischer Prägung in Westeuropa und sie würde den Kommunisten empfehlen, von der Kritik abzulassen und "mit Strauß zu gehen". Das ist Unsinn. Gerade in dieser Hinsicht haben es die chinesischen Politiker an Deutlichkeit nicht fehlen lassen, Sie vermerkten bei verschiedenen Gelegenheiten dieses Strauß-Besuches:

"Krieg zwischen Russen und Amerikanern in Westeuropa sei 'unvermeidlich'. Auch europäische Wachsamkeit helfe da nicht, allenfalls könnten Revolutionen in Westeuropa dieser Kollision der Großmächte zuvorkommen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.1.75)

Was also immer wieder gesagt wurde, war, daß die Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse die Revolution machen müssen, weil sonst der Krieg ganz unvermeidlich ist. Das ist deutlich genug für jeden, der es hören will.

Dennoch werden die Revisionisten, die in der Sowjetunion am Ruder sind und die KPÖ, die hier auf deren Linie schwimmt, nicht müde, den Besuch ihres "Erz-Reaktionärs Strauß" als "Be-weis" dafür anzuführen, daß die chinesischen Kommunisten "Kriegshetzer" seien. Es ist das Verdienst der chinesischen Kommunisten, den Revisionismus und Sozialimperialismus der Führung der Sowjetunion seit Chruschtschow schonungslos entlarvt und bekämpft zu haben. Kein Wunder, daß die Parteigänger des Revisionismus und sowjetischen Sozialimperialismus in blindwütigem Haß zu solch lächerlichen Konstruktionen Zuflucht suchen.

KEINE GEMEINSCHAFT ZWISCHEN STRAUSS UND DER VR CHINA

Zwischen dem sozialistischen China und Franz Josef Strauß als Vertreter der westdeutschen Bourgeoisie gibt es keine Gemeinschaft. Es gibt aber Übereinstimmung in eng begrenzten Punkten. Die VR China ist der Auffassung, daß die "Entspannung" und "Abrüstung" der Supermächte ein großer Schwindel sind, daß sich in Wirklichkeit ihre Auseinandersetzung um die Vorherrschaft in der Welt und vor allem über Europa ständig v e r s c h ä r f t. Daß demgegenüber eine große Selbständigkeit der Länder Europas zu begrüßen ist und daß diese Selbständigkeit nur durch einen Zusammenschluß der westeuropäischen Länder erreichbar ist. Dieser würde die beiden Supermächte schwächen.
Zwischen den Vertretern der westeuropäischen Bourgeoisie und der VR China gibt es also insofern Übereinstimmung, als diese Politiker auf eine selbständige Rolle Europas hinarbeiten. Diese Übereinstimmung ist begrenzt, da die europäischen Politiker eine Rolle Europas als imperialistische Macht anstreben. Dennoch geraten sie dabei in Widerspruch zu den beiden Supermächten, den Hauptfeinden der Völker.
Die begrenzte Übereinstimmung mit den europäischen imperialistischen Ländern auszunutzen, um dem Imperialismus insgesamt und vor allem die beiden Supermächte zu schwächen, das ist die Außenpolitik der VR China gegenüber Europa.

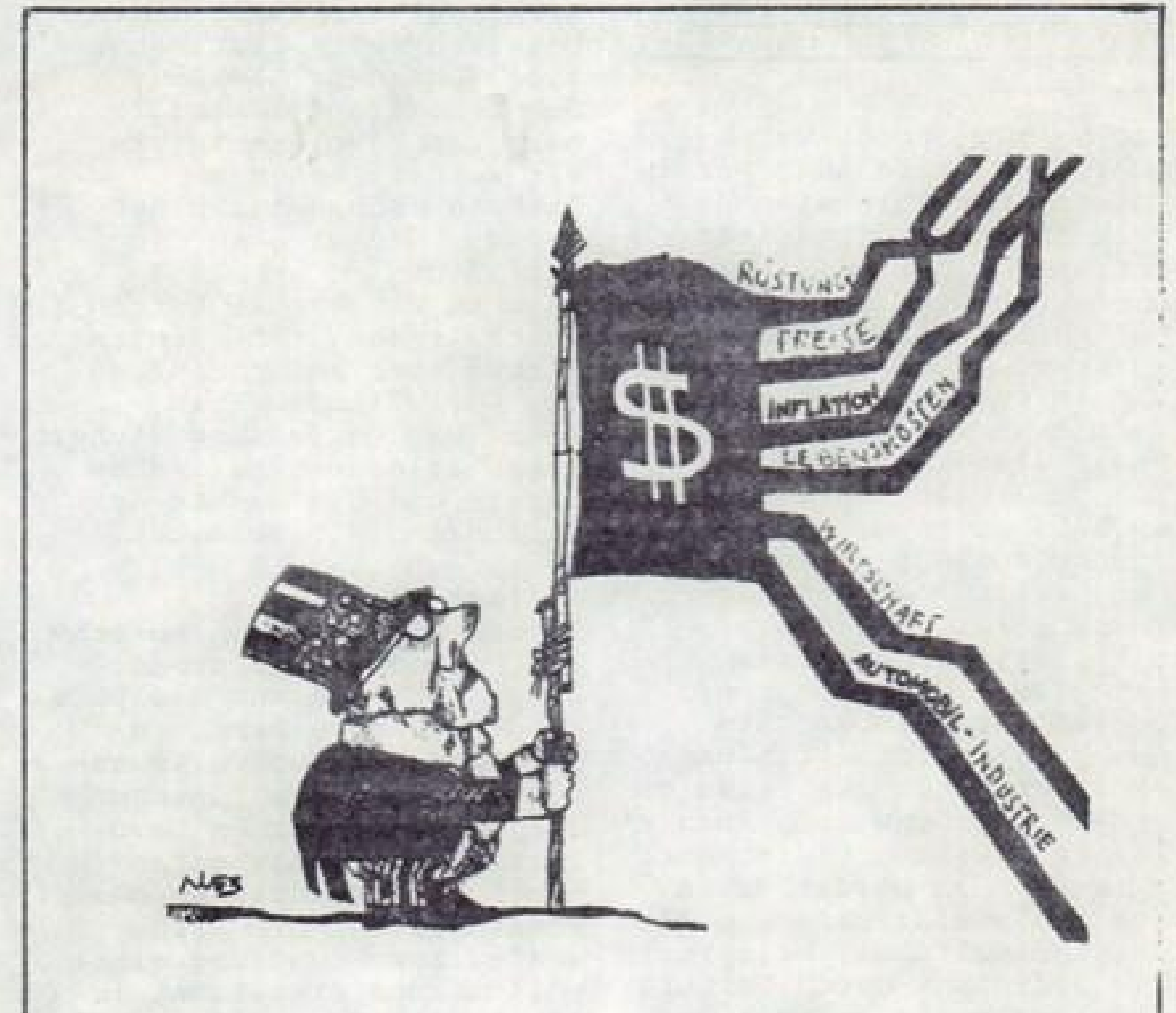
Diese Außenpolitik steht in keinem Gegensatz zu den Interessen der europäischen Arbeiterklasse. Die Beziehungen der Arbeiterklasse zu der Bourgeoisie ihrer Länder ist eine rein innenpolitische Beziehung, und da gibt es nur einen <u>grundsätzlichen Gegensatz</u> und keinerlei Übereinstimmung. Die Arbeiterklasse der europäischen Länder hat es in der Hand, die internationale Situation durch ihren Sieg über die Bourgeoisie zugunsten der Weltrevolution zu ändern. Einstweilen muß die chinesische Arbeiterklasse die bestehenden Widersprüche der internationalen Situation nutzen. Das ist auch der Sinn der Einladung an Strauß und andere bürgerliche Politiker.

U.G. (nach KVZ des KB Westdeutschland)

Volkskongreß...

gen und die Linie für das weitere Voranschreiten auf dem sozialistischen Weg bestätigt. Die Zusammenfassung der großen Kampferfahrungen des chinesischen Volkes, die in den Berichten und Diskussionen der Plenartagung erfolgten, sind auch für die Völker der ganzen Welt von großer Bedeutung. Wir alle können und müssen aus den Erfahrungen des chinesischen Volkes lernen, um sie für den Klassenkampf in unserem Land zu nutzen.

Red.



US-Rüstungsbudget

Zum ersten Mal überschreitet das laufende Rüstungsbudget der USA die 100-Milliarden-Grenze. Es liegt damit um rund 1/5 höher als die Militärausgaben des Jahres 1974. Die Milliarden werden benötigt für den nuklearen Rüstungswettlauf, für die "weitgehende Modernisierung der konventionellen Streitkräfte" (SN, 18.2.75), den verstärkten Ausbau der Söldnerarmee und die Planung und Durchführung von Aggressionskriegen. Während das Pentagon immer horrendere Summen verschlingt, steigt das allgemeine Budget-Defizit: 52 Milliarden Dollar für 1975!
Den werktätigen Massen werden nicht nur die Folgen der sich verschärfenden Wirtschaftskrise aufgebürdet (Arbeitslosenrate über 8,1 %, das ist die höchste seit beinahe 35 Jahren), sondern auch ständig mehr Steuergelder für imperialistische Abenteuer in aller Welt abgepreßt.

H.M.

Die US Imperialisten wollen sich in Oman festsetzen

Die US-Regierung verhandelt zur Zeit mit dem Sultan Quabus von Oman und mit der britischen Regierum die Überlassung der Insel Masira im Sultanat Oman für einen US-Militärstützpunkt.



Daß gerade Oman, ein Staat am arabischen Golf als Stützpunkt ausgewählt wurde, ist kein Zufall.
Die Insel Masira hat eine strategisch wichtige Lage. Von dort aus ist die Straße von Hormuz zu kontrollieren, die Einfahrt in den arabischen Golf, durch die alle Viertelstunde ein Öltanker fährt. Und von dieser Insel ist ein großer Teil des Indischen Ozeans zu kontrollieren. In ihrem Streben nach Weltherrschaft bringt die Insel für die US-Imperialisten einen wesentlichen Vorteil gegenüber der anderen Supermacht, der sozialimperialistischen UdSSR, die selber über zahlreiche Stützpunkte und eine starke Flotte im Indischen Ozean verfügt. Deren Stützpunkte befinden sich unter anderem in Somalia und im Irak am Arabischen Golf.

Für die US-Imperialisten ist diese Insel dann ein ausgezeichnetes Sprungbrett für den Fall, daß sie einen militärischen Schlag gegen die Ölfelder durchführen wollen. Die Stationierung von Truppen auf der Insel ist die unmittelbare Vorbereitung für die Durchführung einer solchen Aktion, mit der ja von den Spitzen der amerikanischen Regierung in den letzten Wochen immer wieder gedroht worden ist.

Im Falle eines offenen Konfliktes können die USA so die ganze Schiffahrt im Golf kontrollieren und auf der Höhe von Masira jederzeit die Durchfahrt sperren, um den arabischen Ölexportländern ihren Willen aufzuzwingen.

Für die Stationierung amerikanischer Truppen auf Masira gibt es noch einen anderen Grund.
Seit 10 Jahren führt das Volk von Oman einen heldenhaften Kampf gegen das erzreaktionäre, mit dem Imperialismus verbunde Regime des Sultan Quabus, gegen die britischen Imperialisten und die iranischen Aggressionstruppen. Unter Führung der Volksfront für die Befreiung Omans (PFLO) konnten in diesem Kampf wichtige Erfolge errungen werden, in der Provinz Dhofar sind große Teile des Landes befreit.

Jeder weitere Schritt, den die arabischen Völker auf dem Weg ihrer Befreiung von in- und ausländischen Unterdrükkern setzen, ist den imperialistischen Mächten natürlich ein Greuel!
Im Austausch für die Überlassung des Stützpunktes wollen die US-Imperialisten dem Sultan von Oman Waffen verkaufen und militärische Berater für den Krieg gegen die Befreiungsbewegung in Dhofar zur Verfügung stellen. Das heißt, daß sie auch auf dem omanischen Festland einen Stütztpunkt anstreben.

AUFLÖSUNG ALLER MILITÄRISCHEN STÜTZPUNKTE UND FLOTTEN!

Wir wenden uns gegen die Übergabe des Stützpunktes an die US-Imperialisten. Wir schließen uns der Forderung an nach Auflösung aller militärischen Sützpunkte und Flotten im Indischen Ozean. Das forderten die Staaten und Völker um den Indischen Ozean herum anläßlich der Verhandlungen über die Übergabe der Insel Diego Garcia an die US-Imperialisten. Diese Forderung wird von vielen Staaten der Dritten Welt unterstützt. Auch die Volksrepublik China steht hinter diesen Forderungen.

M.G.

> Der Senator Edward Kennedy sagte in der vergangenen Woche vor dem amerikanischen Kongreß:
> *"Was nun in Saudi-Arabien, Oman und in Iran geschehe, erinnere an die Zeit vor 15 Jahren, als amerikanische Heeresberater, Agenten des Geheimdienstes CIA und Fachleute für 'Gegenaufstand' die Grundlage für das militärische Eingreifen der Vereinigten Staaten in Vietnam schufen."*
> (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.2.1975)

Kriegsdrohungen der imperialistischen Mächte gegen arabische Ölförderländer

Die Kriegsdrohungen gegen die arabischen erdölexportierenden Länder seitens der Imperialisten werden immer deutlicher und schamloser. In aller Offenheit diskutieren die Zeitungen der Imperialisten über Taktik, Kosten und Folgen einer amerikanischen Aggression gegen die Erdölländer am Persischen Gold.

Der amerikanische Professor Robert W. Tucker meint z.B., eine amerikanische Invasion am Persischen Gold sei "eine saubere und rasche Möglichkeit, die Ölkrise zu beenden." Höhepunkt dieser Drohungen ist ein Interview, das US-Außenminister Kissinger Anfang Jänner der amerikanischen Zeitschrift "Business Week" gab und in dem es u.a. heißt: "Die einzige Chance, Ölpreise sofort zu senken, wäre massiver politischer Krieg gegen Länder wie Saudi-Arabien oder den Iran. Das ist ein zu hoher Preis selbst für eine sofortige Reduzierung der Ölpreise,"erklärte Kissinger. Doch er fügte hinzu: "Ich sage nicht, daß es keine Umstände gibt, wowir nicht Waffengewalt einsetzen würden. Aber es ist eine Sache, sie in einem Streit über Ölpreise einzusetzen, es ist eine ander-, wenn es eine tatsächliche Strangulation der industrialisierten Welt gibt."

Nach den Kriegsdrohungen von Kissinger, Ford und Rockefeller sind nun auch seitens der NATO ähnliche Drohungen gegen die arabischen Erdölländer bekanntgeworden. Ölboykott müsse als "Bedrohung der kollektiven Sicherheit" angesehen werden. Aggression dürfe nicht nur militärisch gesehen werden, sondern "schließe alle bewußten Angriffe auf vitale Sicherheitsinteressen des westlichen Lagers ein, in deren Zentrum nun einmal die Wirtschaftsordnung des Westens stehe". So äußerte sich vor kurzem ein Wehrexperte in der BRD und fügte hinzu, die NATO müsse auch im Falle so verstandener "Aggression" auf den Plan treten.
Der Generalsekretär der NATO, Luns, hat sich ebenfalls den unverhüllten Drohungen gegen die Erdölländer angeschlossen.

Forts. nächste Seite



US-Soldaten während eines Wüstenmanövers in Kalifornien: Die Imperialisten bereiten sich für den Überfall auf arabische Länder vor

Kriegsdrohungen...

Wenn die Imperialisten von Aggression reden, meinen sie die Maßnahmen der erdölproduzierenden Länder zum Schutz ihrer Reichtümer. Die Erhöhung der Preise und die Einschränkung der Förderkapazität durch die Staaten der OPEC hat die Imperialisten zu einer wütenden Hetzkampagne gegen diese Länder gebracht.
Jahrzehntelang konnten sie ungehindert die Reichtümer der Völker des Nahen Ostens ausplündern und räumten dabei unermeßliche Profite ab.
Für die US-Imperialisten ist die Herrschaft über das arabische Erdöl von entscheidender Bedeutung. Nicht, weil es in die USA importiert wird - nur 3 % des amerikanischen Gesamtverbrauches an Erdöl wird aus den arabischen Ländern gedeckt - sondern weil die US-Imperialisten es als wirtschaftliches Druckmittel und strategische Waffe gegen andere Staaten, einsetzen können.
Amerika beherrscht fast 3/4 des in der westlichen Welt erzeugten Öls. Die europäischen Staaten - die selber kaum nennenswerte Ölquellen besitzen - sind z.B. zu über 70 % von den US-Gesellschaften abhängig.
Dazu kommt, daß das Erdöl des Nahen Ostens - trotz der jüngsten Preissteigerungen - noch immer das weitaus billigste ist.

Die Minderung der jahrzehntelangen Profitexplosion durch die Beschränkungen der arabischen Ölförderländer wird nun von US-Außenminister Kissinger als "Strangulation" bezeichnet. In Wirklichkeit haben gerade die Imperialisten die erdölexportierenden Länder jahrzehntelang stranguliert. Während die schrankenlose Ausbeutung der Ölquellen des Mittleren Ostens zu deren frühzeitigem Versiegen führen wird, halten die USA ihre eigenen riesigen Vorkommen in Reserve.
Während die Konzerne unermeßliche Profite einstekken, bleibt die Wirtschaft in den Ölländern nach wie vor rückständig und allein auf das Öl konzentriert. Den Völkern kamen die riesigen Naturreichtümer ihrer Länder nicht zugute. Deshalb sind die Maßnahmen der OPEC-Staaten (Erhöhung der Preise und Einschränkung der Förderkapazität) gerechtfertigt. Sie zeigen an, daß die Länder der Dritten Welt nicht mehr gewillt sind -die Ausplünderung ihrer Bodenschätze durch Imperialisten und Sozialimperialisten stillschweigend hinzunehmen. Die erdölexportierenden Länder wollen selbst über ihre Bodenschätze bestimmen.
Alle fortschrittlichen Menschen und die Völker der ganzen Welt müssen diese Bestrebungen unterstützen und sich gegen die Kriegspolitik der imperialistischen Mächte stellen!

TÜRKEI
SOWJETUNION
Lattakia
SYRIEN
Kurdistan
LIBANON
ISRAEL
IRAK
IRAN
AFGHANISTAN
Suez-Kanal
JORDANIEN
Umm Qasr
PERS.GOLF
PAKISTAN
KUWEIT
BAHREIN
Dahran
Bander Abbas
ÄGYPTEN
KATAR
SAUDI ARABIEN
EMIRATE
OMAN
ROTES MEER
Dhofar
JEMEN
Hodeida
SÜDJEMEN
Indischer Ozean
ÄTHIOPIEN
Aden
Sokotra
Gan
Diego Garcia
STÜTZPUNKTE
USA
SOWJETUNION
SOMALIA

Militärstützpunkte der beiden Supermächte im Mittleren Osten. Ihr erbitterter Wettstreit wird zu einem neuen Weltkrieg führen.

1974: Rekordprofite der US-Ölkonzerne

Ende Jänner wurden die Bilanzen der amerikanischen Ölkonzerne für das Jahr 1974 veröffentlicht , aus denen hervorgeht, daß das vergangene Jahr gewaltige Profitrekorde gebracht hat. Exxon, der größte Ölkonzern der Welt, erhöhte seinen Jahresgewinn von 2,44 Mrd. S auf 3,14 Mrd. S, also um fast 30%. Der Umsatz hat sich noch stärker erhöht, von 28,51 auf 45,84 Mrd. S.

Die Texaco Inc. vergrößerte ihren Umsatz um mehr als das Doppelte, von 11,8 auf 24 Mrd. S, den Gewinn von 1,3 auf 1,5 Mrd. S.

Diese enorme Profit- und Umsatzsteigerungen waren möglich, obwohl die umgesetzten Ölmengen stark gesunken sind.

Damit wird einmal mehr deutlich, was es mit der Behauptung von der Schuld der arabischen Ölförderländer an den empörenden Preissteigerungen an Benzin, Heizöl usw. auf sich hat. Der allergrößte Anteil der Preissteigerungen ist in die Taschen der Ölkapitalisten und Aktionäre geflossen, nur einen lächerlich geringen Teil erhalten die OPEC-Länder, deren gerechtfertigte Rohölpreiserhöhungen bei Benzin nur wenige Groschen ausmachen hätte dürfen.

Chile: Inflationsrate 375 %

Nach offiziellen chilenischen Angaben betrug die Inflationsrate für das vergangene Jahr beinahe 375 % (tatsächlich ist sie höher). Das neue Jahr brachte sofort wieder drastische Erhöhungen der Verbraucherpreise: Bisher stiegen die Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel in Santiago um 50 %. Benzin und Gas um 25-50 %. Reis um 25 %. Ärztliche Betreuung wird für die Masse der Bevölkerung immer unerschwinglicher: Die Gebühren für einen Sprechstundenbesuch beim Arzt erhöhten sich um 150%, so daß eine Konsultation künftig 4.800,- Escudos kostet. Der Brotpreis war bereits Ende Dezember um 22 % gestiegen, nachdem er schon Anfang Dezember erhöht worden war. Für das Kilo Brot, das bis Anfang Dezember 380, dann 450 Escudos kostete, werden jetzt 550 Escudos verlangt. Ebenfalls zu Weihnachten war der Preis für Speiseöl um 25% gestiegen.

Israel: weitere Steuererhöhung für Militärausgaben

Ende Februar wurde im israelischen Parlament das Budget für 1975/76 vorgelegt. Zugleich wurden zum dritten Mal innerhalb von 8 Monaten neue Steuern eingeführt. Bereits vor dreieinhalb Monaten ist es zu massiven Protestaktionen gegen das damalige "Krisenprogramm" der Regierung gekommen.
Die israelischen Werktätigen sollen nun nach den neuerlichen Beschlüssen der Regierung zusätzlich eine Verkaufssteuer von 7,5 % bezahlen, die direkt auf viele lebenswichtige Produkte aufgeschlagen wird, sowie eine zusätzliche Lohnsteuer von ebenfalls 7,5 %.
Wofür diese Gelder der Werktätigen verwendet werden sollen, zeigt der Budgetantrag. Über 40 % des gesamten Staatshaushaltes sind für Militärausgaben vorgesehen, das ist fast gleichviel wie 1973/74, dem Budgetjahr des Oktoberkrieges. Dafür werden die Ausgaben für öffentliche Bauten wie Schulen, Krankenhäuser etc. drastisch gekürzt!

Wie drückend der Zionistische Staats- und Militärapparat auf den Arbeitern und Angestellten in Israel lastet, zeigt auch eine offizielle Zahl. Die Steuern betragen in Israel insgesamt 64% des Bruttosozialproduktes, das ist mehr als in jedem anderen Land der Welt.

Aber auch dieser neuerliche Anschlag auf die Lebensbedingungen der Werktätigen in Israel scheint der Regierung noch nicht genug. Noch 1975 soll eine Mehrwertsteuer eingeführt werden, deren Entwurf für die nächste Zeit angekündigt wurde.

M.G.

Kambodscha: Die Revolution wird siegen

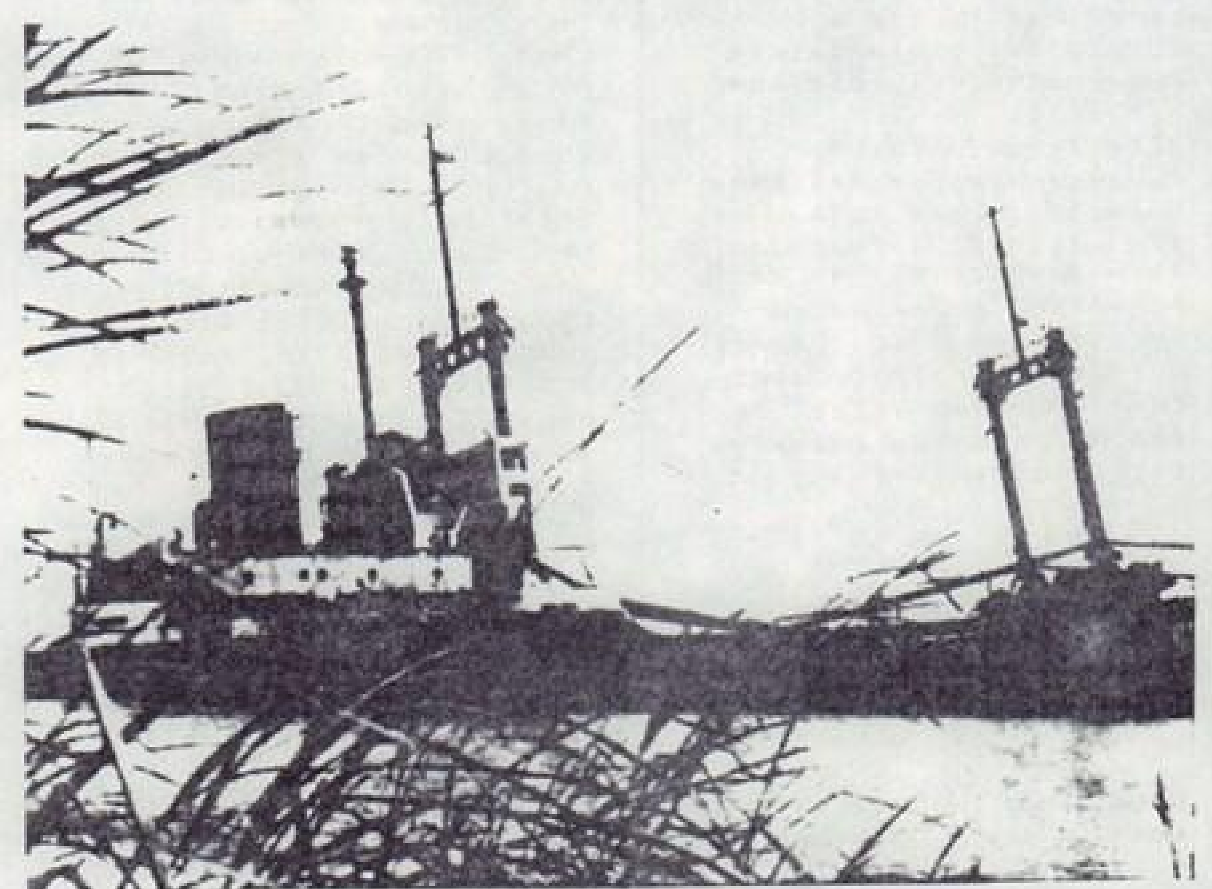
Die Stützpunkte des Imperialismus sind inzwischen kleine Inseln im roten Meer des befreiten Kambodscha. Seit Beginn der Jänner-Offensive hat die Volksbefreiungsarmee über 500 Stützpunkte der Lon-Nol-Söldner befreit und vernichtet. Außer einem Dreieck im Norden um die Stadt Battambang und einem etwa 120 km langen Streifen entlang der thailändischen Grenze können die US-Imperialisten nur noch einige völlig isolierte Städte besetzt halten.
Die sogenannte "Republik Khmer" mit Lon Nol als Galionsfigur erstreckt sich über viel weniger als 10 % des kambodschanischen Territoriums. Die Lon-Nol-Clique ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Regierung ohne Land und ohne Volk, die Bevölkerung in diesen Enklaven befindet sich gleichfalls im Aufstand. So gibt es auch keine Wirtschaft, die dieses Regime trägt.

DER KRIEG IST ZU 100 PROZENT EIN KRIEG DER USA

Das Pariser Abkommen über Vietnam legt in Artikel 20 b fest: "Ausländische Staaten werden alle militärischen Handlungen in Kambodscha und Laos einstellen, ihre Truppen, ihre militärischen Berater und ihr Militärpersonal, ihre Waffen, ihr Heeresgut und ihr Kriegsmaterial aus diesen beiden Ländern vollständig abziehen und sie nicht erneut dorthin bringen."
Aber alles, was zur Aufrechterhaltung des Krieges in Kambodscha notwendig ist, stammt aus den USA! 100 % der Munition und Waffen, 100 % des Treibstoffs, 100 % aller Nahrungsmittel. Obwohl der US-Kongress verschiedentlich Verbotsbeschlüsse faßte, liegt auch die strategische und taktische Planung zu 100 % in der Hand der US-Regierung.
Das Oberkommando ist die US-Botschaft in Phnom Penh, Oberkommandierender ist der US-Botschafter Dean.
Den Krieg führt er über etwa 4.000 US-Militärberater und CIA-Agenten. Sie fliegen als Zivilpersonen von Saigon und Bangkok jeden Morgen zu ihren verschiedenen Einsatzpunkten in Kambodscha, leiten sie dort tagsüber und fliegen abends zurück in ihre Appartements in Saigon und Bangkok. Sogar die Zahlmeister der Truppen sind Amerikaner; sie kommen wöchentlich angeflogen, um die Söldner und Marionetten selbst auszuzahlen, nachdem zuviele Dollars in den Taschen korrupter Militärs und für nicht existierende Kompanien verschwanden.
Der Nachschub erfolgt über von US-Piloten geflogene Maschinen. Die Ziele für Luftangriffe und Artilleriebeschuß werden von US-Beratern und US-Aufklärern ausgesucht. In jeder Base leiten CIA-Agenten die Sabotageaktionen gegen die befreiten Gebiete und die Unterdrückung der Flüchtlinge.

Um der "Story" vom amerikanischen Rückzug willen gründete das Pentagon (US-Kriegsministerium) auch drei "Zivil-Fluggesellschaften" für Kambodscha. Sie fliegen jetzt im 24-Stundeneinsatz die Munition und Nahrungsmittel sowie Treibstoff vom thailändischen Stützpunkt Utapo nach Phnom Penh.
In der bürgerlichen Presse wird all das als der "heldenhafte Widerstand der freiheitlich gesinnten 'Republik Khmer' gegen kommunistische Terroristen" präsentiert, dem die US-Regierung nur freundschaftliche Unterstützung gibt.

Der Krieg der Imperialisten kostet das amerikanische Volk 1,5 Millionen Dollar



Ein von den Befreiungsstreitkräften im Mekong versenktes feindliches Schiff

täglich (1,3 davon allein für Munition), das sind 547 Millionen Dollar im Jahr. Weil das immer noch nicht reicht, wollen Ford und Kissinger jetzt weitere 220 Millionen Dollar.
In Ladung bedeutet das beim jetzigen Stand der Kämpfe 600 bis 800 Tonnen Munition und je 400 Tonnen Reis und Treibstoff pro Tag. Die US-Luftbrücke schafft derzeit aber nur 300 Tonnen pro Tag.

IN NAHER ZUKUNFT WERDEN DEN IMPERIALISTEN ALL DIESE MANÖVER NICHT MEHR HELFEN

Die Befreiungsstreitkräfte haben den Mekong, die Hauptversorgungsader Kambodschas, fest unter ihrer Kontrolle, sie kontrollieren beide Ufer von Südvietnam bis Phnom Penh. Daher müssen die USA die Versorgung durch eine Luftbrücke von Thailand aus vornehmen. Aber auch da sind die Perspektiven für die Imperialisten finster: trotz der großen technischen Möglichkeiten der USA, Luftbrücken einzurichten. Unter dem Feuer der Volksbefreiungsstreitkräfte werden sich immer weniger Piloten finden, die das Risiko auf sich nehmen, auf dem Flugplatz Phnom Penhs zu landen. In der ersten Februarwoche wurden zwei riesige C-130 Luftfrachtschiffe zerstört; am 31.Januar zerstörte die Artillerie der Befreiungsstreitkräfte drei T-28-Bomber, beschädigte 10 Luftfrachtschiffe und Hubschrauber schwer und sprengte mehrere Lastzüge mit Munition.

Dabei hat der Angriff auf Phnom Penh seine volle Stärke keineswegs erreicht. Die Angriffe seit dem 1. Januar, an dem die Befreiungsarmee die Offensive der Trockenperiode eröffnete, verfolgen das Ziel, die Kräfte des Feindes zu dezimieren, zu zersplittern, möglichst viele zu vernichten, den Nachschub abzuschneiden, Vorräte zu erobern oder zu zerstören und möglichst viele Menschen der Kontrolle der Imperialisten zu entreißen. (siehe Artikel "Hinterhältige Greuelpropaganda")
Nachdem die US-Söldner schwere Verluste im Kampf um den Verteidigungsgürtel Phnom Penhs und um das Mekong-Ufer hinnehmen mußten, wurden sie hastig in ihre Stützpunkte zurückgeflogen, nur um beim Abflug und der Ankunft ein paar weitere Flugbzeuge, Hubschrauber und Truppen zu verlieren.

Gleichzeitig kämpft die Bevölkerung in den noch besetzten Enklaven mit den ihr möglichen Mitteln zur Unterstützung der Befreiungsstreitkräfte. Sie überfällt die Reisspeicher, sabotiert mit allen Möglichkeiten den Einsatz des US-Militärapparats und kämpft so erfolgreich gegen die Zwangsrekrutierung, daß die Lon-Nol-Clique jetzt 1.500 schlichte Kriminelle aus dem Gefängnis in die Armee holen mußte, um die Verluste auszufüllen.

Um die fehlende menschliche Unterstützung auszugleichen, haben die US-Imperialisten wieder eine neue völkermörderische Waffe zum Einsatz gebracht, die CB-55-Bombe. Sie ist gegen militärisches Gerät und Anlagen wirkungslos, tötet aber jedes Leben im Umkreis von 32 m, indem sie der Luft den Sauerstoff entzieht. Aber auch diese barbarische Waffe wird weder die Befreiungsarmee aufhalten, noch den Aufstand der Volksmassen verhindern können.
Das kambodschanische Volk unter Führung der GRUNK ist entschlossen, die günstige Lage in der nächsten Zeit zu nutzen, um durch die vollständige Vertreibung der Imperialisten mit der Einnahme Phnom Penhs den Frieden in Kambodscha wieder herzustellen. Die Entscheidung wird dabei im Kampf um den Verteidungsgürtel Phnom Penhs fallen. Die US-Söldnerarmee braucht dann bei dem verstärkten Angriff der Befreiungsarmee allein über 1.000 Tonnen Munition. Es ist klar, daß das mit der jetzt vorhandenen Luftbrücke und den vom Kongreß bewilligten Mitteln nicht möglich ist und bedeuten würde, daß in wenigen Wochen der Widerstand der Lon-Nol-Clique aus Mangel an Nachschub zusammenbrechen müßte.

Forts. nächste Seite

Hinterhältige Greuelpropaganda

Vor der endgültigen Niederlage: die Lon-Nol-Clique umgibt sich mit einem lebendigen Schutzwall.

Während der Kampf der Volksbefreiungsstreitkräfte von Kambodscha von Tag zu Tag siegreicher voranschreitet, konzentrieren die westlichen Berichterstatter ihre Meldungen auf Opfer unter der Zivilbevölkerung. Es werden möglichst schreckliche Szenen des Chaos nach Granateneinschlägen und der Bergung Verwundeter gezeigt. Um Objektivität in der Berichterstattung vorzutäuschen, werden solche Bilder meist schweigend gesendet. Tatsächlich aber wollen die bürgerlichen Journalisten damit nur die Wirkung der von ihnen ausgewählten Filmstreifen auf den Betrachter noch erhöhen: "Schaut her, mit welchem Terror die Kommunisten gegen die Zivilbevölkerung vorgehen!" Diese Auffassung steckt hinter der Verbreitung solcher Filme im Fernsehen.
Tatsächlich aber werden die Verhältnisse mit solcher Berichterstattung gerade auf den Kopf gestellt. Das wird an folgendem deutlich: Die "Königliche Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha" (GRUNK) hat einen Stadtplan von Phnom Penh verbreitet. In diesem Stadtplan sind alle Flüchtlingslager, Schulen und andere Einrichtungen verzeichnet, wo sich die Zivilbevölkerung konzentriert. Im Vergleich mit früheren Plänen der Stadt ist gut zu sehen, daß die Lon-Nol-Clique in Phnom Penh die Zivilbevölkerung um die Regierungspaläste herum konzentriert. Die Zivilbevölkerung wird von der Verräterclique genau dort zusammengepfercht, wo diese Verräter sich selbst aufhalten.

Warum tut die Lon-Nol-Clique das? Sie kennt den Befehl der Volksbefreiungsstreitkräfte, die Zivilbevölkerung nach allen Kräften zu schützen und sie nicht zu beschießen. Die Lon-Nol-Clique benutzt dagegen selber die Zivilbevölkerung als einen Schutzwahl für sich, weil sie sich anders nicht mehr zu helfen weiß. Sie will zugleich erreichen, daß die Zivilbevölkerung durch zufällige Treffer gegen die Befreiungsfront aufgehetzt wird.

Die GRUNK hat erklärt, daß jedes unnötige Opfer unter der Zivilbevölkerung von ihr vermieden und nach allen Kräften verhindert wird. Ihre Vertreter haben auch erklärt, daß der Kampf in Kambodscha jetzt in seine letzte, entscheidende Phase eingetreten ist und daß sie das Land bald befreit haben werden. Gerade aber, weil die Lon-Nol-Clique bewußt die Zivilbevölkerung als letzte Bastion gegen den Befreiungskampf des Volkes einsetzt, ist diese letzte Phase schwierig und kompliziert.
Alle Freunde des Befreiungskampfes des kambodschanischen Volkes sind deshalb aufgerufen, ihre Wachsamkeit zu erhöhen und allen Lügen und Verdrehungen der bürgerlichen Berichterstattung über den Krieg in Indochina entschlossen entgegenzutreten.

g.j.

Kambodscha...

AUSWEITUNG DER US-EINMISCHUNG ODER VOLLSTÄNDIGER RÜCKZUG

Die US-Imperialisten stehen dann vor der Alternative: vollständiger Rückzug oder eine weitere Ausweitung der Einmischung, um ihren Krieg noch einige Zeit weiterführen zu können. Welche der beiden Möglichkeiten Wirklichkeit wird, wird gerade auch davon abhängen, wie das amerikanische Volk selbst reagiert. Dabei hat auch die internationale Solidarität eine wichtige Aufgabe. Die Stärke und der breite Widerstand des kambodschanischen Volkes schafft ausgezeichnete Bedingungen, um den US-Imperialismus zu entlarven und sein wirkliches Wesen aufzuzeigen.

- ANERKENNUNG DER GRUNK DURCH DIE ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG!
- AMIS RAUS AUS KAMBODSCHA !

H.L.



Arbeiterdemonstration in Istanbul: "Wir werden den Chef auf die Knie zwingen", "Ihr könnt uns nicht spalten", "Druck und Ungerechtigkeit können uns nicht einschüchtern", "Wir werden uns schon unser Recht holen" sind Parolen.

Türkei : Demonstrationen gegen Faschismus

In den letzten zwei Monaten sind in der Türkei 3 Studenten, 3 Arbeiter und ein Schüler von faschistischen Kommandotrupps ermordet worden. Die jüngsten Beispiele waren bei den Versammlungen der "türkischen Lehrervereinigung" (TÖB-DER) am 16. Februar zu sehen, die in 52 Provinzen der Türkei Versammlungen "gegen den Faschismus und die Verteuerung der Lebenshaltungskosten" abhielten. Faschistische Elitetruppen und aufgehetzte Glaubensfanatiker griffen die Versammlungssäle an. Bilanz: 2 Tote, über 100 Verletzte. Polizei und Gendarmerie war absichtlich entweder gar nicht vertreten oder nur in kleiner Anzahl. Damit wurde wieder einmal bewiesen, daß der bürgerliche Staat bei Terrorakten von rechts sehr gerne "ein Auge zudrückt".

Dies war auch bei dem letzten Studentenmord in Istanbul am 23. Jänner der Fall. Die faschistischen Mörder von Kerim Yaman, der auf offener Straße erschossen wurde, wollte man nicht erwischen. Die Antwort der Studenten, Arbeiter und Angestellten war: Am nächsten Tag besetzten die Studenten die Universitäten in mehreren türkischen Städten. Am selben fand eine machtvolle Demonstration von 15.000 Menschen statt. Am 25. Jänner kamen zur Beerdigung 40.000, um gegen den Faschismus in der Türkei zu demonstrieren.

Die Faschisten können gegen die Arbeiterklasse und die Studenten mit ihren Terroranschlägen im Schutz der staatlichen Organe vorgehen. Vor Nachforschungen sind sie sicher, obwohl die Urheber der Anschläge bekannt sind. Die staatlichen Organe haben selber die Repression gegen die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe des türkischen Volkes verschärft. Zahlreiche linksstehende Persönlichkeiten wurden verhaftet, die kommunistische Zeitung "Aydinlik" (Helligkeit) wurde verboten und die Büros der "Sozialistischen Arbeiterpartei" wurden durchsucht. "Jede Arbeiterdemonstration für Lohnforderungen, mag sie noch so klein sein, wird sofort von Spezialeinheiten der Polizei, verstärkt durch kürzlich aus der BRD importierte Panzerfahrzeuge, zerschlagen." (Le Monde, 30. 1.75)

Aber die Werktätigen in der Türkei lassen sich nicht unterkriegen: Die Arbeiter und die Bauern, die 75 % der türkischen Bevölkerung ausmachen, verstärken den Kampf gegen die Bourgeoisie, gegen den Faschismus und den Imperialismus. Die besten Beweise dafür kann man in den großen Massendemonstrationen sehen, in den Arbeiterstreiks und in den Landbesetzungen der grundlosen Bauern. Bei vielen Demonstrationen liest man Parolen wie: "Revolutionäre sterben nicht", "Das Volk wird den Faschismus zermalmen", "Nieder mit dem Faschismus", "Der Tag naht", "Der Faschismus ist des Kapitals blutigste Waffe."

M.S.

Das äthiopische Militärregime kann die eritreische Revolution nicht unterdrücken

Seit Wochen toben zwischen äthipischen Truppen und den Streitkräften der Eritreischen Befreiungsfronten ELF und PLF schwere Kämpfe. Die äthipische Militärregierung hat 20.000 Soldaten, d.h. über 40 % der Gesamtstreitmacht des Landes nach Eritrea geworfen. Doch weder diese Konzentration militärischer Kräfte noch die Verhängung des Ausnahmezustands und des Kriegsrechts und fieberhafte Umbesetzungen in der Zivil- und Militärverwaltung Eritreas vermögen den siegreichen Vormarsch der eritreischen Befreiungsfronten aufzuhalten. In letzter Zeit sind massenhaft eritreische Beamte zu den Befreiungsfronten übergelaufen. Der gesamte Verwaltungsapparat befindet sich in rascher Auflösung. Selbst Kirchenoberhäupter nehmen gegen das äthiopische Militärregime Stellung. Wesentliche Teile der äthiopischen Armee, vor allem der Luftwaffe und der Marine, bestanden bisher aus eritreischen Söldnern. Diese desertieren jetzt, wie es heißt, "zu Hunderten" mit Waffen und Gerät. Eritreas Polizisten weigern sich, Haussuchungen in Asmara vorzunehmen und desertieren ebenfalls in großer Zahl; kürzlich schloß sich selbst der Polizeichef von Asmara der ELF an (lt. "International Herald Tribune" vom 15. 1.1975).

In dem Maß wie diese Entwicklung anhält, steigert sich der Terror der ähtiopischen Truppen gegen die Zivilbevölkerung Eritreas. Die Luftwaffe bombardiert Dörfer, in denen Befreiungskämpfer vermutet werden; die Bevölkerung wird in Konzentrationslagern zusammengepfercht; Meldungen über die Erschießungen wehrloser Gefangener häufen sich in der Weltpresse. Zu Tausenden verlassen Frauen, Kinder und Alte, die aus Eritrea stammen, die äthiopische Hauptstadt Addis Abeba auf der Flucht vor willkürlichen Verhaftungen und Massakern.

Was steckt hinter dem "Vernichtungsfeldzug" des äthiopischen Militärregimes gegen die eritreischen Befreiungsfronten und das eritreische Volk?

ERITREA IST VON GROSSER STRATEGISCHER BEDEUTUNG FÜR DEN IMPERIALISMUS

Ein Blick auf die Landkarte erklärt, warum die Existenz einer eigenständigen eritreischen Nation systematisch verhindert wird. Am Südausgang des Roten Meeres gelegen, ist seine Küste wichtig für die Beherrschung des Seeverkehrs auf diesem Meer, vor allem für die Versorgung des zionistischen Israel. Eritrea bildet die Brücke zwischen Afrika und der arabischen Halbinsel. Erst mit der Besetzung Eritreas erhielt Äthiopien einen Zugang zum Meer. Eritreas Hochebenen bieten ideale Möglichkeiten für die Luftüberwachung großer Teile Afrikas und des Nahen Ostens und die US-Imperialisten nützen diese Möglichkeiten. Vor den Toren Asmaras haben die USA "Kagnew Station", die fünftgrößte Luftüberwachungsstation der Welt errichtet.
"Die Station enthält wichtige Nachrichtenanlagen des Pentagon und kann, zuverlässigen Quellen zufolge,



elektronische Signale aus dem sowjetischen Territorium auffangen und diese in weniger als drei Minuten nach Washington übermitteln. Diese Station überwacht ebenfalls Mittel- und Ostafrika sowie den vorderen Orient," enthüllte die Zeitung "Daily World" am17.2.1970.

Nach Schließung des Suez-Kanals wurde der eritreische Hafen Massawa zum Stützpunkt für die US-Flotte im Roten Meer - im Süden der Front der arabischen Staaten gegen Israel! Die Bedeutung Eritreas für die imperialistische Beherrschung des Nahen Ostens führte auch zur direkten Festsetzung Israels an seinen Küsten: die Zionisten errichteten in der Nähe des Hafens Assab einen Stützpunkt und besetzten nach dem Expansionskrieg von 1967 mit Wissen Kaiser Haile Selassies Inseln vor der Küste Eritreas.

SEIT FAST 100 JAHREN BETRACHTEN DIE IMPERIALISTEN ERITREA ALS BEUTEOBJEKT UND VERLEUGNEN SEINE NATIONALE EXISTENZ

Um die Gerechtigkeit des nationalen Befreiungskampfes des eritreischen Volkes zu verstehen, muß ein Blick auf die Geschichte dieses Landes geworfen werden. Dies umsomehr, weil in vielen bürgerlichen Zeitungen heute Unwahrheiten über Eritrea verbreitet werden wie die, es handle sich bei den Eritreern um Mohammedanern, die vom christlichen Äthiopien abfallen wollten. Das ist falsch. In Eritrea leben zu je etwa 40 % Moslems und Christen, der Rest verteilt sich auf verschiedene Religionsgruppen. Alle diese Gruppen sind auch entsprechend ihrer Stärke in den Befreiungsfronten vertreten. Ebenso falsch ist die Behauptung, Eritrea sei eine "Provinz Äthiopiens" und die Befreiungsfronten seien "separatistisch": Eritrea wurde 1889 zur italienischen Kolonie gemacht. In 70 Jahren brutaler italienischer Herrschaft wurden die Stämme Eritreas zusammengeschweißt. Weil Italien die Kolonie als Basis für die Herrschaft über die gesamte Meerenge am Südende des Roten Meeres ansah, wurde das Land relativ gut erschlossen und erhielt breite Ansätze einer kapitalistischen Wirtschaftsstruktur. Deshalb sind heute sowohl die Arbeiterklasse als auch die nationale Bourgeoisie sehr viel stärker in Eritrea als im gesamten feudal-verkommenen Äthiopien.

Mit dem Ende des italienischen Faschismus zerstoben auch dessen Großmachtträume in Ostafrika. Die britischen Imperialisten übernahmen das Land für zehn Jahre. Sie planten zunächst, das Land zu teilen. Der Norden sollte (ihrer damaligen Kolonie) Sudan zufallen, der Süden Äthiopien. Dieser Plan scheiterte am Widerstand der Eritreer, die unter Führungder nationalen Bourgeoisie um die Unabhängigkeit zu kämpfen begannen.

Inzwischen hatten sich die US-Imperialisten zu Sprechern der äthiopischen "Ansprüche" auf Eritrea gemacht. Sie begannen mit der Installation militärischer Basen in Eritrea. 1950 gelang es den USA, in der UNO eine Resolution durchzubringen, die die Bildung einer Föderation aus Äthiopien und Eritrea als zwei gleichberechtigten Bundesstaaten unter der äthiopischen Kaiserkrone vorsah. Diese Resolution war vor allem von der (damals noch sozialistischen) Sowjetunion bekämpft worden, die verlangte, "daß Eritrea sofort die Unabhängigkeit erhält; daß die britischen Besatzungstruppen innerhalb von drei Monaten abgezogen werden". Damals war jedoch die UNO Spielball der US-Außenpolitik.

ÄTHIOPIEN ANNEKTIERT ERITREA

Bis 1962 wurde die Föderation durch das Regime Haile Selassies Schritt für Schritt ausgehöhlt: 1952 Unterwerfung unter die äthiopische Gerichtsbarkeit; 1953 Aneignung der Zoll- und Steuereinnahmen durch Äthiopien, Verbot des Gewerkschaftsbundes; 1955 Absetzung der autonomen Regierung und Einsetzung willfähriger Büttel an deren Stelle, Verbot aller Parteien. 1962 wurde Eritrea offiziell zur äthiopischen Provinz erklärt, die kaiserliche Armee besetzte alle wichtigen Punkte des Landes. Diese Maßnahmen konnte das reaktionäre Regime Haile Selassie nur durchführen, weil die US-Imperialisten die äthiopische Armee durch Waffenlieferungen und Ausbildung zu einem schlagkräftigen Unterdrückungsinstrument gemacht hatten.

BEGINN DES BEWAFFNETEN WIDERSTANDSKAMPFES IN ERITREA

1962 begann aber auch der bewaffnete Unabhängigkeitskampf, als dessen Ergebnis 10 Jahre später sämtliche Landgebiete Eritreas (ca. 80 % des gesamten Territoriums) befreit waren. Die äthiopische Besatzungsarmee hat bis heute nur die Hauptstadt Asmara und die beiden Häfen Massawa und Assab halten können, die gegenwärtig umkämpft sind.

Eritrea...

In diesem knapp 15 Jahre andauernden Befreiungskampf entwickelten sich zwei Fronten - zunächst die Eritreische Befreiungsfront (ELF) als Nachfolgerin der zerschlagenen nationalbürgerlichen Parteien. Das politische Programm war bestimmt von den gerechten Forderungen nach nationaler Unabhängigkeit, Abzug der äthiopischen Truppen und nationaler Integrität. Allerdings gab es in den Reihen der ELF moslemisch-chauvinistische Elemente, die zwar die Unterstützung vieler arabischer Staaten gewannen, aber die religiöse Frage in Eritrea zusätzlich verschärften. Die Befreiungsfront geriet in die Krise, zersplitterte sich und drohte unter den Schlägen der äthiopischen Luftwaffe zu erliegen. Da gelang es drei Fraktionen der ELF, den Kampf in andere Landesteile zu tragen und die brennenden ideologischen Fragen zu klären. 1970 schlossen sie sich zu den ELF-Volksbefreiungskräften (ELF/PLF) zusammen und beschlossen das "Programm für die national-demokratische Befreiung". Darin wurde bestimmt:

"Der Hauptgegner des eritreischen Volkes ist der äthiopische Kolonialismus, das Werkzeug des internationalen Imperialismus und des Zionismus in Eritrea. Da dieser Gegner über eine modern ausgerüstete große Armee verfügt, kann der Kampf nur als langdauernder revolutionärer Volksbefreiungskrieg geführt werden. Die Träger dieses Kampfes sind die eritreischen Arbeiter, Bauern, Hirten und die Intelligenz unter der Führung der ELF/PLF. Der Kampf des eritreischen Volkes befindet sich in der Etappe der national-demokratischen Befreiung, die Aufgabe der ELF/PLF ist es, in dieser Etappe alle anderen Klassen und Schichten des eritreischen Volkes, die im Widerspruch stehen zur Kolonisation und imperialistischen Ausbeutung, um sich zu scharen zum Kampf für die wirkliche nationale Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Vaterlandes."

Innerhalb der ELF/PLF haben die marxistisch-leninistischen Kräfte die "Avantguard"-Partei gebildet. Beabsichtigt war auch der Zusammenschluß mit der verbliebenen ELF zu einer vereinigten nationalen Front. Die Antwort der ELF war jedoch die Kriegserklärung an die PLF. Zwei Jahre lang hat die ELF versucht, die PLF militärisch zu liquidieren. Allerdings völlig vergeblich. Aus dieser Auseinandersetzung ging die PLF gestärkt hervor. *Trotz des Volkskrieges gegen Äthiopien und des Bürgerkrieges mit der ELF gelang es, die Landgebiete zu entwickeln. Das Schwergewicht wurde vor allem auf die Sicherstellung der Ernährung, die Alphabetisierung und die Seßhaftmachung der Nomaden gelegt. In den Dörfern wurde die Volksmacht entwickelt, in den Dörfern haben Volksräte die Macht inne.*

Es gab vor allem 1974 zahlreiche Kundgebungen, sowohl in den befreiten als auch in den besetzten Gebieten, auf denen die Volksmassen den Zusammenschluß von ELF und PLF forderten. Dieser Zusammenschluß fand nach Pressemeldungen Ende 1974 statt. Die eritreische Revolution ist also vereinigt. Ihre vereinigten Kräfte sind den in Eritrea stationierten Truppen zahlenmäßig weit überlegen. Vor allem aber die Verankerung in den Massen macht die Revolution unbesiegbar!



Bewaffnete Kämpfer der ELF/PLF

DEMORALISIERUNG UND AUFBÄUMEN DER ÄTHIOPISCHEN BESATZER

Die Entwicklung in Eritrea hatte wesentliche Rückwirkungen auf die Entwicklung in Äthiopien. Die wachsende Kraft der Befreiungskräfte, die Unmöglichkeit sie zu schlagen, die eigenen schweren Verluste und die Korruption der kaiserlichen Generäle führten im Februar 74 zur Meuterei der äthiopischen Truppen in Asmara. Im Gefolge dieser Unruhen, die rasch auf Addis Abeba übergriffen, bildete sich der "Militärrat", der nach und nach Kaiser Haile Selassie entmachtete und schließlich absetzte. In diesem "Militärrat" herrschte zunächst eine Strömung vor, die zu Verhandlungen mit Eritrea bereit war. Kurz vor Weihnachten jedoch übernahm der reaktionäre Flügel um Teferi Benti und Mengistu Haile Mariam die Macht, und erklärte seine Entschlossenheit "die Einheit des Reiches mit Feuer und Schwert zu bewahren" (Frankfurter Rundschau vom 3.12.74). Unter dem Schleier ihrer verlogenen Phrasen vom "äthiopischen Sozialismus nach dem Vorbild Kubas und Chinas" können die neuen Herren nur mühsam verbergen, daß sich an dem Bündnis mit den USA nicht das geringste geändert hat. Im Gegenteil: der äthiopische Botschafter in Washington wurde zum Außenminister ernannt und hält sich seit Dezember in den USA auf!

In der Hoffnung auf weitere Waffenhilfe aus den USA setzt die Benti-Maria-Clique in Eritrea alles auf eine Karte. Daß die US-Imperialisten nicht offen eingreifen, liegt daran, daß sie an ihrer vor einigen Jahren eingeschlagenen Politik der "Äthiopisierung" der Stützpunkte festhalten. Die amerikanischen Stützpunkte in Eritrea werden seither unter äthiopischen Strohmännern, denen CIA-Personal zur Seite steht - nicht aber amerikanischen Soldaten - weitergeführt. Diese Tatsachen beweisen die Analyse der PLF vom US-Imperialismus als Hauptfeind des eritreischen Volkes und des äthipischen Regimes - ob Kaiser oder "Militärrat" - als dessen Statthalter.

Unter der Führung der vereint kämpfenden Befreiungsfronten wird der nationale Befreiungskampf des eritreischen Volkes von Tag zu Tag stärker. Für den "Vernichtungsfeldzug" des äthiopischen Militärregimes gilt, was vor 60 Jahren von Lawrence von Arabien bereits über die Situation der rücksichtslosen Kolonialmacht gegenüber dem Volksbefreiungskampf schrieb: "Gegen Rebellion Krieg führen, das ist so als wollte man Suppe mit dem Messer auslöffeln."

U.G.

Portugal: Die Arbeiterklasse braucht eine starke Einheitsgewerkschaft

Die portugiesische Bourgeoisie versucht die Schwierigkeiten aus der Dekolonialisierung und der verschärften Konkurrenz auf dem Weltmarkt auf das portugiesische Volk abzuwälzen. Im Februar waren 300.000 Portugiesen arbeitslos, das sind über 12 % - die höchste Arbeitslosenrate Europas! Dutzende Betriebe haben zugesperrt. Gleichzeitig werden die Preise rapide hinaufgetrieben, die Inflation liegt bereits bei 30 %. Von den Landarbeitern sind sogar 25 % beschäftigungslos. Die Militär- und Polizeieinsätze gegen die Werktätigen und fortschrittliche Menschen nehmen zu.

In dieser Situation verstärkt sich der Kampf des Volks für die Verbesserung seiner Lage rasch. Immer weniger Menschen setzen ihr Vertrauen in den Militär-"Rat der 20" und in die provisorische Regierung, die ihre Kämpfe abwiegeln und als "linkssektiererisch" zu diffamieren suchen, die schließlich auch bewaffnet gegen die Kämpfenden vorgehen. Die Massen schaffen sich mittlerweile ihre eigenen politischen Organe: in den Fabriken wurden auf Versammlungen Arbeitslosenkomitees gewählt, die die Maßnahmen der Unternehmensleitung überwachen und zu Kampfmaßnahmen dagegen mobilisieren. So hat z.B. die Belegschaft der auflagenstärksten Tageszeitung Portugals, "O Seculo", das Verlagsgebäude besetzt und den Herausgeber des Blattes mitsamt der Geschäftsleitung "entlassen". Damit konnten die Arbeitsplätze von 800 Beschäftigten gesichert werden. Ein von den Druckern und Redakteuren gewählter Arbeitsausschuß hat die Geschäftsführung übernommen. Eine Werkzeugfabrik in Lissabon haben die Arbeiter nach dreimonatigem Streik besetzt und sie haben Produktion und Verkauf in die eigenen Hände genommen. Obdachlose griffen zur Selbsthilfe und besorgten sich organisiert leerstehende Wohnungen. Landarbeiter haben drei große Güter im südöstlichen Bezirk Alentejo besetzt und das Recht gefordert, den Grund und Boden als ihr Eigentum zu bebauen.

All diese Auseinandersetzungen lehrten die portugiesischen Werktätigen, wie notwendig eine einheitliche kampfstarke Gewerkschaft ist. Nur durch sie können einmal erkämpfte Rechte auch für kampfschwächere Teile der Arbeiterklasse gesichert werden.

DIE EINHEITSGEWERKSCHAFT MUSS GEGEN ALLE SPALTUNGSVERSUCHE DURCHGESETZT WERDEN

Die Regierung hat inzwischen einen Gesetzentwurf über die Schaffung einer

Portugal...

Einheitsgewerkschaft verabschiedet. Dabei ist es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen der revisionistischen KP Portugals und den Sozialdemokraten unter Außenminister Soares gekommen.
Die Lage hinsichtlich der gewerkschaftlichen Organisation der portugiesischen Arbeiterklasse ist derzeit so: Es gibt eine gewerkschaftliche Dachorganisation - eine lose Zusammenfassung einer Vielzahl von Gewerkschaften, die alle keine branchenmäßigen Organisationen darstellen (d.h. die nicht alle Arbeiter eines Industriezweiges zusammenfassen, sondern die oft an ihrer regionalen und lokalen Selbständigkeit auf Betriebsebene festhalten). Der Versuch, diese Zersplitterung der portugiesischen Gewerkschaftsbewegung zu überwinden, ist eine unabdingbare Notwendigkeit, damit die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter überhaupt zu einer Waffe gegen die Kapitalisten wird.
Dagegen treten die Sozialdemokraten unter Soares auf als "Verteidiger des Pluralismus" und der "Vielfalt". Sie vergleichen das Gewerkschaftsgesetz mit der Regelung der Vertretung der Arbeiterinteressen unter dem Faschismus in einer Zwangsorganisation. Ihr Ziel ist, sich selber eine Gewerkschaft zu sichern, in der sie unumschränkt das Wort führen können. Sie wollen auf Richtungsgewerkschaften hinaus. Selbst wenn sie auch noch so klein sein werden, so betrachten sie es doch als Sieg, wenn sie ihr Prinzip durchsetzen.
Die Durchsetzung dieses Prinzips aber wäre eine große Niederlage für die portugiesische Arbeiterklasse, denn sie verschafft der Bourgeoisie einen Hebel zur Spaltung der Arbeiter. Gelingt es den Sozialdemokraten, eigene Gewerkschaften aufzubauen, denen die Kapitalisten die Tariffähigkeit zubilligen, dann ist es vorbei mit einheitlichen Aktionen der Arbeiterklasse. Und die Kapitalisten werden nichts lieber tun als mehreren Gewerkschaften gleichzeitig die Tariffähigkeit zuzusprechen, weil sie dann die eine gegen die andere ausspielen können und die Schlagkraft der Arbeiterklasse als ganze getroffen ist.
Das beste Beispiel ist Frankreich, wo die Sozialisten nach dem Krieg in genau derselben Weise verfahren sind und eigene Gewerkschaften im Gegensatz zu der bestehenden Einheitsgewerkschaft (CGT) aufgebaut haben.
Mit ihrem Vorgehen machen sich die portugiesischen Sozialisten so zum Anwalt der bürgerlichen Herrschaft in der Arbeiterbewegung Portugals, mit dieser Taktik aber können sie keine Begeisterung mehr unter den Arbeitern wecken. Vielmehr haben sie bereits einen Teil ihrer Arbeitermitgliedschaft verloren.

WAS DIE REVISIONISTEN DER KP PORTUGALS PLANEN

Immer lauter werden aber auch die Stimmen unter der Arbeiterschaft, die sich gegen die Politik der Kommunistischen Partei Portugals wenden, die diese mit dem Gewerkschaftsgesetz treibt. Sie kritisieren, daß nach dem neuen Gesetz die Delegierten in den Betrieben nicht von den Arbeitern gewählt werden sollen, sondern daß sie von der Direktion der neuen Einheitsgewerkschaft eingesetzt werden. Die Revisionisten verfolgen das Ziel, sich mit dem Gesetzentwurf ihre eigene Macht in der Arbeiterbewegung Portugals zu sichern. Denn bisher verfügen sie zwar über großen Einfluß in der Dachorganisation der portugiesischen Gewerkschaften, können im Gegensatz dazu in den einzelnen Gewerkschaften aber nicht über eine solche Macht verfügen. Die einzelnen Gewerkschaften haben gerade in den Streiks im letzten Sommer Entscheidungen über Lohnforderungen und Forderungen, die die Urlaubsregelung betreffen, aufgestellt die scharf im Gegensatz zur Politik der Revisionisten standen. Diese arbeiteten seinerzeit an einem Gesetz der Regierung mit, durch das das Streikrecht im "Interesse der nationalen Wirtschaft" entscheidend eingeschränkt wurde.
Trotz des wachsenden Widerstands der Arbeiter gegen solche Pläne kann die Partei Cunhals aufgrund ihres Ansehens, das sie sich im Kampf gegen den Faschismus erworben hat, weiterhin ihren schädlichen Einfluß auf größere Teile der Arbeiterklasse ausüben. Zudem predigt und praktiziert sie ein völlig prinzipienloses Bündnis mit der "Bewegung der Streitkräfte", die im Notfall genügend ausgerüstet sind, um auch etwas gegen den Willen der Mehrheit des Volkes durchzusetzen. Es besteht daher die Möglichkeit, daß ein Gewerkschaftsgesetz in der von den Revisionisten gewünschten Form durchgeht. Das würde die Spaltung der portugiesischen Arbeiterbewegung verstärken und ihr einen enormen Schaden zufügen.

B.M./Red.

Studenten wehren sich gegen Einschränkung ihrer Rechte

Ende Jänner fanden an allen Hochschulen Österreichs Protestaktionen und Streiks der Studenten gegen die Reform der Lehrerausbildung statt. In Salzburg protestierten über 700 Studenten in einer Unterschriftenaktion und führten einen zweitägigen Vorlesungsstreik durch.

WOGEGEN RICHTET SICH DER KAMPF DER STUDENTEN?

Mit diesen Kampfaktionen wandten sich die Hochschüler gegen die Absicht des Ministeriums, das Studium zu straffen und die politische Kontrolle über die Studenten zu verschärfen.
Denn die Reform der Lehrerausbildung bedeutet für die angehenden Lehrer eine Verschärfung des Leistungsdrucks, Verschulung und genaueste Kontrolle über den Studienablauf. Lehreranwärter, die durch ihre politischen Ansichten auffallen, können durch die Schulaufsichtsbeamten jederzeit von der praktischen Ausbildung an einer Schule ausgeschlossen werden! Das bedeutet faktisch, nicht mehr weiterstudieren zu können. Außerdem müssen Kollegen die praktische Ausbildung, die meist an einer Schule weg vom Studienort stattfindet, aus der eigenen Tasche finanzieren; das trifft besonders Studenten aus ärmeren Familien hart.
Durch die Studienreform wird es möglich, den Studenten das Recht auf freie Diskussion in den Lehrveranstaltungen zu entziehen und sie daran zu hindern, sich mit den Inhalten und dem Zweck der Ausbildung und dem zukünftigen Beruf kritisch auseinanderzusetzen.

UNTER DEN STUDENTEN WÄCHST DIE KRITIK AN DIESER AUSBILDUNG!

Es gibt zwar auf der Hochschule Studentenorganisationen, die dem Ministerium bei der Entrechtung der Studenten behilflich sein wollen (z.B. ÖSU/Studentenorganisation der ÖVP, oder der RFS/FPÖ-nahe). Dennoch erweitert sich ständig die Zahl derer, die sich gegen die Studienreform aktiv zur Wehr setzen, weil sie sich nicht ausbilden lassen wollen nach dem Prinzip: "Nur, wer früh genug gelernt hat, sich nach oben zu bücken, kann später selbst nach unten treten."
Denn die an unseren Hochschulen gelehrte Wissenschaft ist zweifellos dazu bestimmt, die bestehende Gesellschaftordnung aufrechtzuerhalten: eine Gesellschaftsordnung, in der die Mehrheit der Bevölkerung für die Geldsäcke weniger arbeitet.
So werden Techniker herangebildet, die immer neuere Methoden austüfteln sollen, um die Arbeitshetze zu steigern, und die den Arbeitern im Betrieb von oben herab anschaffen.
Juristen, die Gesetze entwerfen, die die Werktätigen an der Verteidigung grundlegendster Interessen hindern sollen (Betriebsverfassungsgesetz).
Politiker, die der arbeitenden Bevölkerung "Maßhalten" predigen, während sie durch immer größere Steuereinnahmen den Unternehmern und sich selbst Milliarden von Schillingen in die Taschen stecken.
Oder Lehrer, die den Kindern in der Schule den 2. Weltkrieg als das Werk eines Wahnsinnigen hinstellen sollen, statt ihn hauptsächlich aus den Profitinteressen der Konzerne zu erklären.
Und so soll unsere Hochschulausbildung insgesamt dazu dienen, für alle Bereiche der Gesellschaft Menschen heranzubilden, die abgehoben von der werktätigen Bevölkerung gegen deren Interessen tätig sind.
Wenn die Studenten gegen diese Ausbildung rebellieren und sich dazu bestimmte Rechte erkämpfen, so ist das gut. Denn in diesen Kämpfen wird sich die Klarheit immer mehr durchsetzen, daß der bürgerliche Staat nicht nur die Rechte der Studenten unterdrückt, sondern auf allen anderen Ebenen des öffentlichen Lebens die Entrechtung des Volkes vorantreibt und seinen Polizei- und Justizapparat ausbaut, um die "Ruhe und Ordnung" im Sinne der Herrschenden aufrechtzuerhalten. Deswegen werden die Kommunisten auch darauf hinarbeiten, daß die Studenten den engen Rahmen der Hochschule verlassen und sich dem Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes für Demokratie und Sozialismus anschließen.

g.r./Red.

KB-SPENDENAKTION

Spendet f.d.Aufbau des technischen Apparats und des Vertriebswesens.
KB-Konten:
- ***PSK 2391.968***
- ***Sbg.Landes-Hypo-Bank 234 2184***



Vom Gangster zum "Ratten" killer

DER GANGSTER-DARSTELLER BRONSON ALS "NOTWEHR"-KILLER IM DIENST DER HERRSCHENDEN ORDNUNG

Die österreichische Filmprädikatisierungskommission hat dem Film das Prädikat "wertvoll" verliehen, in den USA war er der größte Kassenschlager des vergangenen Jahres und seit ein paar Wochen läuft er in österr. Kinos. Vielleicht sind die Erfolgsmeldungen über diesen Film auch nur die übliche Werbung- als ich ihn Freitagsabends gesehen habe, war das Kino nur zu einem Drittel voll.

Langweilig fängt er erst an. Wüßte man nicht, daß ein brutaler Reisser mit Superkiller Bronson angekündigt war ...
Da sieht man ihn zunächst mitten in einem Verkehrsstau eingekeilt in seinem Straßenkreuzer. "Jetzt sieht er gleich rot" sag ich zu meiner Frau neben mir, aber gleich darauf sitzt er an einem Touropastand, knipst seine Filmgattin, wie sie dem blauen Meer entsteigt, dann Großaufnahmen gegen die Abendsonne usw.
Am Arbeitsplatz endlich, in einem modernen Architektenbüro spricht ein Kollege dann den Bronson auf's Thema an: "Schon wieder ein Raubüberfall in Ihrem Wohnviertel", doch Bronson scheint seine Killervergangenheit ganz vergessen zu haben in der Rolle des erfolgreichen Architekten. Er sagt, man müsse doch auch die Arbeitslosigkeit bedenken, doch sein Kollege im Film nimmt diese Bemerkung so wenig ernst wie das Publikum und spottet: "Du hast wohl deinen sozialen Tag? "Schließlich erfährt das staunende Publikum, daß Bronson bzw. der Architekt, den er spielt, ein Kriegsdienstverweigerer und gegen jede Gewalt ist. So kann es natürlich nicht weitergehen.
Die Musik kündigt das nahende Unheil an. Drei Jugendliche in aufgeputztem Gammlerlook verfolgen Gattin und Tochter - irre hüpfend mit einer roten Lacksprühdose ihren Weg besudelnd - die "Ratten", wie sie in diesem Film genannt und dargestellt werden. Sie plündern die Wohnung, erschlagen die Gattin und schänden die Tochter. Die Tochter wird darüber irre.

Die Polizei erklärt, daß sie gegen diese "Ratten" machtlos ist.

Langsam wird klar, worauf die Sache rausläuft. Ein Rächer muß her, doch widerwillig nur und völlig unzureichend bewaffnet geht Bronson an diese Aufgabe, als wäre sie ihm ganz neu. Die erste "Ratte", die ihm nachts zu nahe kommt, streckt er mit einem Faustschlag nieder, ein ganzes Whiskyglas muß er im Anschluß schlucken, um seinen Widerwillen zu ertränken. Wütend randaliert er mit einem selbstgebastelten Totschläger in seiner eigenen Wohnung herum. Doch der Filmregisseur arrangiert sogleich die Bekanntschaft mit einem freundlichen Texaner, der das Problem der Bewaffnung löst, ihm eine Pistole schenkt. Bronson trifft auch gleich ins Schwarze beim ersten Übungsschießen. Seit früher Jugend im Umgang mit Waffen vertraut, hatte er jeder Gewalt abgeschworen, weil sein waffenbesessener Vater von einem Sonntagsjäger für einen Hirsch gehalten worden war, und die Mutter über den Tod des Gatten irre wurde. Mit der Gewaltlosigkeit ist es jetzt vorbei. Das erste Opfer, das er in den Bauch schießt und liegen läßt, verursacht ihm noch Brechreiz. Doch seine Wandlung zum alten Bronson geht Schuß auf Schuß. Seine Gegner sind nicht die eisklaten Gangster oder Polizisten der Leinwand, sondern jugendliche Arbeitslose, die zu Kriminellen werden, kurz das soziale Milieu, das der Kapitalismus in den Großstädten notwendig hervorbringt, in den USA vor allem jugendliche Farbige, die zu 60 % keinen Job kriegen und zu Mund- und Straßenräubern werden. In diesem Film entwickelt der Superheld Bronson nach anfänglichen Hemmungen, die wahrlich plump sein Verhalten glaubhaft und beispielhaft erscheinen lassen sollen, am Ende richtig Freude daran, sie aufzustöbern und abzuknallen, wie "Ratten". Als "unbekannter Rächer" wird er hochgejubelt, die Verbrechensrate sinkt und sein Beispiel macht Schule im Volk, so wie der Film es darstellt. Eine alte Frau verteidigt sich mit der Hutnadel gegen jugendliche Räuber und Bauarbeiter hetzen einen wohnungslosen Jugendlichen, der auf einer Baustelle pennte, fast zu Tode. Der Staatsanwalt sagt zum Polizeipräsidenten, daß sie den "Rächer" nicht haben wollen. Gleichfalls müsse er weg, weil er die Polizei als unfähig und die Staatsorgane der Lächerlichkeit preisgibt. Schließlich wird er gefaßt, die Polizei läßt ihn frei unter der Bedingung, daß er die Stadt New York verläßt.
Man sieht, der Film ist nicht einfach ein Bronson-Gangster-Film.

Der Film unterscheidet sich von den üblichen Bruatlitätsdarbietungen der Gangsterfilme durch sein Verhältnis zur Realität. Dadurch, daß er den Werdegang vom friedfertigen, glücklich verheirateten Architekten zum Killer zeigt,- nicht als Gangster gegen "gleichwertige" Gegner, wie in anderen Bronson-Filmen versucht er, das Killerverhalten als dasjenige nahezubringen, das der Wirklichkeit angemessen und gerechtfertigt ist. Dem entspricht die Einteilung der Gesellschaft in Anständige, die sich z.B. wie die Gattin des Architekten ihre Einkaufstüte vom Boten des Supermarktes ins Haus bringen lassen, und Kriminelle, die nicht tun außer morden, stehlen, mit Farbsprühdosen Wände anmalen, Unfug machen und rumlungern. Für die Verteidigung der Ordnung der Anständigen ist jedes Verbrechen ein Akt der Notwehr bei der Rattenvernichtung darf man nicht feinfühlig sein.
Doch nicht jeder kann ein "Ratten"-fänger werden, das ist die Aufgabe der Polizei, die aber als machtlos gezeigt wird, weil sie "vor lauter Vorschriften" nicht rücksichtslos "Ordnung schaffen"kann.

Diese Propaganda der Selbstjustiz ist nichts anderes als die Aufforderung, die Staatsorgane bei der Unterdrückung des Volkes zu unterstützen. Sie richtet sich an den Einzelnen, Polizei zu spielen. Nicht anders als ein "Ziviler" verhält sich dieser Bronson. Das Innenministerium hätte auch keinen besseren Werbefilm zustand- gebracht, um die verstärkte Aufrüstung der Polizei und die Schaffung neuer"Anti-Terror"-Truppen. Auf diese Seite kann auch Superstar Bronson den Zorn der Volksmassen nicht brechen. Als Gangster oder Westernheld war er überzeugend. In diesem Film ist er genauso lächerlich wie ein guter Fußballer, sagen wir wie Uwe Seeler, wenn er für Margarine wirbt.

-bur-

Aus dem Inhalt:

KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES (KB) SALZBURG/HALLEIN

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Kommunistischer Bund (KB) Salzburg/Hallein. Für den Inhalt verantwortlich: Gerhard Zschock. Druck: Eigenvervielfältigung. Alle: 5020 Salzburg, Müllner Hauptstraße 14. Telefon Sbg. 32 70 72 (17-19 Uhr).

Redaktionsschluß: 3.3.1975
Erscheinungstermin: 7.3.1975 Auflage: 1300